

Ersteinst täglich außer Montags. Abonnement: Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wochentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1891 unter Nr. 6502.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 7. Mai 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Das Arbeiter-Weltfest

Ist dieses Jahr wie das vorige im Wesentlichen genau so verlaufen, wie wir vorher gedacht und gesagt hatten. Wir haben deshalb nicht nötig, uns über Zweck und Bedeutung noch weiter auszusprechen. Genug: das Arbeiter-Weltfest hat dieses Jahr wie das vorige seinen Zweck erfüllt und genau die Bedeutung gehabt, welche es haben sollte. Nach den Berichten, die uns aus allen Ländern der Erde vorliegen, war die Beteiligung heuer mindestens eine doppelt so große, als im vorigen Jahr; und in Deutschland gut drei Mal so groß, wobei wir den Umstand nicht außer Acht lassen, daß die Besucher der Versammlungen des 1. Mai meistens auch an den Kundgebungen des 3. Mai Theil nahmen. Wenn gegnerische Blätter trotzdem behaupten, die Beteiligung sei dieses Jahr eine geringere gewesen als voriges Jahr, so ist das ein harmloser Ausfluß jener kindischen Vogelstraußpolitik, von der unsere Gegner abzubringen gar nicht in unserem Interesse liegt.

Und abgesehen von einigen Zusammenstößen, die durch thörichte Maßregeln der Behörden hervorgerufen waren, ist der friedliche Charakter der Feier überall zu Tage getreten und haben die Arbeiter durch ihre musterhafte Disziplin jeglicher Störung vorgebeugt.

In Deutschland, das unter allen Ländern jetzt die großartigste Arbeiterbewegung hat, ist auch nicht die leiseste Ruhestörung zu verzeichnen gewesen, obgleich die Polizei, welche sich übrigens bei den öffentlichen Kundgebungen, namentlich denen im Freien, mit anerkanntem Takte zurückhielt, durch zahlreiche Verbote gereizt und erbittert hatte. In der Schweiz und in England, wo die Behörden sich nicht einmischten, ist die Feier ebenso ruhig verlaufen wie in Deutschland. Das Gleiche gilt im Großen und Ganzen von Amerika, Frankreich und Belgien. Überall in Belgien, wo die Sozialdemokratie organisiert ist, störte nichts die Friedlichkeit des Festes; die Ruhestörungen, welche aus den wallonischen Bergwerks-Bezirken gemeldet werden, stehen mit der Maifeier in keinem unmittelbaren Zusammenhang, und erklären sich aus dem Mangel an Organisation. Leider ist es dem Sozialismus noch nicht gelungen, Hirn und Herz jener systematisch brutalisierten, fast verthierten Opfer des pfläffischen und bürgerlichen Kapitalismus zu erleuchten und zu durchglücken. In Frankreich ist Arbeiterblut gestossen, — nicht in Paris, nicht in Lyon, nicht in Bordeaux, nicht in Marseilles, nicht in Lille, nicht in Rouen — in all' diesen Zentren des politischen Lebens war der 1. Mai (abgesehen von einigen Brägelien höchst verdächtigen Ursprungs in Paris) so friedlich wie in Deutschland, — nur in der kleinen Fabrikstadt Fourmies, im Nord-

departement, nahe der belgischen Grenze, ist durch die Unterdrückungssucht der Unternehmer, denen der Klassenstaat einige Kompagnien Soldaten gegen streikende Arbeiter zur Verfügung gestellt hatte, eine Meuterei veranstaltet worden, die in der französischen Kammer zu heftigen und nur zu berechtigten Angriffen auf die Regierung Anlaß gegeben hat. Die Meuterei von Fourmies sieht jedoch, ebensowenig wie die belgischen Krawalle, in Verbindung mit der Maifeier. Und das nämliche ist von den Krawallen zu sagen, die am 1. Mai in amerikanischen Kohlendistrikten stattgehabt haben.

Das einzige Land, in welchem die Maifeier den direkten Anlaß zu Ruhestörungen geliefert hat, ist Italien, dessen Regierung sich in Bezug auf die soziale Frage durch besonderen Unverstand auszeichnet und durch rohes herausforderndes Wesen den Mangel an innerer Kraft zu verdecken sucht. In verschiedenen Städten Italiens, hauptsächlich in Rom, wurden für den 1. Mai Vorbereitungen getroffen, die einen gewaltsamen Zusammenstoß mit den Arbeitern herbeiführen mußten — und auch herbeigeführt haben.

Die Empörung über das Verhalten der Regierung ist in Italien so allgemein, daß dieselbe unfehlbar gestürzt worden wäre, wenn die Kammermajorität nicht hätte befürchten müssen, daß in diesem Fall der „italienische Bismarck“: der korrupte Radaupolitiker Crispi, an die Spitze der Regierung zurückkehren würde.

Freilich — wäre die italienische Sozialdemokratie geschult, wie die deutsche es ist, so würde auch trotz der Provokationen des Herrn Nicotera — die Ruhe nicht gestört worden sein; und das Gleiche gilt von den Krawallen und Zusammenstößen in anderen Ländern. Wo die Sozialdemokratie organisiert ist, hat die Maifeier einen ruhigen Verlauf genommen. Das ist eine Lehre, die unsere Feinde beherzigen sollten, jedoch nicht beherzigen werden. Sie haben gelegentlich der diesjährigen Maifeier die nämliche hohle Kurzsichtigkeit zur Schau gestellt, wie im vorigen Jahre; sie zeternten, logen, denunzierten und provozierten aus Leibeskräften; sie boten das Neueste auf, um die Maifeier zu hintertreiben oder zu verderben. Die Arbeiter kümmerten sich jedoch nicht um die kläffende Meute und gingen mitleidig lächelnd ihrer Wege. Und der Erfolg?

In den ersten drei Maitagen dieses Jahres ist ein internationales Weltfest gefeiert worden, wie die Welt noch keines gesehen hat.

Und das Weltfest der Arbeit ist eine dauernde Einrichtung.

Es wird noch gefeiert werden, wenn die Orgien des Kapitalismus längst schon „ein Märchen aus alten Zeiten“ sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, 6. Mai.

Der Reichstag steht mit einem Fuße, zwar nicht im Steigbügel, aber auf der Treppe des Eisenbahnwagens — und da giebt es kein Halten mehr. Der allbeherrschende Gedanke ist: nun schnell fertig, damit wir fortkommen! Von eingehenden Debatten kann unter solchen Umständen keine Rede sein — um so weniger, als die Majoritätsparteien über die Feststellung des sog. Arbeiterschutz-Gesetzes sich endgiltig geeinigt haben.

So ging es denn heute rasch über 24 Paragraphen (120 d bis 134 a) hinweg, und erst bei § 134 b, der von den Arbeitsordnungen und Lohnabzügen handelt, kam es zu einem ernsthaften Redegescheh. Die Verschlechterungs-Kommission hat nämlich einen Antrag eingebracht, welcher es bezweckt, den § 153 der Regierungssatzung, der vorläufig noch zu den sauren Trauben gehört, in einer Miniaturausgabe durch ein Hintertürchen einzuschmuggeln. Der Antrag will dem 2. Absatz des Paragraphen folgenden Wortlaut geben:

„Geldstrafen dürfen die Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeits-Verdienstes nicht übersteigen; jedoch können Thätlichkeiten gegen Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten, sowie gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes oder zur Durchführung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung erlassenen Vorschriften mit Geldstrafen bis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tagesarbeits-Verdienstes belegt werden. Alle Strafgebühren müssen zum Besten der Arbeiter der Fabrik verwendet werden.“

Dieser Antrag wurde von Herrn Sige, dem christlichen Zentrumsmann und Referenten, dem Herrn Handelsminister von Berlepsch, dem amtlichen Vertreter des Staats, dem Herrn Müller, dem national-liberalen Kapitalfetsch-Anbeter und von dem „König Stumm“ in rührender Harmonie bekräftigt, und von den Sozialdemokraten Bebel, Auer und Singer kräftig bekämpft. Herr v. Berlepsch, der den Bergarbeiter-Streit hereinzog und in seiner Argumentennoth mit dem Rothen Gespenst hantieren wollte, hat mit dieser seiner unglücklichen Rede jedenfalls die Geschäfte der Sozialdemokratie aufs Beste besorgt und den denkbar schlagendsten Beweis dafür geliefert, daß in seinem Ressort, in der Sozialgesetzgebung, noch ganz der alte Kurs herrscht. Es versteht sich, daß der Antrag der Verschlechterungs-Kommission durchging.

Nach diesem Zwischenspiel nahm die Berathung wieder das frühere Tempo an, und ohne erhebliche Diskussion gelangte das Haus um 1/4 Uhr an das Ende der dritten Lesung.

Ueberrnorgen wird die Abstimmung über das ganze Gesetz stattfinden, für das die sozialdemokratische Fraktion natürlich stimmen kann.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Verschiedene Vorlagen. Zundersteuer. —

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

54

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. weichel.

Der Kommissar blieb unbewegt. Geringschätzig zuckte er mit den Achseln.

„Möge Ihnen Gott in Ihrer letzten Stunde nicht sein Ohr verschließen, wie Sie jetzt der Stimme der Menschlichkeit,“ sagte der Greis bewegt und Thränen traten ihm in die Augen. „Herr Kommissar, der Sie hier stehen im Namen des Königs, handeln Sie auch als ein König. Gewinnen Sie ihm die Herzen dieser armen Leute, durch Menschlichkeit! Sie wollen Jehn strafen für Alle; wohl! die Strafe trifft Alle ins Herz, die Schuldigen, wie die Unschuldigen. Und wenn nun die Erbitterung über die erlittene Schmach die Leute zum Aufbegehren treibt, wenn Blut fließen sollte: über wessen Haupt läme es, wenn nicht über das Ihrige? Wollen Sie Ihre Hände in Unschuld waschen, indem Sie den Befehl Ihres Herrn vorschütten? Seine Diener sollen ihm die Herzen der Tyroler gewinnen und sie treiben durch ihre Tyrannei das Land zur Verzweiflung.“

Der Kommissar hatte ein Altenstück vom Tische genommen und blätterte darin, während der Pfarrer sprach. Jetzt warf er das Altenstück auf den Tisch und sagte, indem er sich mit ruhiger Miene an den Offizier wendete:

„Herr Oberleutnant von Reichenstein, der geistliche Herr ist Ihr Gefangener, Sie werden ihn mit sich nach Bruneck führen.“

Der Landrichter fuhr betroffen von seinem Stuhle auf, und der Müller ward bleich. Selbst der Oberleutnant war betreten. Der Kommissar aber trat an den Tisch und unterzeichnete die Proklamation, welche an die Kirchenthür geschlagen werden sollte.

„Lasset den Kopf nicht hängen, alter Freund,“ ermunterte der Pfarrer den Müller. „Wo ich bin, ist Gott bei mir. Sein Ohr ist offen, wenn das der Menschen taub ist. Und jetzt thut mir den Gefallen und lasset meine Haushälterin wissen, daß ich in meinem leichten Anzuge den Herrn Oberleutnant nicht flüchtig nach Bruneck begleiten kann.“

Herr von Reichenstein, der mit dem Kommissar leise sprach und, wie es schien, ihn zu bewegen suchte, von der Verhaftung des Geistlichen abzustehen, machte ein zustimmendes Zeichen, und niedergeschlagen entfernte sich der Müller.

Seine Mittheilung, daß der Pfarrer ein Gefangener sei, jagte wie ein Sturm über den ganzen Platz, von den Gruppen, die auf dem Hofe des Gerichtshauses auf die Entscheidung des Kommissars gewartet hatten, bis zu denen, die in ängstlicher Spannung den Soldaten vor dem Schulhause gegenüber standen. Alle liefen zusammen und Arigaya mußte auf die Bank außerhalb der Kirchhofsmauer steigen und die unglaubliche Nachricht ausföhrlich bestätigen. Horniges Geschrei, lautes Wehklagen, Verwünschungen gegen den Kommissar folgten der Erzählung. Die Einen schlugen mit den Fäusten ihre Brust; Andere fragten verzweifelt, ob Gott sie denn ganz verlassen

habe? Ruther, der Schullehrer, machte den Vorschlag zu beten.

„Beten?“ rief Ambros. „Sollen wir den Pfarrer stecken lassen? Wer ein Schießisen im Haus hat, der denkt jetzt nicht ans Beten.“ Seine Augen flammten über die Menge hin und die Burschen drängten sich zu ihm, während Andere dem Lehrer auf den Kirchhof folgten.

„Still! hört Ihr nichts?“ rief plötzlich eine Stimme in das Drängen und Wogen, und Alle standen und lauschten nach dem Schulhause hin.

„Jesus, Maria! Gott sei's geklagt! In die Kirche!“ rief es mit manchem verzweifelten Aufschrei untermischt durcheinander. Ambros aber warf in das Schreien, Klagen und Wimmern die Worte: „Wer ein Mann ist, der holt sein Schießzeug und in Mantham sehen wir uns wieder.“

Hartwanger wollte abmahnen, aber schon eilten Ambros und Campogna in verschiedenen Richtungen davon, und ihr Beispiel zündete bei den Entschlossenen. Die Zurückgebliebenen eilten mit Kusschluß Weniger in das Gotteshaus.

Arigaya war unterdessen nach der Pfarre gegangen, mußte sich aber selbst mit dem Hut und Mantel und den Stiefeln des Geistlichen beladen. Die Magd war nicht zu finden und Besa hatte vollständig den Kopf verloren. So schnell er konnte, eilte er an der Schule vorbei, vor der zwei Bayern und zwei Landjäger Posten standen, während der Oberleutnant in einiger Entfernung von ihnen auf und ab ging. Sein volles, rothes Gesicht war finstler wie eine Gewitterwolke. Ein kleines Hänlein Dörfler hatte sich mit verstärkten Mienen gegenüber an der Kirchhofsmauer dicht zusammengedrängt. Dem alten Müller zitterte

In Düsseldorf hat der deutsche Kaiser vor einigen Tagen eine Rede gehalten, in welcher der Satz vorlief: „Einer nur ist Herr im Reiche und das bin ich — keinen anderen dulde ich.“

Dieser Satz, den verschiedene Zeitungen todzuschweigen versuchen und thatsächlich in ihren Berichten nicht gebracht haben, kann dem ganzen Zusammenhang nach nur gegen den Fürsten Bismarck und dessen Bestreben, sich vermittelst des Großkapitalisten-Rings wieder in seinen alten Hausmeierposten einzudrängen, gerichtet sein. Bei solchen Ansichten an „allerhöchster Stelle“ und bei dem persönlichen Charakter, welchen die deutsche Politik jetzt vielfach hat, ist es bloß schwer zu begreifen, warum der Staatsanwalt die Bismarck'schen Welfensfonds-Praktiken noch nicht in den Bereich seiner Amtstätigkeit gezogen hat, und noch schwerer ist zu begreifen, warum die Reichsregierung in der sogenannten Arbeiterchutz-Gesetzgebung dem Bismarck'schen Großkapitalisten-Ring die weitausgehendsten Konzessionen gemacht und dadurch den hausmeierlichen Plänen des Fürsten Bismarck den denkbar größten Vorschub geleistet hat. (Auch im „Reichsanzeiger“ fehlt der von uns besprochene Satz, was auch „ein Zeichen der Zeit“ ist.)

Es hat eine Zeit gegeben, wo man von einem Gegensatz zwischen dem Kaiser und den Führern der Großindustriellen sprach. Man kolportierte damals eine Reihe zugespitzter Aeußerungen des Kaisers über Herrn v. Stumm und Genossen. Wir lassen dahingestellt, was von all dem wahr war; sicher scheint nur das, daß heute Kaiser Wilhelm mit Stumm vollständig versöhnt ist, daß der Kaiser keinen Widerspruch zwischen seinem ehemaligen Arbeiterchutz-Programm, das in den Erlassen vom 4. Februar v. J. niedergelegt ist und den Beschlüssen des Reichstages findet. Charakteristisch für den jetzigen Standpunkt des Kaisers in der Arbeiterchutzfrage ist die Meldung der „Post“, daß der Kaiser Stumm den Charakter als Major verliehen habe. Diese an sich gleichgültige „Rangserhöhung“ wird, worüber wir sehr erfreut sind, eine Reihe unberechtigter Illusionen in der deutschen Volksseele zu zerschlagen.

Herr Eugen Richter ärgert sich darüber, daß wir mit der gleichen Schärfe gegen die Preistreiberereien der Börse wie gegen die Getreidezölle vorgehen. Er wirft uns vor, daß wir die Aufmerksamkeit von der Zollfrage damit ablenken. Wer unser Blatt nicht lobdringend liest, weiß, daß Herr Richter im Unrecht ist. Kein Blatt bekämpft so scharf wie wir die Getreidezölle, und dabei sind wir das einzige Tagesblatt Berlins, das gleichzeitig auch die Preistreiberereien geißelt, während die Freisinnigen nur die Getreidezölle, die Agrarier nur die Börse bekämpfen, beide bemüht mit der Absicht, die Aufmerksamkeit von den ihnen nützlichen Institutionen abzulenken. Herr Richter demaschirt sich immer als Erzbourgeois, wenn er auf die Börse zu sprechen kommt. Die „Freisinnige Ztg.“ schreibt:

„Der „Vorwärts“ suchte es als ein Unrecht darzustellen, daß man auf dem Getreidemarkt die Ernte, die noch nicht einmal auf dem Balken steht, in den Bereich der Berechnung zieht und mit dem Barometer in der Hand die Preise regelt. — Es wäre ein Unglück für die gesammte Volkswirtschaft, wenn es anders wäre.“

Nun, wir glauben, daß dies nur ein Unglück für die die Börse mitbeherrschenden Hintermänner der freisinnigen Partei wäre. Es ist doch kein Zufall, daß die in Börsenkreisen beliebtesten Blätter, das „Berliner Tageblatt“, der „Berliner Börsen-Courier“, das „Kleine Journal“ in freisinniger Politik machen. Herr Richter darf deshalb selbst wenn er persönlich wollte, was sicherlich nicht der Fall ist, gegen die Börse nicht frontieren. Würde die freisinnige Partei eine volksthümliche Politik gegen die Börse befolgen, dann verschwände sie sofort vom politischen Schauplatz.

Die „Neue Stettiner Ztg.“ meldet aus angeblich sicherer Quelle, daß der Oberpräsident Graf Vehr am 15. Mai seinen Abschied einreichen wird.

Nun werden die Pommeren bald mit ihrem Puttkamer beglückt werden.

Auf einen groben Klotz ein grober Keil — dachte ein Semit, als er dieser Tage in Württemberg auf der Eisenbahn mit dem Antisemitens-Führer, „Mimenten-

Böckel, zusammentraf und von diesem in der bekannten Weise angerülpelt wurde. Er schlug dem sauberen Patron so kräftig hinter die Ohren, daß demselben Hören und Sehen verging. Herr Böckel benahm sich auf der Weiterreise ganz anständig, und wenn die Kur noch ein paar Mal wiederholt wird, läßt er die Nipelketten in Zukunft vielleicht ganz sein. Jedenfalls sagen wir zu dem Heilmittel: Probatum est.

Die päpstliche Enchelyca über den Sozialismus erscheint zu Pfingsten. Nun das wird uns auch nicht vernehmen.

Die englischen Liberalen haben einen glänzenden Wahlsieg zu verzeichnen, indem sie ein früher sicheres Mandat den Konservativen abnahmen; vielleicht wird deshalb der Termin für die Parlamentswahlen anders angelegt werden.

Der wegen Sittlichkeitsvergehens angeklagte Deputirte Kapitän Verney ist zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt worden. Verney hatte in Bezug auf die Hauptpunkte der gegen ihn erhobenen Anklage seine Schuld zugestanden.

Die Verurteilung eines bekannten Nationalökonom und Politikers freisinniger Richtung, des Herrn Schelganon, gab gestern in St. Petersburg Anlaß zu einer eigenartigen Demonstration. Eine aus mehr als 1000 Studenten und Studentinnen bestehende Prozession begleitete nämlich den Leichenzug, welcher nicht die von der Polizei vorgeschriebene Route einschlug, sondern seinen Weg über die Hauptstraßen nahm. Auch Kränze wurden trotz des polizeilichen Verbots getragen. Die Polizei war zu schwach, um die Demonstration zu verhindern, und sie begnügte sich daher damit, die Namen der ihr bekannten Personen aufzuzeichnen, welche später in ihren Wohnungen verhaftet wurden. Einige Studenten sind bereits von Petersburg ausgewiesen, und anderen ist der Besuch der Hochschulen verboten worden.

Ueber die Vorgänge in New-Orleans liegen nunmehr neue Nachrichten vor. Es wird darüber telegraphirt:

Die große Jury hat nunmehr den Bericht über die Ermordung Hennessy's und das Lynchverfahren gegen die Italiener erfaßt. Derselbe bezeichnet die Ermordung des Polizeichefs als ein Verbrechen, dessen gewaltsamer Charakter aus der Anzahl der Kränze, unter denen Hennessy sein Leben ausgehaucht habe, hervorgeht. Was die wiederholt erhobene Beschuldigung anlangt, daß gewisse Mitglieder der Jury ihrem Eide zuwider gehandelt hätten, so ergebe sich aus den Verhandlungen der Jury selbst, daß in dem Falle von Polig, Schaffdi und Monasterio sechs Geschworenen ein die Schuldfrage bezweifelndes und sechs ein verneinendes Urtheil abgegeben hätten. Der Bericht erstreckt ferner die zur Beendigung der Jury von Seiten der Verteidigung gemachten Anstrengungen. Was das Verhör vom 14. März betreffe, so hätten sich zu demselben Tausende von Menschen eingefunden; das Volk sei einem plötzlichen spontanen Antriebe folgend in einer Weise vorgegangen, daß es schwer sei, die Verantwortlichkeit für dieses Vorgehen, mit dem sich die Stadt solidarisch gemacht habe, festzustellen. Die Jury könne daher eine Verurteilung der Angeklagten in den Anklagezustand nicht gutheißen.

Die Maifeier.

Zur Maifeier gehen uns noch folgende Berichte zu:

Die Weisgerber hatten auf dem Gesundbrunnen in Anebels Salon zum Sonntag, den 3. Mai, Nachmittags 4 Uhr, ihre Maifeier veranstaltet. Der Garten sowie der Saal waren herrlich geschmückt mit rothen Fahnen, Bannern, Bildern von Freiheitskämpfern und Inschriften. Schon vor 4 Uhr hatte sich der größte Theil der Festgenossen eingefunden, die Zahl der Teilnehmer betrug weit über 1000, und die Festfreude war eine allgemeine, welche auch nicht einmal dadurch gestört wurde, daß um 6 Uhr ein Polizeiwachtmeister mit einem Kriminalbeamten erschien und verlangte, daß die rothen Fahnen, welche im Garten angebracht waren, entfernt werden müßten. Das Festkomitee war, anfangs freilich mit Widerstreben, bereit, dies zu tun. So wurden denn acht Fahnen und ein 4 Meter langes Banner, welches die Inschrift trug: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“, und in einem hohen Baum befestigt war, entfernt, welche dann von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Polizeirevier geschafft wurden. Das Vergnügen nahm seinen ruhigen Fortgang. Die Teilnehmer amüsirten sich bei deklamatorischen Vorträgen,

Der Kutscher entschuldigte sich, daß er die ladinische Sprache nicht verstände. Sie wünschten dem gnädigen Herrn wohl eine glückliche Reise, meinte er, und trieb das Gespann zu einer schnelleren Ganganart an.

Während der Schlitten durch die mehr und mehr sich verengenden Bindungen des Thales fast geräuschlos dahin glitt, verstärkte jede Sekunde die Zahl der bewaffneten Büchsen und Männer bei Monthan, wo die Bodenschwellung, welche von der Landstraße durchschnitten wurde, sie vor jedem verbar, der von der Brücke des Spithörndlbaches sich näherte. Nun fand sich auch Ambros ein und es schien selbstverständlich, daß er die Führung übernahm. Die Weiber und Kinder, welche die Reugierde aus dem Dorfe herbei gelockt hatte, schickte er in die Häuser zurück und ordnete seine Mannen in drei Haufen. Mit dem mittleren, dessen Kommando er sich selbst vorbehielt, besetzte er die Landstraße, wo diese bei Monthan mündete. Die beiden anderen Haufen sollten rechts und links die Feldbränder besetzen, sobald die Soldaten auf dem Wegeinschnitt bis dicht vor das Dorf gerückt wären. Das Gamsmandl übernahm die Führung des rechten Haufens; die des linken vertraute Ambros einem Bauer mit langen weißen Haaren. Es war derselbe, der in jener für Ambros so verhängnisvollen Gewitternacht diesen gewarnt hatte, Gott nicht zu versuchen. Keiner sollte von seinem Stutzen eher Gebrauch machen, als bis Ambros durch ein Schwenken seines Hutcs ein Zeichen gäbe.

Ambros traf alle diese Anordnungen ohne viele Worte, kurz und bestimmt, worauf er rechts über das Feld hinaufging, um Ausschau zu halten, während die Anderen unter manchem rauhem Scherze ihre Flinten und Büchsen luden und bereit machten. Von St. Bigil lönte das Mittagsgeläute über das Feld, aber es dachte dort heute wohl Niemand an das Essen. Kein Rauch stieg dort aus den Schloten in die frostklare Winterluft, auch nicht von dem Häuschen droben, wo Stasi in diesem Augenblicke den Schuß der Mutter Gottes für ihren Mann anrief. Ambros hatte ihr nur eilig zugerufen, als er sein Schießzeug von der Wand genommen, daß es der Befreiung des Pfarrers gälte, und sie hatte nicht versucht, ihn zurückzuhalten, obgleich ihr die

Gefängen und Ball bis zum andern Morgen um 3 Uhr. Gegen die Beschlagnahme der Fahnen wird Beschwerde eingereicht.

Die Wirker und Wirkerinnen hielten am 1. Mai eine Versammlung ab, in welcher Herr Blöde einen Vortrag über die Bedeutung des Tages hielt. Nach dem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag erfolgte die einstimmige Annahme der bekannten Resolution. Nach der Versammlung fand ein gemüthliches Beisammensein statt, bei dem Tanz und Vorträge abwechselten und welches bis in früher Morgenstunden hineinwährte.

Der Arbeiter-Bildungsverein von Mariendorf veranstaltete seine Maifeier am 3. Mai bei Schenck in Mariendorf. Etwa 7-800 Personen mochten anwesend sein. Nach der Begrüßungsrede des Vorsitzenden wurde, da der Festredner, Genosse Birch aus Charlottenburg, noch nicht erschienen war, die Achtstunden-Resolution von ca. 800 Personen einstimmig angenommen. Um 6 Uhr Nachmittags zogen die Genossen mit Gesang nach dem Blockdortstraße Lokal, um auch hier einiges Leben durch mehrere Gesangsvorträge vom Arbeiter-Gesangverein „Harmonie“ in die dort Versammelten zu bringen. Der Fadelzug der Kinder nach dem obengenannten Lokal wurde jedoch polizeilich indirt. Somit verließ Alles in der größten Ruhe und Ordnung. Genosse Birch erschien später und richtete eine kurze Ansprache an die Festtheilnehmer, um dann sofort wieder nach Charlottenburg zurückzufahren. Bemerkenswert ist noch, daß der Herr Amtsvorsteher das Vergnügen in letzter Stunde aus Anlaß des ruhigen Verlaufs der Keilner-Maifeier am 1. Mai gestattete.

Aus Johannisthal wird uns geschrieben: Die Maifeier der hiesigen Genossen verlief in imposanter und würdiger Weise; das Gartenlokal des Herrn Senstleben konnte die Menge kaum fassen, auch hatten sich viele Berliner Genossen und angehängelt, z. B. die Glasergesellschaft, der Ethische Verein, die Gesangsvereine „Südoft“ und „Echo“. Genosse Wieland hielt eine Ansprache, in der er die Bedeutung des Achtstundentages darlegte, auch hauptsächlich die Frauen ermahnte, sich den Männern anzuschließen und nicht hemmend gegen unsere Bestrebungen aufzutreten. — In ähnlicher Weise sprach sich später Frau Gubela aus. Um 5 Uhr fand der Auszug nach dem Walde statt, wofelbst wir uns in echt volksthümlicher Weise amüsirten.

Bei eintretender Dunkelheit fand die Kinder-Fadelpolonaise statt, woran sich dann die Verlosung der Kinderlotterie schloß. So verlief die Feier in ruhiger Weise bis zum Schluß, trotzdem von einer Polizei nichts zu sehen war. — Die eintretende Versammlung zum 1. Mai konnte nicht stattfinden. Obgleich der Einberufer die Bescheinigung schon am 21. April erhalten hatte, theilte ihm am 29. April der Amtsvorsteher v. Oppen mit, daß infolge Erlasses der Konzeption die Borussia-Brauerei geschlossen sei. Der Einberufer wandte sich an die Direktion und machte den Vorschlag, die Versammlung dennoch tags zu lassen, die Theilnehmer brauchten ja eben nur kein Bier zu trinken, worauf der Direktor erklärte, aus keinen Fall darauf eingehen zu können, da das eine Umgehung des Gesetzes wäre. Es wurde nun sofort eine andere Versammlung einberufen zum Sonntag Mittag von 1-2 Uhr zwecks Abstimmung über die Resolution. Auch diese wurde zu Wasser. Statt der Bescheinigung erhielt der Einberufer folgendes Schreiben:

„Auf die Anmeldung vom 1. d. M., betreffend Abhaltung einer Volksversammlung am Sonntag, den 3. d. M., 1 Uhr, im großen Saale der Borussia-Brauerei theilte ich Ihnen hierdurch mit, daß laut schriftlich hier vorliegender Benachrichtigung die Säle der Borussia-Brauerei am Sonntag, den 3. d. M., unter keinen Umständen zu Versammlungen hergegeben werden, die beabsichtigte Volksversammlung daher nicht stattfinden kann. Der Amtsvorsteher. gez. v. Oppen.“

Trotz alledem waren die Lokaltäten der Brauerei geöffnet und wurde am Sonntag auch lächtig Bier vergapft, nur wenn wir Arbeiter die Säle zu Versammlungen haben wollen, ist keine Konzeption vorhanden oder man erklärt dem Amtsvorsteher, den Saal nicht hergeben zu wollen, wenn auch die Herrn Vorsteher uns versichern, die Säle stehen uns immer zur Verfügung.

Die Leser des „Vorwärts“ werden hieraus ersehen, daß trotzdem der Einberufer sich schriftlich verpflichtet, die Versammlung nur eine Stunde tags zu lassen, der Deonom Dolinski dem Amtsvorsteher schriftlich erklärte, den Saal nicht hergeben zu wollen. Im Auftrage des Festkomitees. G. Ege, Johannisthal, Eberwalde, 3. Mai. Am heutigen Tage fand hier eine der Bedeutung des Tages nach angemessen besuchte Versammlung im Restaurant zur Mühle statt. Den Vortrag hielt Genosse Stabernack aus Berlin. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf fand ein Tanzvergnügen statt, welches die Theilnehmer bis zum frühen Morgen zusammenhielt.

Prenzlau, 4. Mai. Die Parteigenossen von Prenzlau hielten als Anschluß an ihre Maifeier am heutigen Tage noch eine trotz verspäteter Bekanntmachung zur besuchte Versammlung ab, in welcher Genosse Stabernack aus Berlin unter großem Beifall über die Bedeutung der achtstündigen Arbeitszeit sprach. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden.

Ueber die Maifeier in Deutschland sind uns heute nicht nur sehr viele Einzelberichte noch zugegangen, auch die Parteiblätter liegen uns jetzt mit ihren umfangreichen Schilderungen

knü gezittert. Ihm pochte das Herz vor Kampflust, als er auf der Höhe der Bodenschwellung stand, von der auf er St. Bigil und die Landstraße, die sich zwischen Stangenjähnen nach der Brücke des Spithörndlbachs hinaus krümmte, frei übersehen konnte.

Er wünschte, es gäbe ein ordentlich Raufen und er zöge von Monthan aus in den Krieg. Seitdem Afrika ihm den Brief ihres Bruders zu lesen gegeben, wendeten sich seine Gedanken immer wieder auf das Soldatenleben im Felde; im Schlachtgetümmel müßte ihm frei und leicht werden, meinte er.

Jetzt kamen hinter dem Gerichtshause die Soldaten hervor, begleitet und gefolgt von einem Haufen Männer und Weiber, und Ambros richtete sich straff auf. Sein scharfes Jägerauge erkannte den Pfarrer, der neben dem Oberleutnant den Soldaten vorausging. Von den Wägern, die dem Pfarrer das Geleit gaben, blieben allmählig die Einen und die Anderen zurück, aber sie standen noch lange auf der Straße und schauten dem Juge nach. An der Brücke machten auch die Letzten Halt und Herr Moltenbecher lehrte sich noch einmal zu ihnen und erhob segnend die Hände.

Ambros ging eiligen Schrittes zu den Seinigen zurück. „Sie kommen,“ sagte er. „Jetzt still und aufgepaßt!“ Das Gamsmandl that noch ein paar Jäge aus seiner Holzpeife und steckte diese dann weg. Lautlos standen die Stutzen, Ambros vor seinem Haufen. Er hatte seinen Stutzen über die linke Schulter gehängt, während die Anderen die ihrigen schußbereit hielten. Die Soldaten, welche wohl froh sein mochten, aus St. Bigil weg zu sein, hatten ein Lied angestimmt. Näher und immer näher kam der Gesang. Die Tritte wurden hörbar auf dem hartgefrorenen Schnee. Jetzt wurden der Oberleutnant und der Pfarrer sichtbar und hinter ihnen das erste Glied der Soldaten. Herr von Reigenstein prallte bei dem Anblick der auf ihn gerichteten Wägsammandlungen zurück und kommandirte Halt.

„Was soll das?“ rief er. „Warum versperrt Ihr mir den Weg?“

(Fortsetzung folgt.)

das Herz. Aus der Kirche klang es laut und eintönig. Auf Rutzlers Vorschlag betete man gemeinschaftlich den Rosenkranz ab.

Vor dem Thor des Gerichtshauses hielt der Schlitten des Kommissars, den der Schreiber geholt hatte. Der ostmatische Schließer lehnte an dem Thorposten und sprach mit dem Kutscher. Als Arigaha vorüber kam, warf er einen Blick auf die Kleidungsstücke, die dieser trug, und dann auf den Korporal der Landjäger, der sich eben in der Hausthür zeigte, und brummte: „Es giebt manchen guten Dienst, den Einem der Teufel segnet.“

Der Kommissar hatte sein Geschäft beendet und fuhr davon. Auch er ließ in dem höflich fahlen Abschied, den er vom Landrichter nahm, etwas von dem Dienste einfließen. Die Pflichten desselben seien oft schwer zu erfüllen, aber das Herz dürste nicht dazwischen reden. Ohne Herrn Moltenbecher eines Blickes zu würdigen, schwang er sich zur Thür hinaus.

„Galten Sie es für möglich, daß die Regierung in München eine Vorstellung davon habe, welcher Werkzeuge sie sich in diesem Lande bedient?“ fragte der Pfarrer und seufzte, als der Kommissar sich entfernte hatte.

Der Landrichter judte die Achseln. „Wir wissen nur das Eine bestimmt, daß wir von diesen Werkzeugen keine Schonung zu erwarten haben. Und so ist es ja auch gut, daß wir jetzt eben dieser Wölfe kennen gelernt haben, die mit ihren Zähnen den Leib Thyrols zerfleischen.“

Eine ähnliche Vorstellung mochte auch der Kutscher des Kommissars mit seinem Fahrgaste verbinden. Als sie nämlich nach Monthan kamen, wo sich bereits die Männer mit ihren Büchsen bei der Kapelle zu sammeln begannen und der Kommissar seinen Koffelkoffer nach der etwaigen Bedeutung dieser Erscheinung fragte, verfehlte dieser treuherzig, er wüßte nicht anders, als daß sie vielleicht eine Wolfsjagd vorhätten.

„Wölfe in Thyrol?“ rief der Kommissar ungläubig. „Ja, nun, grinsie der Kutscher vor sich hin, es brechen wohl zuweilen welche ins Land ein.“

„Denker! Bluthund!“ erscholl es hinter dem Schlitten her und der Kommissar fragte wieder, was die Leute riefen?

der lokalen Demonstrationen sämtlich vor. Wir sind deshalb darauf angewiesen, bei der Veröffentlichung der Berichte nach denselben Grundsätzen zu verfahren, denen wir gestern gefolgt sind. Zudem zeigt das Bild der Maidemonstration naturgemäß ein so einseitiges Gepräge, daß die einzelnen Feste nur in besonderen Fällen eine besondere Darstellung erheischen.

Leipzig. Die Mäifeier ist auch hier großartig verlaufen. Die Zahl der Teilnehmer war mindestens doppelt so groß (circa 27 000) als das vorige Jahr und die Stimmung durchweg eine getragene, wie das Fest es erheischt. Freitag, den 1. Mai, waren Volksversammlungen; Sonntag, den 3. Mai, Vormittags, Ausflüge und Nachmittags festliches Zusammensein in dreizehn Gartenlokale, wobei jedoch keine Reden gehalten werden durften. Im benachbarten Wurz war Vormittags Ausflug, Nachmittags Versammlung, in der Steibknecht die Festspreche hielt, und Abends gefellige Unterhaltung.

Gera. Die Mäifeier verlief hier glänzend. Musterhafte Ruhe und überaus zahlreiche Beteiligung ließ alle Hoffnungen der Gegner zu Schanden werden. Am Freitag, den 1. Mai Abends fand in der „Deutschen Krone“ eine imposante Volksversammlung statt, an der über 2000 Genossen und Genossinnen Teil nahmen. Abgeordneter Wurm sprach über den Achtundentag. Am Sonnabend hielt derselbe in Hohenleuben Volksversammlung, am Sonntag waren die Geraer Genossen in zwei Lokalen in Frankenthal versammelt. Über 10 000 Arbeiter waren mit Frauen und Kindern hinausgezogen; ein Umzug war verboten, doch hatten sich die Genossen in Schützenböden versammelt, es sich nicht nehmen lassen, eine Ehrenparade zu erteilen. Die Festspreche hielt Abg. Wurm. Gleichzeitig fand in Zwätzen ein Parteifest statt, wo Abends ebenfalls Wurm sprach. In Pforten hatte der Bürgermeister für den 1. Mai einen Kampionzug gestattet. Auch im Oberlande (Schleiz und Umgegend) fanden am 3. Mai Mäifeier statt.

Chemnitz. den 4. Mai. Wir hielten unser Mäifest in Grana ab. Um 4 Uhr waren an 8000 Personen im Saale und Garten des Schützenhauses in Grana beisammen, während noch verschiedene Gruppen im Zugzuge waren oder sich in der Umgebung in den Waldwegen ergingen. Da ein eigentliches Programm nicht aufgestellt war, so vergnügte sich Jeder nach seiner Weise, durch Gesang, Tanz und Einathmen der würzigen Waldluft. Daß aber die große Masse die Bedeutung des Tages wohl erkannt, zeigten am besten die Maimarken, welche von den meisten Festteilnehmern sichtbar am Hute getragen wurden und zu erkennen gaben, daß die Inhaber mit zu der Kriegskasse des Profitorials spendet hatten, zu dem Fonds, der da mithelfen soll, uns den Achtundentag zu erringen. Zur Erhöhung der Festfreude flatterte auch bald eine rote Fahne auf einer schlanken Stütze eines hohen Hügel.

Kassel. 5. Mai. Eine wahre Wälderwanderung kann man es nennen, welche am Sonntag nach der Hasenheide bei Wolfanger stattfand, denn wohl zwölftausend Personen zogen hin, um die Mäifeier zu begehen. Leider war es untertägig, Fahnen mitzunehmen oder Reden zu halten. Gegen 6 Uhr wurde die rote Fahne, welche unter dem Ausnahmegesetz nach der Schweiz in Sicherheit gebracht und von dem Züricher Delegierten zum Parteitag in Halle wieder zurückgegeben wurde, woselbst sie bei der Verdringung des Genossen Baumgarten als Leichentuch diente, entfaltete. Nicht erdenkliche Hochs begrüßten sie, als sie lustig im Winde flatterte; leider mußte sie bald wieder entfernt werden.

Kiel. 5. Mai. Mäifeier. Zu der hier am 5. Mai stattgehabten Mäifeier hatten die Behörden die umfassendsten Anordnungen getroffen. Das Militär war in den Kasernen konzentriert und 200 Mann mit scharfen Patronen ausgerüstet. Urlaub wurde an diesem Tage nicht erteilt; jeder Mann mußte um 10 Uhr in der Kaserne sein, die um diese Zeit einer strengen Revision unterworfen gewesen sein soll. Nach dieser Zeit sah man nur Patrouillen unter Führung ihrer Offiziere die Stadt durchkreuzen. Selbst die nach den beiden Festlokale führenden Straßen waren für das Militär streng verboten. Desto lebhafter bewillkürten sich diese schon von 4 Uhr Nachmittags an mit den Massen der Arbeiter, die mit Weib und Kind den beiden Lokalen zuflüchteten. Schon kurz nach der festgesetzten Zeit waren die Säle von Festteilnehmern gut besetzt. Ungeachtet dessen strömten immer neue Truppen nach, so daß schon gegen 7 Uhr alle Räume vollständig überfüllt waren. Von dieser Zeit an bis gegen 10^{1/2} Uhr dürften die Festteilnehmer in beiden Lokalen, sowie diejenigen, die bekränzt von einem Lokale zum anderen pilgerten, um einen besseren Platz zu erhalten, die Zahl von 8000 bis 9000 Personen erreicht haben. Der frohen und festlichen Stimmung der Festteilnehmer entsprechend war auch das Aussehen der mit Girlanden und Kränzen geschmückten Räume. Vor der Bühne des „Elysium“ war auf einem roth dekorierten Postamente die mit einer roten Schleife umgebene Wälderfahne aufgestellt. Ueber dieser war die am Freitag Abend in dem Wurm'schen Lokale dem Mallokomite überreichte Fahne der früheren Gewerkschaft der Metallarbeiter angebracht worden. Im „Englischen Garten“ war das Aushängen der sozialdemokratischen Vereinsfahne untersagt worden. — Im „Elysium“ sprach Genosse Heimg.

Solingen. den 5. Mai. Tausende und Abertausende Menschen zogen vorgestern in die weiten Räume der St. Sebastianus-Schützenhalle, um an einem Feste teilzunehmen, welches die fortgeschrittenen Arbeiter Europas und Amerikas fast gleichzeitig feierten. Leider reichte die Festhalle nicht aus, um alle diejenigen Personen, welche mitfeiern wollten, in sich aufzunehmen, weshalb ganze Schaaren wieder umkehren mußten. Die Festspreche hielt Abg. Schumacher. — Auch in Ohligs bei Solingen war eine Mäifeier veranstaltet, an der sich 300 Genossen beteiligten.

Breslau. den 5. Mai. Der 3. Mai verlief für die Breslauer Sozialdemokratie ausgezeichnet. Es war ein Tag, der das Klassenbewußtsein der Arbeiter mit einem Schlage mächtiger aufweckte, als dies durch eine lange Reihe von politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen möglich gewesen wäre.

Langenbielau. 4. Mai. Die gestrige Mäifeier für den Kreis Reichensbach ist großartig verlaufen. Festzug von 6000 Personen, Resolution einstimmig angenommen. Polizei war weder beim Festzuge, noch beim Feste selbst anwesend; es verlief ohne die leiseste Disbarmanie. Im Kreis Neutode, der zu unserem Wahlkreis gehört, hielt Genosse Baginski die Festspreche; der Verlauf der dortigen Feier war ebenfalls würdig, circa 1000 Personen waren anwesend, die Resolution fand ebenfalls einstimmige Annahme. Zur Vorfeier fand hier am 1. Mai Abends eine Volksversammlung statt.

Bremen. 4. Mai. Die Feier verlief hier in würdiger Weise. Wir dürfen Angesichts der kolossalen Beteiligung, welche sich in der Stadt wie in der Umgegend zeigte, getrost behaupten, daß unsere gesammte Arbeiterschaft an dieser prächtigen Mäifeier teilgenommen hat. Hier in der Stadt fanden zunächst und zwar Nachmittags 3 Uhr im Kasino und in der Tonhalle Volksversammlungen statt, die trotz der frühen Stunde von zusammen circa 6000 Personen besucht waren. Im Kasino sprach unser Vertreter im Reichstage, Julius Bruns, in der Tonhalle Redakteur Chr. Gottlieb. Nach einstimmiger Annahme von Resolutionen, welche das Einverständnis der Versammelten mit den vom internationalen Arbeiterkongress zu Paris aufgestellten Forderungen erklärten und nach einem begeisterten Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schlossen beide imposante Versammlungen unter dem Abhingen der Mäiesskiffe. Nachdem so in der würdigen Weise von den Arbeitern der ersten Bedeutung unseres Mäitages gedacht war, kam nunmehr auch die Festfreude, das Vergnügen zu seinem Rechte. In den fünf großen, prächtig dekorierten Lokalen, welche von den Bremischen Arbeitern für das Fest gemietet waren, begannen mit Beginn der Abendstunden große Massen der Festteilnehmer in freudigster Stimmung. Treffliche Gesangsvorträge und heitere Tanzweisen sorgten für Unterhaltung und Annehmlichkeit im reichsten Maße und bis in die späte Nacht hinein hielt das schöne Fest die Teilnehmer überall in frohlichster

Stimmung beisammen. — Auch in unseren Nachbarorten nahm das Mäifest unter außerordentlich großer Beteiligung der Arbeiter einen würdigen Verlauf. Die Hastedter Arbeiter veranstalteten zu Nachmittags 3 Uhr einen Umzug, an welchem neben den in Hastedt domicilierten Arbeitervereinen auch die von Hemelingen, Sebaldsbrück, Osterholz, Vahr teilnahmen. Selbst eine größere Anzahl Arbeiter von Arsten, Habenhausen und selbst von Brinkum beteiligten sich am Festzuge, der wohl reichlich 1000 Teilnehmer zählte.

Königsberg i. Pr., den 5. Mai. Verglichen mit der Feier im vorigen Jahr ist bei der diesjährigen Mäifeier ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen. Während im vorigen Jahre der Einberufer einer öffentlichen Schuttmacherversammlung für den 1. Mai für diesen Tag in polizeilichem Gewahrsam genommen wurde, fanden diesmal am 1. Mai in unserem Verammlungsorte eine Volksversammlung und eine Versammlung des sozialdemokratischen Bildungsvereins statt. Um acht Uhr mußten die Räume für die Volksversammlung, kurz darauf die für den Bildungsverein wegen Ueberfüllung abgesperrt werden. In der ersten Versammlung sprach Genosse Schulze, in der letzteren Genosse Cuesel. Beide Versammlungen verliefen musterhaft unter Annahme der in der Mäizeitung enthaltenen Resolution. Ausgesprochen hat sich der Tag noch dadurch, daß man sehr viele Leute die Köpfe schüttelte über die Vorbringen, die getroffen waren; so rückte die Wache in mehr als dreifacher Stärke auf und zahlreiche Militärpatrouillen durchzogen die Stadt, während in den Abendstunden außerordentlich viel Polizeisten in der Nähe des Münchhofplatzes gesehen wurden. Dort befindet sich das Restaurant unseres Abgeordneten, Genossen Schulze. Von einer offiziellen Feier am Sonntag, den 3. Mai, mußte leider Abstand genommen werden, da es uns nicht möglich war, ein Lokal zu bekommen. So zahlte ein Bieth, der sein Lokal gegeben, aber aus Furcht von dem Kontrakt zurücktrat, dem Vorstand eines Arbeitervereins als Kontrahenten 100 M. Konventionalstrafe. Doch ein anderer Ausweg wurde gefunden. In einem bestimmten Lokal eines Vergnügungsortes vor der Stadt, den Hufen, kamen über 1000 Personen zusammen, trotz des schlechten Wetters, das an diesem Tage war. Nachdem am Abend die Mäiesskiffe geflogen war und die Genossen mit ihren Frauen den Heimweg angetreten hatten, kamen die Genossinnen. Dem Bieth des Lokals, der die Sozialdemokraten in seinem Garten geduldet wurde, als er am Dienstag bei dem Gemeindevorsteher die Erlaubnis zum Tanz für den Himmelfahrtstag einholte, wurde, der Befcheid: „Sie bekommen überhaupt keinen Tanz mehr.“

Zwickau. Von dem Rathe der Stadt Zwickau wurde noch in letzter Stunde der Festkommerz am 3. Mai verboten. Nachdem schon 8 Tage zuvor die polizeiliche Erlaubnis erteilt, auch der hierfür zu entrichtende Armenkastenbeitrag abgeführt war, wurde am Sonnabend Nachmittag dem Vertrauensmann an Polizeistelle das Verbot erteilt. Nicht öfter als sechsmal wurde er vor dieses Forum geladen, um theils Auskunft zu erteilen oder Verfügungen zur Kenntnis entgegen zu nehmen. Das Verbot wurde damit begründet, daß der Teil der Massenfestteilnehmer zu Gefährdungen geeignet mache. Auf die sofort erhobene Beschwerde erfolgte dann am Abend der Befcheid, daß man das Konzert gestatten müsse, wieder dürfen jedoch nicht gesungen, Ansprachen und Vorträge nicht gehalten werden. Das Konzert fand unter Theilnahme von 1000 Genossen, einem Staatsanwalt, einem Gerichtsassessor, dem Herrn Bürgermeister, dem Polizeikommissar, einem Polizei-Wachmeister und mehreren Schulheuten in Zivil statt, außerdem patrouillierten Schutzleute in Galauniform vor dem Lokale die Straße auf und ab. Unser Vertrauensmann Schmidt hielt eine mit stürmischer Begeisterung ausgenommene Ansprache.

Varleben. 4. Mai. Am Sonntag, den 3. Mai, feierten auch die Arbeiter von Wolmirstedt und Umgegend den 1. Mai in Wolmirstedt; leider nicht ohne Schwierigkeiten. Als der Genosse Koler von Varleben beim Bürgermeister von Wolmirstedt, sowie beim Amtsvorsteher von Varleben einen Ausflug der Arbeiter von Varleben angemeldet hatte, kam sofort an ihn der Befcheid, daß der Ausflug als öffentlicher Ausflug zu verziehen sei und dieser nach den §§ 9 und 10 des preussischen Vereinsgesetzes verboten werde. Noch weiter geht der Wolmirstedter Bürgermeister: Dieser untersagte auch den Ausflug, weil die Anmeldung dahin ging, daß die Arbeiter von Varleben zwischen 8 und 4 Uhr Nachmittags in Wolmirstedt eintreffen würden, in der Stadt sowohl, wie auf allen öffentlichen Straßen.

Aber trotz alledem zogen die Arbeiter von Varleben zwar nicht geschlossen nach Wolmirstedt, aber von Mittags 12 bis 3 Uhr war fortwährend die Straße von Varleben nach Wolmirstedt, dieser Hochburg der Konventionen, mit wandernden Genossen und Familien angefüllt, so daß das Lokal „Stadt Prag“ mit mehreren Hundert Varlebener Genossen besetzt war. Auch kamen von fast allen umliegenden Ortschaften die Arbeitsbrüder einzeln herbei, sowie auch mehrere Genossen von Wolmirstedt.

Es war dies die erste Mäifeier in dieser Stadt. Sie ist zum größten Teil den Genossen von Lande zu verdanken.

Gr. Werkel bei Pamela. 3. Mai. Auch hier haben es die Arbeiter sich nicht nehmen lassen, das Mäifest in würdiger Weise zu feiern. Anfanglich war beabsichtigt, am heutigen Tage ein öffentliches Tanzvergnügen, verbunden mit einer Festspreche, in welcher auf die Bedeutung des heutigen Tages hingewiesen werden sollte, abzuhalten. Doch der Mensch denkt und das Landrathsanth lenkt. Ein öffentliches Vergnügen durfte an diesem Tage nicht stattfinden. Darauf zeigte der Vorstand des hiesigen Wahlvereins dem Landrathsamte an, daß der Verein am heutigen Tage ein Vereinsvergnügen abhalten werde und daß während desselben auch eine Festspreche gehalten würde. Da wir nun aber bis zum Sonnabend Nachmittag vergeblich auf eine Antwort gewartet hatten, begab sich der Genosse Heinemann auf das Landrathsamte, um sich dort zu erkundigen, ob uns auch keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden. Hier wurde ihm nun mitgeteilt, daß eine Festspreche nicht gehalten werden dürfe. In derselben würde jedenfalls auf die politischen Verhältnisse angepielt, und dies dürfe, da Frauen und Kinder auf dem Feste anwesend sein würden, nicht gestattet werden; auch dürften in dem Festlokale keine roten Fahnen entfaltete werden. Genosse Heinemann, welcher diese Antwort erwartete hatte, meldete jetzt eine öffentliche Volksversammlung an, erhielt aber zur Antwort, daß es hierzu schon zu spät sei, denn diese müsse mindestens 24 Stunden vorher angemeldet sein. Er wies darauf hin, daß die Versammlung nicht, wie dies bei der Festspreche beabsichtigt war, heute Nachmittag, sondern heute Abend 8 Uhr stattfinden sollte und erbat sich die sofortige Befreiung, welche ihm nun auch ausgestellt wurde. Das Fest begann heute Nachmittag um 4 Uhr in dem mit grünen Lannenzweigen und dem Bildnis Ferdinand Lassalle's geschmückten Saale der Witwe Zurnmühlen. Nach Beginn des Festes erschienen die beauftragten Beamten, um sich durch Augenschein zu überzeugen, ob nicht die so sehr gefürchteten roten Fahnen in dem Lokale ausgehängt seien. Abends kurz nach 8 Uhr fand dann in demselben Lokale, nachdem die Kinder und jugendlichen Personen unter 16 Jahren entfernt waren, die von Frauen und Männern gut besuchte Versammlung statt.

Hartha i. Sachsen, den 5. Mai. Die für den 1. Mai angemeldete Volksversammlung, in welcher Frau Rohrlad sprechen sollte, wurde eines Formfehlers halber verboten. Beim Ausflug am 3. Mai waren nur ca. 200 Personen beteiligt, doch in der gestrigen, am 4. Mai, abgehaltenen Volksversammlung, wo nun Frau Rohrlad referirte, waren ca. 500 Personen anwesend und die den Achtundentag betreffende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Reibers-Kühhäuser. Am Sonntag, den 3. Mai, feierten wir im Waldschloßchen im Kirchthal zu Reibers das Arbeiter-Mäifest. Wir hielten früh 9 Uhr eine große und eine kleine rote Fahne. Der Aufzug war uns polizeilich untersagt, und jede Rede ver-

boten. Um 8 Uhr sollte Konzert stattfinden, da erschien der Polizist und gebot die Fahnen sofort zu entfernen. Wir fügten uns auch hierin. Es waren an 200 Personen anwesend. Abends fand in dem Schneider'schen Lokale, hier, ein Ball statt. Auf dem Rückwege nach diesem Lokale marschirten wir Alle die Chaussee entlang nach dort. Ein Genosse aus Pocka (es hatten sich aus den Nachbarorten auch Genossen eingestellt) trug die Fahne zusammen gerollt, unterwegs aber entfaltete er sie langsam wieder, vor der Stadt aber nahm er sie wieder zusammen. Auf einmal kam der Polizist im Sturmschritt hinter uns her, und fragte den unbekanntem Flaggenträger nach seinem Namen. Er wurde ihm auch genannt. Auf dem Rückwege vom Waldschloßchen wurde Salt gemacht und wir brachten auf die internationale Sozialdemokratie ein begeistertes Hoch aus. — In Frankenhäusen am Köpffhäuser beteiligten sich etwa 600 Genossen am Fest. Landtags-Abgeordneter C. Apel hielt die Festspreche. Von allen umliegenden Ortschaften waren Genossen erschienen.

In mehreren Orten des Herzogthums Braunschweig wurde die Mäifeier festlich begangen. In Blankenburg war vom Arbeiter-Bildungsverein die Festlichkeit arrangirt. — In Schöningen war der geplante Aufzug verboten worden. Die Feier beschränkte sich deshalb auf eine im Freien abgehaltene Festlichkeit, bestehend in Gesängen und Vorträgen. — In Helmstedt fand ebenfalls eine sehr gut besuchte Festlichkeit statt.

Als folgenden Orten wird uns noch über den programm-mäßigen Verlauf der Mäifeier berichtet: Apolda (500 Teilnehmer). Aschersleben (400 Teilnehmer). Baden-Baden (300 Teilnehmer; Redner: A. Huber). Brunsbüttel (200 Teilnehmer). Burgstädt in Sachsen (200 Teilnehmer; Redner: Reichelt). Crefeld (starke Beteiligung; zum ersten Male rote Fahnen in Crefeld). Danzig (800 Teilnehmer). Döbeln in Sachsen (300 Teilnehmer; Redner: Abg. Schmidt-Burgstädt). Freiburg in Baden. Geringswalde, 10. Wahlkreis (300 Teilnehmer). Guben (1000 Teilnehmer; Verbot der Festspreche). Halberstadt (Theilnehmer 4500; Redner: A. Dahlen). Harburg (7-8000 Teilnehmer). Hartmannsdorf in Sachsen. Holzhausen bei Pyramont (100 Teilnehmer). Kempton in Bayern (200 Teilnehmer). Lambrecht (200 Teilnehmer; Redner: Stabenreich). Limbach (1000 Teilnehmer). Ludwigshafen (5 bis 600 Teilnehmer). Mittweida (Redner: Gims). Osnabrück (Verbot der Festspreche). Penzig i. d. Lausitz (90 Teilnehmer). Pforzheim (3000 Teilnehmer; Redner: A. Kister). Pinneberg. Pottschappel (5 bis 600 Teilnehmer; Redner: Horn). Quedlinburg (400 Teilnehmer). Rathenow (8000 Teilnehmer). Remscheidt (1000 Teilnehmer). Rousdorf (700 Teilnehmer). Schwartau (200 Teilnehmer; Redner: Pape). Saalfeld (1200 Teilnehmer). Sorau (800 Teilnehmer). Stralsburg i. Pomm. Uetersen (Redner: Stengels-Hamburg; Verbot der roten Fahne und des Aushängens eines Lassallebildes). Wald. Wolfenbüttel (800 Teilnehmer).

Theater.

Friedrich Spielhagen's fünfaktiges Trauerspiel „In eiserner Zeit“ hat eine weite Reise gemacht. Vorgesert ist es im Ostend-Theater glücklich gelaufen. Glücklich, denn der Erfolg, den es errungen hat, war groß, viel größer, als man nach den phrasenhaften Ausführungen des Bourgeois-Schriftstellers erwarten durfte. Die Genossinnen und Genossen des Herrn Spielhagen applaudirten, und damit glauben wir genug über den Inhalt des Stückes gesagt zu haben. Die Regie gab sich wohl Mühe, den Anforderungen des Dichters zu genügen, sie konnte denselben aber leider nicht in vollem Maße entsprechen.

Besser war die Darstellung. Die Hauptrolle spielte Fräulein Marcella Feldern als Gast. Ihre Erscheinung war für die Patriarchatsober durchaus geeignet und sie gab dieselbe mit großer Gewandtheit und voller Empfindung. Der dritte Akt brachte ihr einen stürmischen Applaus. Auch die Herren Orser und Zielner verdienen rühmlich hervorgehoben zu werden.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür ausreicht, dem Publikum zur Verfügung, von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwehrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

In Nr. 103 des „Vorwärts“, zweite Beilage, Gerichtszeitung, findet sich ein Verhandlungsbericht der Vertheidigungsgelagte Vierl wider Schmidt. Da derselbe nicht ganz objektiv gehalten ist, erlaube ich mir als Beteiligter nachfolgende Ergänzungen resp. Richtigstellungen.

Ich habe die betreffenden Äußerungen, die meine Verurtheilung zur Folge hatten, auf Grund von Mittheilungen der Wismanschen Heleute, Wrangelstr. 9, gelhan. Frau Busman, ebenfalls früheres Vorstands- und Streikkontroll-Kommissionsmitglied, erklärte nun vor Gericht, daß ihre mir gemachten Mittheilungen wesentlich Unwahrheiten seien. Meine Behauptungen über das Vorleben der Frau Vierl wurden durch das Zeugniß der Frau Renz, Reichenbergerstr. 158, bestätigt. Frau Vierl erklärte vor Gericht unter Thronen dem Frauenverein nur durch Ueberredung beigetreten zu sein, jetzt habe sie denselben den Rücken gekehrt, auch sei ihr Mann niemals Sozialdemokrat gewesen. (Es war dieses zwar von keiner Seite behauptet.) Nachdem Frau Vierl noch den Richtern mitgetheilt hatte, daß ich ihr unbedeutender Weise Branntwein verkauft hatte, wurde mir anheimgegeben, mich mit derselben zu einigen, und Seitens des Rechtsanwalts gesagt, ich könne ja Frau Vierl um Verzeihung bitten. Ich gab die Erklärung ab, daß es mir zwar nicht gelungen sei, die Beweise, welche das Gericht für meine Behauptungen verlangte, zu erbringen, daß ich selbst aber von der Wahrheit derselben überzeugt sei. Infolge dessen würde ich mich selbst für einen Lump halten, wenn ich Abbitte leisten würde. Sodann erfolgte meine Verurtheilung zu 50 M. oder 10 Tage Verleibung.

W. Schmidt, Wrangelstr. 141.

Sozialdemokrat vor wie nach der Verurtheilung.

An alle in Buchbindereien und verwandten Berufsweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen:

Begrußend auf den Bericht im „Vorwärts“ betreffs des Verbandstages, sehe ich mich genöthigt, eine darin enthaltene Unrichtigkeit richtig zu stellen.

Es heißt in demselben, daß die dem Verbandsangehörigen Vereine für mögliche Beschleunigung zur Bildung von Arbeitervereinsorganisationen einzuwirken haben. Nun lautet der Beschluß des Verbandstages jedoch wesentlich anders und zwar: Sämtliche Vereine für uns in Betracht kommende Arbeitervereine sind innerlich für uns in Betracht zu organisiren; es bleibt den einzelnen Vereinen überlassen, darüber Beschlüsse zu fassen, ob sie dieselben selbstständig Arbeitervereine thun wollen, oder ob sie dieselben einfach in ihre bereits bestehenden Vereine für alle im Fach beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Statuten dem gemäß geändert sind, aufnehmen wollen. Für uns, die wir uns stets für Zentralisation eingestellt sind, für uns, die wir vor allen Dingen dafür zu sorgen haben, daß das Solidaritätsgefühl zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen möglichst gefördert und gebildet wird, kommt selbstverständlich nur das Letztere in Betracht. Ich ersuche daher alle Arbeiterinnen und alle Arbeiter, welche in Buchbindereien und verwandten Berufsweigen thätig sind, sich diese Frage recht reichlich zu überlegen und vor allem ohne Ausnahme so zahlreich wie irgend möglich am Montag, den 11. d. Mts., in Feuerstein's Salon (Näheres Annonce) zu erscheinen. Mit kollegialischem Gruß: Louis Meyer, Weintraubenstr. 6.

Theater.

Donnerstag, den 7. Mai.
Opernhaus. Lammhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.
Freitag: Der Trombadour.
Schauspielhaus. Das Käthchen von Heilbronn.
Freitag: Der neue Herr.
Lesing-Theater. Thermidor.
Freitag: Sodoms Ende.
Berliner Theater. Nachmittags 1/2 Uhr: Der Weichensprecher. Abends 7/8 Uhr: Schuldig.
Freitag: Ariel Acosta.
Deutsches Theater. Krieg im Frieden.
Freitag: Die Welt, in der man sich langweilt.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Saint Cyr.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Wallner-Theater. Des Teufels Weib.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Residenz-Theater. Dr. Jojo.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Sollaliance-Theater. Der Giftmischer.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Thomas-Theater. Der Millionenbauer.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Odeon-Theater. In eiserner Zeit.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Schauspielhaus. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Sebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Grosses Concert
ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor H. Sanftleben
unter Mitwirkung des Opernsängers u. Konzertmalers Signor Travieki aus Rom.
Empfehle zugleich meinen Frühstücks- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
F. Sadtke.

Stablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
Direktion J. Ködman.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Kaffeehaus von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.
F. Müller.

Passage-Panopticum.
Unter d. Linden 22/23. 11-1 u. 5-9 U.
Knabe mit 2 Köpfen. Esau-Lady.
Im Spezialitäten-Theater 6-10 Uhr:
Neu! Minnie Caf. 10jährige Soubrette.
Gebr. Forst, Instrumentalisten.
Sgr. Nappo, Jongleur. Illa Scherz. Laura Zimmermann. Sigmund Stein. Mr. Brighton.

Castan's Panopticum.
Jetzt: Friedrichstr. 165.
Neu:
Lappländer
aus den nordischen Schneegebirgen.
Ohne Extra-Entree!
Öffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Aktion-Brauerei
Friedrichshain
Königsbör.
Großes Militär Konzert.
Arnold.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Eintritt 30 Pf.
Programm unentgeltlich.

Zu Partien:
Cognac, Schoppen à 1,00 Mark.
Franz Beyer, Prinzessinnenstrasse 15.
Die Verwaltung des Restaurateurs Albert Huben findet nicht von der Leihhalle des Jerusalemers Kirchhofs, Bergmannstrasse, sondern Herrmannstrasse, statt.

Neue Welt, Bergschloß-Brauerei, Hasenhaide.
Heute, Donnerstag:
Grosses Konzert, ausgeführt von der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Holz.
Punkt 6 1/2 Uhr: Ballonfahrt des Herrn Otto. Fällung 1 Uhr.
Die neue Vogelwiese mit zahllosen Sehenswürdigkeiten.
Entree 25 Pf.
Kinder in Begleitung Erwachsener frei.

Th. Keller's Hofjäger Hasenhaide
Bergmannstr.-Ecke.
Heute, Donnerstag, den 7. Mai 1891 (Himmelfahrtstag):
Gr. Militär-Konzert, im großen Saale
von der Kapelle des 4. Garde-Regiments zu Fuß unter Leitung ihres Rgl. Musik-Direktors Herrn A. Bergtor.
Auf dem Nationentheater: Eröffnungsvorstellung. - Volksbelustigungen.
Anfang des Konzerts 4 Uhr. Entree 15 Pf. (Vorverkauf 10 Pf.)
An den Pfingsttagen: Gr. Früh- u. Nachmittags-Konzerte. A. Froelich.

Neue Walhalla.
Sommer-Theater
im Ausstellungs-Park Hasenhaide.
Heute, Donnerstag, den 7. Mai, Himmelfahrtstag:
3 Gr. Vorstellungen.
6 Uhr Früh: Früh-Vorstellung.
4 Uhr Nachm.: Extra-Nachm.-Vorstellung.
7 Uhr Abends: Gala-Festvorstellung.
In allen drei Vorstellungen: Mons. Loissot mit seinen dreifachen Klapperschlangen, Gänsen und Affen. Madm. de Clairmont, schneidigste Chansonette der Welt. Ardel u. West, genannt die Zulu-Kings, in einer neuen hochfomischen Pantomime „Leben in Afrika“. Gustav Rosa, Gesangs-Humorist. Thros Brothers Franklin, Champion Parterre-Akrobaten und Kopf-Equilibristen. Geschw. Berital, Gesangs- und Tanz-Duettisten. Fri. Waldowski, weiblicher Komiker. Little Franklin, Miniature-Gymnastiker, Laminierung aus fünf Meter Höhe. Universal-Humorist Edi Rosnort, Instrumental- und Gesangs-Komiker. Kapelle: Musikdir. Bachhofer mit dem Hausorchester.
Entree 30 Pf., Parquet 50 Pf., Sperr- 75 Pf., Loge 1 Mark.
Kasseneröffnung: 1 Stunde vor Beginn einer jeden Vorstellung.
Avis: Die Kaffeelücke ist ununterbrochen geöffnet.

Rheinländischer Tunnel,
gen.: „Die Adèle Nagelkiste“
Berlin N., Eisasserstrasse 73,
gegenüber der Bergstraße.
Ausgang von vory. Lagerbier
à Seidel 10 Pfg.
bei guter musikalischer Unterhaltung u. aufmerksamer Bedienung.
Urgemüthliche Kneipe.
H. Schulze (mit u. b).
Bestellungen auf Musik für jedes Vorkommnis werden im Lokal entgegengenommen. 555L

Allen Parteigenossen empfehle mein
Restaurant
zum rothen Meer
641L] W. Haugk, Boedstr. 12.

Größt Gründer's Festale
(vorm. Schnegelsberg)
Hasenhaide 21 und Jahnstraße 8.
Jeden Sonntag, Montag und Mittwoch: Ball in drei Sälen. Alle bis zu 3000 Personen zu Festlichkeiten, Vereinen und Versammlungen zu folgenden Bedingungen.
Beste Kost, vorzügl. Mehl, Milch, Eier, Speise, Gemüse
bietet das Vegetarische Speisehaus, Klosterstraße 10, 1. (Ede Kaiser Wilhelmstr. 29/30). 537 b

Ich zeige hierdurch an, daß ich die
Vertretung der Brauerei
Evora & Meyer in Pürth i. B.
vom heutigen Tage übernommen habe und bitte, daß Herrn Hering geschenkte Vertrauen auf mich übertragen zu wollen.
O. Finke.
Bestellungen sind zu richten an Evora & Meyer, Berl. Lagershof 3, und Otto Links, Forsterstr. 45. 577b

Rummelsburg, Berliner Str. 11,
und Sonnern meinen schattigen Garten, 2 neue Regelbahnen und Kaffeelücke, großen Langsaal aufs Beste.
Hochachtungsvoll 725b
W. Borchmann.

Allen Freunden und Genossen die
ergebende Mitteilung, daß ich das
Restaurant Langestr. 70
(früher Heindorf) käuflich erworben habe und bitte, daß dem Genossen Heindorf geschenkte Vertrauen auf mich gütigst übertragen zu wollen. Zimmer, für Vereine passend, noch frei. „Vorwärts“, „Berliner Volks-Tribüne“ und Gewerkschaftsblätter liegen aus.
694L Paul Bogasch.

Rechts-Bureau des Königl. Preuss. Amtsrichters a. D.
Alte Jakobstr. 102 II. Gewissenhafter Rath. Hilfe in allen Angelegen. Unentgeltlich. Auch Sonntags.
725b

BERLINER HIPPODROM
Am Kurfürstendamm, Station Zoologischer Garten.
Heute, a. Himmelfahrtstage:
Zwei grosse Vorstellungen.
Um 4 und 7 Uhr:
Wettrennen, Steeple-Chase, röm. Weitsahren und Wettreiten.
Urkommisches Pony-Rennen.
Lockart's
6 Riesen - Elefanten.
Mr. Rivall der Feuerkämpfer im brennenden Eisenkäfig.
Die liegenden Fernandez. Geschw. Onatis. Brothers Stelling. Moser Truppe.
Miss Newsome m. i. dress. Tandem-Spring-Pferden.
Ferner: Auftreten d. gef. Künstler- Personals.
Im großen Parke:
Grosses Militär-Konzert.
Entree 50 Pf. Reser. Plätze 1 u. 2 M. Logen 3, 4 u. 5 M.
Vorverkauf im Invalidentank.
Bequeme Pferde-, Stadt- und Dampfbahn-Verbindungen.

Geschäftshaus E. Feine.
Chausseestraße 14
Die schönsten 388L
Kinder-Kleider
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgencorsets, Unterröcke,
Trikottailleu, Blousen
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Massbestellungen u. Reparaturen
werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14
Geschäftshaus E. Feine.

Wiedlich feine Tisch-Butter
à Pfund 100 Pfg. Allerfeinste
Badbutter à Pfd. 90 Pfg. Große
Limburger, zirla 2 Pfd. schwer
und ganz reis, Stück 80 Pfg. Holl.
Käse à Pfd. 60 Pfg. verkauft die
Butter-Handlung
von 725b
Bernhard Müller,
1. Neue Köhlerstr. 1.

Restor-Handlung.
Billige Reste zu Knaben-Anzügen
von 1 M. an, sowie zu großen Anzügen von 6 M. an bis zum feinsten Kammergarn, sowie Reste zu Regen- und Sommermänteln, Sammet, Seide, Wäsche, Atlas (alle Besatz-Artikel), Zeisel zu Tailen, alle Farben; auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt, emp.
Karle, Waldemarstr. 66, part.

E. Strauss, Schneidernstr.,
Plumensstr. 46, part. 655 L
empfiehlt sich zur Anfert. eleg. Herren-Garderoben. Für guten Sitz u. saubere Arbeit wird garantiert. Lager v. Stoffen in grosser, geschmackvoller Auswahl.
Kouante Zahlungsbedingungen!
Kunststickerei, Bilderhandlung,
Bilderreinhaltung
von 57b
Fröhlich & Richter,
Berlin O., Nr. 85, Grüner Weg Nr. 65.
Anfertigung sämtlicher Stickereien.
Spezialität: Sozialdemokrat. Sinn- sprüche, Lager von Bildnissen hervorragender Parteigenossen, sowie allen Bildern sozialdemokratischen Genres.

Bringe meinen Freunden u. Genossen
meine Kind-u. Schwefelkistchen
in freundliche Erinnerung.
Zentral-Markt Halle Stand 148.
Carl Aurin.

Unserm Freund und Kollegen Hermann
Schwaria zu seinem heutigen Wiegenfest
ein donnerndes Hoch, daß die Grün-
thalerstraße wackelt, wünschen Dir Deine
Kollegen aus der Seefraße. Hermann,
laß stehen. P. M. H. U. H. S. G. D.
Unserm Gen. u. Statbr. dem Hötten-
wirth A. Linnoken, zu seinem
morgenden 88. Geburtstag ein drei-
fachen Hoch, daß die Hötten higen und
die Affen v. Bier u. Wein higen.
731b] Die Skatbrüder Kullouvert.
Gen. Weg. Schnell 'ne Hölte,
Aber mach, es ist schon spät,
Denn Du weilst um 1/2
Kommt die heilige P.

Begenerklärung.
Die Berliner Seifensfabrik er-
klärt, daß wir unseren Leuten einen
Wochenlohn von 10 Mark zahlen.
Dies ist eine Unwahrheit. Ein
Wochenlohn von 10 M. wurde bei uns
zu der Zeit gezahlt, als der Inhaber
der Berliner Seifensfabrik Herr Simon-
sohn noch Mitinhaber unserer Firma
war und als er als eigentlicher
Kapitalist unsere Unternehmung selbst
alle Kassenangelegenheiten in der Hand
hatte.
Jetzt zahlen wir durchweg höhere
Löhne und haben die beiden in Frage
kommenden - noch nicht 17 Jahre
alten - Laufburschen, inkl. einer Extra-
Vergütung für Mittagessen in den letzten
beiden Wochen folgende Beträge baar
ausbezahlt erhalten:
Wilhelm Schipull 16,85 Mark und
16,70 M., Richard Wihhaus 17,60 M.
und 16,70 M.
Wir überlassen es dem Urtheil
unserer geehrten Kunden, ob es eine
ehrenwerthe Konkurrenz ist, die solche
faßlichen Verhättnisse ausstreut, und
die sich seit Langem demüht, uns
Kunden megalapern, trotzdem sie weiß,
daß uns die Erlangung dieser Kund-
schaft ein Geldopfer von nahezu 2000
Mark gekostet hat, und die uns nie,
auch in keinem einzigen Falle, ein
solches Vorgehen nachsagen kann, da
es uns ein angeborenes Anstandsgefühl
verfagt, anders als auf dem geraden
Wege in den Besitz von Kunden zu-
gelangen.
Neue Königsstraße 17.
Berliner
Handtuch- u. Lieferungs-Institut.
Inhaber: L. Eigner.

H. Matthées,
Nr. 70, Grüner Weg Nr. 70,
nahe der Kopenstraße.
Spezial-Geschäft 604b
für Mehl, Mühlenfabrikate,
Hälsenfrüchte,
Vogelfutter, Taubenerbsen,
empfiehlt nur beste Waare zu
billigen Preisen.
Von 5 Pfund ab Engros-Preise.

Rohtabak
empfiehlt 114b
Rud. Seiffert, Reichenbergerstr. 171.
Sophabzüge-Neße
unter Kopfenpreis. Fabrik von Hille,
Zimmerstr. 86, Hof part. 516L
Schuh- u. Stiefel-Lager
tigen. Fabr.
empfiehlt
A. Manthey, Eimienstraße 245,
nahe der Neuen Köhlerstr. 537b

Rohtabak A. Goldschmidt,
Spandauerbrücke 6,
am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl. Garantirt
sicher brennende Tabake.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
besindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
am Fadeschen Markt. 746b

Ein Vereinabzeichen, Stempel u. Oravi-
rungen empf. den Genossen G. Kleist,
Waldemarstr. 48. 596b
Zinken 1 M., Schlag, Reitzung-Zinken
aller Art bill. Länden, Reerschweine.
Auch Kauf und Tausch.
Koppenstr. 90, Hof 1 Tr., Thierhandl.
Hofen, Knabenanzüge, Arbeitsachen
Wilh. Pahr, Elisabethstr. 8.

Größtes Lager Berlins
Kinderwagen. Andreasstr. 23, S. v.
Ein Kind wird in Pflege genom. bei
Krohn, Friedrichsberg, Chaussee 21a
Seitenstr. 2 Tr. 165M

Kleines Tanz-Lokal
sopert zu verkaufen. Auskunft ertheilt
Expedition, Vandelstr. 23. 724b
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.
Anst. Herren sind. gute Schlafst.
Weihenberg, Fürstenuwalderstr. 17, III. I.

Grüßte Kartonschneiderei verl. J. Prieß,
Landesberger Allee 19. 58P
Metall- u. Eisenmacher u. Wärmerech-
verl. J. Prieß, Landesberger Allee 19. 57P

Stand für Karouffel, Schaufel,
Würfelschale sind zu vergeben bei
W. Schölzel, Fürsten Wolfgang-
früher Laue, Lichtenberg. 735b
Ein Korbmacher-Geselle (auf Grob-
geschlagenes) findet lohnende Beschäft.
J. Vecker, Rummelsburg,
Prinz Albrechtstr. 3.
Ein Schmelzer, tüchtig, findet sofort
dauernde, lohnende Stellung. 162M
H. Friedrich, Prinzessinnenstr. 8.
2 geübte Mäntel-Arbeiterinnen
ausser dem Hause,
nur solche, a. Jackets, Promenads, Rau-
dagen sucht Lohrmann, Müllerstraße 4.
Stepperin ausser dem Hause, geübt
auf ordinäre Treffer, Grobwaare, sucht
167M] S. Adam jr., Pringstr. 33.
Junger Sellner (Gen.) der schon in
Partellokal gearbeitet, sucht Stellung
Offerten unter H. 19, Postamt 23,
Berlin, erbeten. 737b
Geübte Präger u. Prägerinnen auf
Reliefs sind. sof. Beschäftigt. Friedberg u.
Silberstein, Elisabeth-Str. 44. 164M
Geübte Kartonschneiderei verl. J. Prieß,
Landesberger Allee 19. 58P

Central-Kranken- u. Sterbefasse
der Tischler u. j. w.
Berthige Verwaltung Berlin G.
Sonntag, 10. Mai, Vorm. 10 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Holzmann, Ludowikstraße 26.
Tages-Ordnung:
1. Statutenberathung. 2. Wahl eines
Delegirten zu der am 14. Juni und
folgende Tage in Halle a. S. stattfindenden
Generalversammlung. 3. Verschie-
denes. - Der wichtigen Tagesordnung
wegen darf kein Mitglied versäumen, in
dieser Versammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimirt.
306/4 Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbefasse
der Tabakarbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin I.
Sonntag, 9. Mai, Abends 9 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
Elisabethstraße 29.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom
1. Quartal. 2. Verschiedenes.
733b J. K. A. Motos.

Kranken- und Sterbefasse des
Bereins der Form.
Sonntag, den 9. Mai, Abends
9 Uhr, im Kassenlokal Spdstr. 3:
Ausserordentliche
General-Versammlung.
Der wichtigen Tagesordnung halber
ist das Erscheinen aller Mitglieder er-
wünscht.
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der
Seifensieder
und Berufsgenossen.
Sonntag, den 9. Mai, Abds.
8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schaffer,
Fischerstr. 10:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 2627
1. Vortrag des Herrn Kobelenzer.
2. Diskussion. 3. Abrechnung vom
Stiftungsfest. 4. Entrichtung der
Monatsbeiträge. Aufnahme neuer Mit-
glieder. 5. Verschiedenes.
Es ist Pflicht der Mitglieder in dieser
Versammlung zahlreich zu erscheinen,
da der Arbeitsertrag vom 1. Mai noch
zu entrichten ist. Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

Wanderversammlungen
des
Lehrkursus der Berliner Arbeiter-
und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe
bei Unglücksfällen
am Montag, den 11. d. M., Abds.
8 1/2 Uhr, in den Industriehallen
Mariannenstr. 31/32.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Bern-
stein, prakt. Arzt, über: Schwindelsucht.
2. Zwecks und Ziele des Lehrkursus.
3. Verschiedenes.
Männer und Frauen haben Zutritt.
Zur Deckung der Unkosten findet
Tellererhebung statt.
Sonntag, den 7. Juni, Nach-
mittags 5 Uhr, bei Feuerstein,
Alte Jakobstr. 75: Versammlung
für Männer und Frauen. Vortrag und
gemüthliches Zusammensein.
Der Vorstand.

Soeben erschien: 693L
Frisch voran!
genannt: Arbeiter-Marsch.
(Trio-Marschallise.)
Für Klavier zu 2 Händen komp. von
H. Karoly. Op. 11.
Richard Laun,
Berlin O., Grüner Weg Nr. 17.
Musikalien-Handlung.
Liefer. vieler Männergesangsvereine.

Stand für Karouffel, Schaufel,
Würfelschale sind zu vergeben bei
W. Schölzel, Fürsten Wolfgang-
früher Laue, Lichtenberg. 735b
Ein Korbmacher-Geselle (auf Grob-
geschlagenes) findet lohnende Beschäft.
J. Vecker, Rummelsburg,
Prinz Albrechtstr. 3.
Ein Schmelzer, tüchtig, findet sofort
dauernde, lohnende Stellung. 162M
H. Friedrich, Prinzessinnenstr. 8.
2 geübte Mäntel-Arbeiterinnen
ausser dem Hause,
nur solche, a. Jackets, Promenads, Rau-
dagen sucht Lohrmann, Müllerstraße 4.
Stepperin ausser dem Hause, geübt
auf ordinäre Treffer, Grobwaare, sucht
167M] S. Adam jr., Pringstr. 33.
Junger Sellner (Gen.) der schon in
Partellokal gearbeitet, sucht Stellung
Offerten unter H. 19, Postamt 23,
Berlin, erbeten. 737b
Geübte Präger u. Prägerinnen auf
Reliefs sind. sof. Beschäftigt. Friedberg u.
Silberstein, Elisabeth-Str. 44. 164M
Geübte Kartonschneiderei verl. J. Prieß,
Landesberger Allee 19. 58P

Soeben erschien: 693L
Frisch voran!
genannt: Arbeiter-Marsch.
(Trio-Marschallise.)
Für Klavier zu 2 Händen komp. von
H. Karoly. Op. 11.
Richard Laun,
Berlin O., Grüner Weg Nr. 17.
Musikalien-Handlung.
Liefer. vieler Männergesangsvereine.

Stand für Karouffel, Schaufel,
Würfelschale sind zu vergeben bei
W. Schölzel, Fürsten Wolfgang-
früher Laue, Lichtenberg. 735b
Ein Korbmacher-Geselle (auf Grob-
geschlagenes) findet lohnende Beschäft.
J. Vecker, Rummelsburg,
Prinz Albrechtstr. 3.
Ein Schmelzer, tüchtig, findet sofort
dauernde, lohnende Stellung. 162M
H. Friedrich, Prinzessinnenstr. 8.
2 geübte Mäntel-Arbeiterinnen
ausser dem Hause,
nur solche, a. Jackets, Promenads, Rau-
dagen sucht Lohrmann, Müllerstraße 4.
Stepperin ausser dem Hause, geübt
auf ordinäre Treffer, Grobwaare, sucht
167M] S. Adam jr., Pringstr. 33.
Junger Sellner (Gen.) der schon in
Partellokal gearbeitet, sucht Stellung
Offerten unter H. 19, Postamt 23,
Berlin, erbeten. 737b
Geübte Präger u. Prägerinnen auf
Reliefs sind. sof. Beschäftigt. Friedberg u.
Silberstein, Elisabeth-Str. 44. 164M
Geübte Kartonschneiderei verl. J. Prieß,
Landesberger Allee 19. 58P

Stand für Karouffel, Schaufel,
Würfelschale sind zu vergeben bei
W. Schölzel, Fürsten Wolfgang-
früher Laue, Lichtenberg. 735b
Ein Korbmacher-Geselle (auf Grob-
geschlagenes) findet lohnende Beschäft.
J. Vecker, Rummelsburg,
Prinz Albrechtstr. 3.
Ein Schmelzer, tüchtig, findet sofort
dauernde, lohnende Stellung. 162M
H. Friedrich, Prinzessinnenstr. 8.
2 geübte Mäntel-Arbeiterinnen
ausser dem Hause,
nur solche, a. Jackets, Promenads, Rau-
dagen sucht Lohrmann, Müllerstraße 4.
Stepperin ausser dem Hause, geübt
auf ordinäre Treffer, Grobwaare, sucht
167M] S. Adam jr., Pringstr. 33.
Junger Sellner (Gen.) der schon in
Partellokal gearbeitet, sucht Stellung
Offerten unter H. 19, Postamt 23,
Berlin, erbeten. 737b
Geübte Präger u. Prägerinnen auf
Reliefs sind. sof. Beschäftigt. Friedberg u.
Silberstein, Elisabeth-Str. 44. 164M
Geübte Kartonschneiderei verl. J. Prieß,
Landesberger Allee 19. 58P

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

116. Sitzung vom 6. Mai, 11 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Berlepsch, Cohnmann.

Neu eingegangen ist die allgemeine Rechnung für 1887 und der Vertrag mit Italien betreffend die Befugnisse der beiderseitigen Konsuln zur Vornahme von Ehegeschäften.

In dritter Berathung wird der Gesetzentwurf betreffend das Rechtsschuldbuch ohne Debatte unverändert genehmigt und darauf die dritte Lesung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle (Arbeiterchutz-Gesetz) fortgesetzt.

§ 120d gibt den zuständigen Polizeibehörden die Befugnis, die zur Durchführung der allgemeinen Grundzüge über Einrichtung und Unterhaltung der Betriebsstätten, Maschinen u. s. w. erforderlichen Anordnungen im Wege der Verfügung zu erlassen, und regelt den Beschwerdeweg.

Ein Antrag Gutfleisch und Genossen will die Beschwerdefrist von zwei auf vier Wochen verlängern und außerdem dem § 120d einen Zusatz geben, wonach den Berufsgenossenschaftsvorständen ein selbständiges Beschwerdebüro verliehen wird, wenn die Verfügung von den Berufsgenossenschaften erlassenen Unfallverhütungs-Vorschriften widerspricht.

Nach kurzer Besprechung des Antrages durch den Abg. Köstler wird § 120d mit diesem Antrage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinnigen angenommen.

Nach § 120e können durch Beschluß des Bundesraths Vorschriften erlassen werden, welchen Anforderungen in bestimmten Arten von Anlagen zur Durchführung der in Rede stehenden Grundzüge zu genügen ist. Soweit diese Vorschriften nicht vom Bundesrath erlassen sind, können dieselben durch Anordnung der Landes-Zentralbehörde und durch Polizeiverordnungen erlassen werden. Vor dem Erlaß sind die Berufsgenossenschaften gutachtlich zu hören. Durch Beschluß des Bundesraths kann für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, die Dauer der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorgeschrieben werden.

Den letzten Satz will ein Antrag Hartmann und Gen. dahin ändern, daß „Dauer, Beginn und Ende“ der zulässigen Arbeitszeit vorgeschrieben und die dazu erforderlichen Anordnungen erlassen werden können.

Nach unerheblicher Debatte wird § 120e mit diesem Antrage angenommen.

Abchnitt 2 regelt die Verhältnisse der Gesellen und Schülern.

§§ 121-124a werden ohne erhebliche Debatte im Wesentlichen unverändert angenommen.

§ 124b setzt für den Fall, daß der Geselle oder Gehilfe rechtsunwürdig die Arbeit verläßt, eine fixirte Entschädigung fest, welche in Höhe des ortsüblichen Tagelohns, höchstens jedoch für eine Woche vom Arbeitgeber verlangt werden kann. Diese Forderung soll an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden sein.

Die Abgg. Auer u. Gen. beantragen die Streichung des § 124b.

Ohne Debatte wird der Paragraph unverändert angenommen, ebenso die §§ 125-134, nachdem Abg. Singer den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des § 134 Abs. 2, wonach die Verwirklichung des Lohnes den Fall eines Kontraktbruchs über einen durchschnittlichen Wochenlohn hinaus nicht ausbedungen werden darf, zurückgezogen hat.

§ 134a, der den Erlaß von Arbeitsordnungen vorschreibt, wird mit einem redaktionellen Amendement Köstler angenommen.

§ 134b bestimmt, was in der Arbeitsordnung enthalten sein muß. Nach dem Beschlusse zweiter Lesung dürfen Geldstrafen den Betrag des ortsüblichen Tagelohns nicht übersteigen und müssen zum Besten der Arbeiter der Fabriken verwendet werden.

Es liegt hierzu jetzt folgender Antrag der Abgg. Gutfleisch und Gen. vor, Geldstrafen dürfen die Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes nicht übersteigen; jedoch können Thätlichkeiten gegen Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten sowie gegen die Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung eines geschlossenen Betriebes oder zur Durchführung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung erlassenen Vorschriften mit Geldstrafen bis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tages-Arbeitsverdienstes belegt werden. Alle Strafgebühren müssen zum Besten der Arbeiter der Fabrik verwendet werden.

Abg. Möller (Df.) spricht sich gegen diese weitere Verschlechterung des Gesetzes aus, der die Strafgewalt der Unternehmer in bedenklicher Weise erhöhen und nur zur Erbitterung nicht zum Frieden beitragen werde, zumal die höher zu strafenden Delikte nicht definiert seien.

Abg. Webel: Es ist ein wahres Glück, daß es nicht noch eine vierte Lesung giebt und man kann wirklich zufrieden sein, wenn das Gesetz nach den Beschlüssen der zweiten, nicht nach der dritten verschlechtert, erledigt wird. In dem Antrag ist vor Allem nicht gesagt, wie oft in einer Lohnperiode die Strafe den ganzen Arbeitslohn absorbieren kann; das wird also eintreten, so oft es dem Arbeitgeber beliebt. Dem gegenüber giebt es für den Arbeiter keinerlei Berufung, denn das Gewerbegericht wird nur selten angerufen werden können, und wo es geschehen kann, wird die Berufung die Entlassung des Arbeiters zur Folge haben. Der erste Satz des Antrages freilich kann als Verbesserung aufgefaßt werden, und die Fabrik-Gesetzgebung der Schweiz enthält eine gleiche Bestimmung, aber hier ist dieser erste Satz nur Dekoration, alle seine guten Wirkungen werden durch die weiteren Bestimmungen aufgehoben, die viel zu wiederholt und dehnbar sind. Was heißt Verletzung der „guten Sitten“? Wenn ein Arbeiter den Arbeitgeber oder dessen Frau auf der Straße nicht grüßt, kann das als eine Verletzung der guten Sitten mit einem vollen Tagelohn bestraft werden; es giebt ja so empfindliche Fabrikbesitzer, sogar hier im Hause. Wenn Verstöße gegen die Ordnung des Betriebes mit der gleichen Strafe bedroht sind, so wird damit jedes Vergehen gegen irgend eine Bestimmung der Fabrikordnung bestraft, denn Herr v. Stumm wird in jeder Verletzung einer Bestimmung der Fabrikordnung eine Störung der Ordnung des Betriebes sehen. Nehmen Sie den Antrag an, so halten Sie damit die alte Fabrikpöschawirtschaft in aller Glorie aufrecht.

Abg. Hise (Z.) giebt zu, daß es sich hier um ein Kompromiß handle, wobei ein Jeder etwas nachgeben müsse; auch ihm gefalle nicht Alles an dem Antrage, aber die Ausführungen der Vorredner seien übertrieben. Die Delikte, welche von der höheren Strafe getroffen werden sollen, seien ganz genau umschrieben.

Minister v. Berlepsch: Im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes werden die verbündeten Regierungen dem Kompromissantrage keinen Widerstand entgegenzusetzen. Ich habe bei dieser Gelegenheit schon zu erklären, daß die verbündeten Regierungen durchaus an ihrer Ueberzeugung festhalten müssen, daß schärfere Strafvorschriften für Zwang gegen Arbeiter, für die öffentliche Aufforderung zum Kontraktbruche erlassen werden

müssen, wie sie sie im § 153 vorgeschlagen hatten und sind darin bekräftigt worden durch die letzten Vorgänge beim Bergarbeiterstreik. Auch hier ist die Arbeitseinstellung unter Kontraktbruch erfolgt, während kein Grund vorlag, die Kündigungsfrist nicht zu halten. Die verbündeten Regierungen haben hiernach von Neuem erwogen, ob das Gesetz ohne den § 153 überhaupt annehmbar sei; die Aufforderung, es abzulehnen ist an sie von verschiedenen Seiten gerichtet worden. Wenn sie dieser Aufforderung nicht Folge leisten und das Gesetz nicht für unannehmbar erklären, so geschieht das in der Erwägung, daß man das ganze Gesetz nicht deshalb fallen lassen soll, weil andere gleichfalls für notwendig gehaltene Bestimmungen nicht zu erreichen sind. Es ist nicht billig und gerecht, die Wohlthaten des Gesetzes denjenigen Arbeitern vorzuenthalten, welche sich gegen § 153 nicht verhalten. Wir halten aber nach wie vor an der Ueberzeugung fest, daß § 153 notwendig ist. Der Reichstag wird später wieder vor diese Frage gestellt werden und sich auf die Dauer der Verpflichtung nicht entziehen können, im Interesse des allgemeinen Wohls und zur Aufrechterhaltung der Ordnung den § 153 mit seinen Verschärfungen anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Singer: Der Herr Minister hätte vielleicht besser gehen, seine Ausführungen zu unterlassen, er hätte dann wenigstens nicht den Beweis dafür geführt, daß es der Regierung absolut unmöglich ist, ein sogenanntes Arbeiterchutzgesetz zu machen, ohne sofort zur Vermehrung der polizeilichen Machtmittel zu schreiten. Man sollte diese Ausführungen kaum für möglich halten bei dem Vertreter einer Regierung, deren höchste Spitze anerkannt hat, daß Einrichtungen notwendig sind, die die Gleichberechtigung der Arbeiter sicherstellen. Ich glaube, es wird der Regierung auch später einmal nicht gelingen, von einem Reichstag, der überhaupt Arbeiter-Schutzmaßregeln schaffen will, eine Verschärfung des § 153 zu erlangen, welche weit entfernt, den Frieden herbei zu führen, zu Kämpfen führen muß. Es ist nicht erwiesen, was er über den letzten Streik behauptet, ja Thatsachen sprechen für das Gegenteil, daß nämlich der Streik im Interesse der Unternehmer begonnen wurde, und daß Kohlen-Spekulanten große Summen für das Entfachen des Streiks aufwendeten, um die vorhandenen Kohlenlager werthvoller zu machen. Ich glaube, der Minister wird erst noch bedauern, einem großen Theil der Arbeiter vorgeworfen zu haben, diesen Streik aus reinen Gründen begonnen zu haben. Ueber das Aufgeben des § 153 trüpfelt sich der Minister mit der Verschärfung der Strafbestimmungen im § 134b und zeigt damit auch hier wieder, daß die Regierung ohne den Polizeistock nicht auskommen kann, so daß man bei diesem Standpunkt wirklich überhaupt wundern muß, daß sie ein Arbeiterchutz-Gesetz in Angriff nahm. Die Strafgewalt des Arbeitgebers, der Ankläger und Richter in einer Person ist, muß die Arbeiter erbittern. Die Ausführungen des Abg. Hise beweisen eigentlich nur, daß er innerlich sich der Ungerechtigkeit dieses Antrages voll bewußt geworden ist. Abg. Hise hat sich allerdings hier sehr belehrungsartig gezeigt. Wenn er dabei von einem Kompromiß sprach, so handelte es sich nicht um ein Kompromiß zwischen der Regierung und dem Reichstage, sondern um die Unterwerfung unter den Willen des regierenden Herrn von Neumark. Abg. von Stumm erklärte, er würde seine Zustimmung zu dem Gesetz abhängig machen von einer Verschärfung des § 134b, und die Verschlechterungskommission Gutfleisch und Genossen erwies sich dem gegenüber willfährig. Bei der großen Mehrheit, die für das Gesetz stimmen wird, erscheint auch eine Ablehnung durch den Abg. Stumm unbedenklich, aber es ist bedauernd, daß in dieser wichtigen Frage der Reichstag vor dem Willen des Abg. v. Stumm ins Maulschloß kriecht. (Vizepräsident Baumbach rügt diesen Ausdruck als ungehörig und ruft den Redner zur Ordnung.) Es lag kein Grund vor, über die Bestimmungen der zweiten Lesung hinauszugehen. Die Ausführungen des Abg. Hise dem Abg. Webel gegenüber sind unzutreffend, denn der Begriff des Verstoßes gegen die guten Sitten ist in der That ein sehr schwankender, und die Arbeitgeber werden dieses Wort häufig in der rigorosesten Weise auslegen. Auch unter Ordnung des Betriebes kann man recht verschiedenartige Dinge verstehen. Das Beispiel des Abg. Hise ist geschickt konstruirt, aber wenn ein Arbeitgeber eine abweichende Auffassung von dem Begriff „Ordnung des Betriebes“ hat, wird Abg. Hise ihm das Unrichtige derselben auch nicht nachweisen können. Also die ganze Bestimmung muß als arbeitserbitternd angesehen werden. Man will die Arbeiter durch Strafvorschriften zur Ruhe eines Kirchhofs zwingen; durch diese Bestimmung werden die ganzen wohlthätigen Bestimmungen der Vorlage, von denen der Minister sprach, illusorisch gemacht. Auch durch die Bestimmungen, daß die eingegangenen Strafgebühren im Interesse der Arbeiter verwendet werden sollen, wird nichts genützt; denn die Arbeiter wollen sich nichts schenken lassen, sie wollen keine Wohlthätigkeit, sondern sie wollen nur, daß sie ihren erarbeiteten Lohn, auf den sie Anspruch haben, unverkürzt bekommen. Ein Betrieb, der nur durch Geldstrafen regiert werden kann, steht überhaupt nicht auf der Höhe, die wir wünschen. Die heutige bürgerliche Gesellschaft hat überhaupt über das Urtheil des Arbeiters über Geldstrafen eine ganz falsche Meinung; der Arbeiter ist nach seiner ganzen Auffassung der Dinge viel zu wenig materialistisch gesinnt, als daß er sich durch Geldstrafen von einer Handlung zurückhalten ließe, die er im Interesse seiner Ehre und seiner Würde für nöthig hält. Geldstrafen werden das, was Sie unter guter Sitte verstehen, nicht herbeiführen. Bedenken Sie doch auch, daß Sie mit der Strafe nicht nur die Arbeiter treffen, sondern auch deren an dem Verschulden des Arbeiters gar nicht beteiligte Familien. Der Vorschlag hätte gar nicht gemacht werden können, wenn der Abg. Windthorst noch gelebt hätte, und das Zentrum wird an den Folgen dieses Kompromisses noch schwer zu tragen haben, denn der Abg. Hise wird es nicht fertig bekommen, nachzuweisen, daß die Erhöhung der Geldstrafen zum Besten der Arbeiter dient.

Abg. v. Stumm (Sp.): Mit den halblösen Vermuthungen des Abg. Singer über die Veranlassung des Streiks will ich mich nicht beschäftigen; nur bemerken muß ich, daß Kohlen-Spekulanten und Kohlenproduzent doch sehr verschiedene Dinge sind. Selbst aber wenn er recht hätte, wäre das kein Beweis gegen § 153. Ich will nicht untersuchen, ob es, wenn der Minister seine Erklärung nicht jetzt schon abgegeben hätte, nicht doch möglich gewesen wäre, den § 153 durchzusetzen. Aus Dinge außerhalb des Betriebes findet doch die jegliche Vorschrift der erhöhten Maximalstrafe gar keine Anwendung. Die Fixirung des halben Tagelohns ist eine Herabsetzung gegen den Beschluß zweiter Lesung. Wenn man meine Arbeitsordnungen angreift, bitte ich, nicht bloß hier im Hause, sondern auch außerhalb desselben bei der Wahrheit zu bleiben.

Abg. Hise: Ich sehe in dem § 134b gar keinen Zusammenhang mit dem § 153, der Zusammenhang scheint mir künstlich konstruirt zu werden. Wenn der Minister heute wieder die Arbeiter beschuldigt, ein großer Theil von ihnen neige zum Kontraktbruch, so muß ich dem erneut entgegen treten. Bei dem ganzen Streik handelt es sich im Ganzen um 30 000 Arbeiter, welche kontraktbrüchig geworden sind; was bedeuten diese gegen die ein Millionen deutsche Arbeiter überhaupt? Auch an diesen Streik tragen die Arbeitgeber und ihre Beamten, wie der Minister selber nicht bestreiten wird, einen großen Theil der Schuld. Ich bedauere die Einbringung des Kompromissantrages, der den Ver-

schluß zweiter Lesung wieder umwirft. Die Vorlage wollte den doppelten ortsüblichen Tagelohn; ich erreichte in der Kommission die Fixirung des einfachen ortsüblichen Tagelohns. Diejenige Unterscheidung zwischen erheblichen und weniger erheblichen Delikten ist eine unglückliche; weder die erheblichen Verstöße gegen die guten Sitten, noch der Begriff der Ordnung im Betriebe und der Ordnung des Betriebes sind klare, unabweidliche Begriffe, sondern es sind Spitzfindigkeiten, welche in die Arbeitsordnung die größte Willkür einführen. Jedenfalls wird ein großer Theil der Freisinnigen diesem unangebrachten Kompromiß nicht zustimmen.

Abg. Möller (nl.): Ich habe schon in der zweiten Lesung hervorgehoben, daß an diesem Punkte eine Verständigung bis zur dritten Lesung durchaus erforderlich sei, wenn das Gesetz zu Stande kommen sollte; Herr v. Stumm steht also nicht allein. Ich bin nicht für zwangswise Einführung von Arbeitsordnungen; wenn wir aber ein Disziplinargesetz für die Arbeiter geben sollen, dann müssen auch Strafen vorgesehen sein. Die Nothwendigkeit der Disziplin wird von den Sozialdemokraten selbst anerkannt; in weiten Arbeiterkreisen, namentlich in englischen, wird es voll anerkannt, daß mit schweren Disziplinarstrafen vorgegangen werden muß, wenn man die Ordnung aufrecht erhalten will. Gerade für die jugendlichen Arbeiter, unter welchen sich, wie ja auch die Sozialdemokraten am eigenen Leibe erfahren haben, recht unangenehme Elemente befinden, werden diese Strafbestimmungen ein wirksames Zuchtmittel sein. In dem Kompromiß, das Sie so sehr bekämpfen, wird ein großer Rückschritt gegen den bestehenden Zustand gemacht; in den geltenden Arbeitsordnungen sind viel höhere Strafen, bis zu 10 M. angedroht. Ihre Anklagen gegen denselben waren nur dazu bestimmt, die Ruhe der dritten Lesung zu unterbrechen. (Lachen links.) Die agitatorischen Behauptungen der Sozialdemokraten über die Ursachen des letzten Bergarbeiterstreiks sind unwahr. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ihre Brandreden werden an dem wahren Sachverhalte nichts ändern. (Vizepräsident Baumbach bezeichnet den Ausdruck „Brandreden“ für ganz ungehörig.)

Abg. Hise weist noch darauf hin, daß der Minister in zweiter Lesung ausdrücklich die Unannehmbarkeit des damaligen Beschlusses erklärt habe; danach habe man andere Wege suchen müssen, um das Ganze nicht zu gefährden. Man müßte das Gesetz den verbündeten Regierungen annehmbar machen, das war man dem deutschen Arbeiterstande schuldig.

Abg. Webel (Soz.): Wir haben die Ruhe der dritten Lesung nicht gestört, denn wir haben den § 153 nicht zuerst in die Debatte gezogen. Sehr werthvoll war uns die Bemerkung des Ministers, daß dieses Kompromiß mit dem § 153 in Zusammenhang steht. Das wußten wir bisher noch nicht. Man hat also hier das Kompromiß geschlossen, um nachher auf § 153 verzichten zu können. Wir haben Alles aufgeboten, um den Bergarbeiter-Streik unmöglich zu machen, und unsere gesammte Partei hat während desselben, wie bekannt, dieselbe Haltung eingenommen. Daß die Bergarbeiter sich trotzdem auf den Streik einließen, ruft die Vermuthung wach, daß dabei Mächte im Spiele waren, die ein Interesse hatten, den Streik hervorzurufen. Es sind uns auch darüber Mittheilungen zugegangen. Von durchaus zuverlässiger Seite ist uns Mittheilung gemacht worden darüber, daß ein Bergwerksbesitzer erklärt hat: Es ist schade, daß die Sache so rasch zu Ende geht, wir dachten, es wäre jetzt endlich die Zeit gekommen, wo wir die Kerle unter die Füße kriegen können. So wollten die Unternehmer den Streik benutzen, um die Erzeugnisse aus den letzten Jahren den Arbeitern wieder freitrag zu machen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat schon vor Monaten von einem Streik gesprochen, ehe noch ein Mensch daran dachte, wahrscheinlich ist also der Streik durch Unternehmer provoziert. Wenn Abg. Möller jetzt zum Frieden und zur Ruhe bläht, so soll er seinen Einfluß dahin geltend machen, daß die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ihren schamlosen Ton gegen die Arbeiter unterläßt. Nichts reizt die Arbeiter mehr auf, als der Ton dieses Organs der Kohlenbarone. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zahlreiche Führer der Arbeiter haben jetzt ins Gefängnis wandern müssen, wenn sie auch noch so verdeckt und privat zum Streik aufgefordert haben; es scheint, daß die rheinisch-westfälischen Staatsanwälte ihre Schuldigkeit durchaus gethan haben, ein Beweis mehr, daß die bestehende Gesetzgebung vollständig ausreicht. Nach der jetzigen Gewerbe-Ordnung und dem Strafgesetzbuch können die Strafen schon so ausreichend bemessen werden, daß der Handelsminister seine helle Freude daran haben wird. Herr Möller sagt: Disziplin muß in der Armee und in der Industrie herrschen. Gewiß, auch selbst in den Parteien, aber da wird sie nicht durch Strafen aufrecht erhalten. (Heiterkeit.) Das ist hier derselbe Streit, wie über die Schuldisziplin. Manche glauben ohne Strafen nicht auskommen zu können, manche erreichen es mit Ermahnungen und freundlichem Entgegenkommen. Bei humanem Entgegenkommen vertragen sich die Menschen. Wo aber das plumpe rothe Wort eintritt, entstehen Streit und Kämpfe. Die Höhe der Strafe thut es nicht, sie verbittert im Gegentheil. Aus den Berichten der österreichischen Fabrikinspektoren ersieht man, daß, wo die Strafen am höchsten sind, das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern am unfreundlichsten ist; dieselbe Erfahrung habe ich als Arbeiter und als Unternehmer gemacht. Können disziplinlose Arbeiter wirklich nicht zur Vernunft gebracht werden, so können sie entlassen werden. Ein Kompromiß zwischen Herrn Hise und uns wäre sehr einfach. Sie brauchen nur die §§ 119a, 124b und 134 Abs. 2 zu streichen, so würden wir mit Vergnügen für das ganze Gesetz trotz mancher Verschlechterungen stimmen. Die Fassung des Antrages ist so dehnbar, daß die Unternehmer Alles damit machen können. Wenn wir schon bei den Männern, welche Recht zu sprechen haben, auf zu harte Strafen stoßen, wie viel mehr hier, wo eine Partei, der Unternehmer, selbst Richter ist. Ueber den Begriff der Störung des Betriebes entscheidet ja lediglich der Arbeitgeber. Es freut mich, daß der Abg. v. Stumm, entgegen der Praxis unseres jetzigen Kollegen v. Bismarck, nicht die Gelegenheit, einen Strafantrag zu stellen, wahrgenommen hat. Das ist ja ein anständiges Verhalten, wir thun es aber auch nicht. Abg. v. Stumm irrte darin, daß die betreffende Redaktion mala fide gehandelt habe; wie sollte sie von der neuen Fabrikordnung des Herrn v. Stumm Kenntnis haben? Ich habe außerhalb des Hauses nicht davon gesprochen. Wenn das Magdeburger Blatt die Fabrikordnung von 1884 kritisirte, so geschah es, weil es nicht wußte, daß sie nicht mehr besteht. Wegen Voreilungen sozialdemokratischer Abgeordneter hat übrigens noch nie ein Staatsanwalt Anklage in öffentlichen Interesse erhoben. Die Verschlechterungs-Kommission schlägt hier eine weitere bedeutende Verschlechterung vor. Die Strafen werden härter sein als den Einnahmen des Arbeiters entspricht. Das kann ich mir mit einem Arbeiterchutz, wie Sie ihn immer betonen, nicht zusammenreimen. Uns kann es nur angenehm sein, wenn das Gesetz immer weiter verschlechtert wird, wir werden dann mit um so größerer Gemüthung gegen das Ganze stimmen.

Minister v. Berlepsch: Dem Abg. Webel muß ich erwidern, daß die Behauptung, Kapitalisten hätten für den Streik Geld hergegeben, nicht unter Beweis gestellt ist; wäre sie wahr, man müßte sie dann auf's Schärfste verurtheilen, ich würde als der

Minister v. Berlepsch: Im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes werden die verbündeten Regierungen dem Kompromissantrage keinen Widerstand entgegenzusetzen. Ich habe bei dieser Gelegenheit schon zu erklären, daß die verbündeten Regierungen durchaus an ihrer Ueberzeugung festhalten müssen, daß schärfere Strafvorschriften für Zwang gegen Arbeiter, für die öffentliche Aufforderung zum Kontraktbruche erlassen werden

Erste solden ungeheuren Praktiken entgegenstehen. (Sehr gut!) Aber es ist unzutreffend, daß die sozialdemokratische Partei die Arbeiterführer dort gewarnt hat. Ich gebe zu, daß die Mitglieder der Fraktion, welche dorthin gereist sind, abgerathen haben, zur Zeit in den Streik einzutreten, weil die Organisation noch nicht fortgeschritten genug sei. Andererseits aber haben die lokalen Führer: zwar gewarnt, aber doch so merkwürdiger Art, daß man überzogen werden muß, was gesagt wurde, wurde nicht gemeint. Die Führer sagten: „Wir warnen zwar vor dem Streik, aber die Kameraden, die schon streiken, könnt Ihr doch nicht gut im Stiche lassen!“ In der Zeitung der deutschen Bergleute war eindrucksvoll gegen den Streik gewarnt; auf demselben Tage erscheint ein Extrablatt, welches den Ausbruch des Streiks in Belgien und Amerika, Oesterreich und Frankreich, sogar in England mittheilt. Wer darin ein Abwachen vom Streik findet, den vertheile ich nicht. Ich ziehe daraus den Schluß, daß die Arbeiterführer in keiner Weise ernst bestrift gewesen sind, vom Streik abzurathen.

Abg. Auer (Soz.): Mein Kollege Singer und ich haben aus voller Ueberzeugung den Arbeitern im Kohlenrevier vom Streik abgerathen, und zwar „zur Zeit“. Etwas Weiteres konnten wir doch nicht. Sollten wir die Arbeiter veranlassen, den Streik für alle Zukunft abzuschwören? Dann ist es doch leichter, das Konfliktrecht aus den Rechten der Arbeiter zu streichen. Die Bergarbeiter müssen es nur allzu schlimm büßen, daß sie unserem Rathe nicht gefolgt sind. Ob Kapitalisten oder Rathschläge von anderer Seite gekommen sind, um die Arbeiter zu bestimmen, so zu handeln, wie sie gehandelt haben, darüber bin ich nicht unterrichtet. Wir gehen aber Tag für Tag Verriete zu, wonach dieser Fehler der Bergarbeiter, daß sie in den Streik eingetreten sind, von Seiten der Unternehmer in der rückwärtslosesten Weise ausgedeutet worden ist. Der Handelsminister sagte, die sozialdemokratischen Fraktionsführer hätten zwar gegen den Streik Stellung genommen, nicht aber die lokalen Führer. Er that sehr Unrecht, wenn er meine Partei für alle Keuperungen in Bezug auf den Streik, die aus den Reihen der Bergarbeiter selbst gehen, verantwortlich macht. Es kann ihm nicht unbekannt sein, daß eine große Zahl von Personen, welche in Dortmund auf dem Delegirtenkongress den Beschluß faßten, in den Streik einzutreten, nichts weniger als Sozialdemokraten sind. Auch die Personen in der Zeitung des Verbandes sind durchaus nicht alle Sozialdemokraten. Schon der Umstand, daß unser Rathschlag nicht befolgt worden ist, zeigt, daß ein großer Theil der Betheiligten nicht Sozialdemokraten sind. (Lachen rechts.) Sonst hätten sie unseren Rath befolgt. (Widerspruch rechts.) So groß ist die Disziplin unter uns, daß die Arbeiter, die zu uns gehören, auch einen solchen Rath befolgen. (Erneuter Widerspruch.) Nicht alle sächsischen Bergarbeiter sind Sozialdemokraten, aber sie sind es in ihrer Mehrheit; und Sie sehen, die ganze Zwischener Bewegung geht vorüber, ohne die geringste Spur zurückzulassen. Wir können also nicht für Alles, was im Streik geschehen, verantwortlich gemacht werden. Der Handelsminister hätte dann ein Extrablatt an, das beschlageneht werden mußte. Das Extrablatt war gewiß nicht geschickt; der Mann, der dafür verantwortlich war, ist ja auch in Haft genommen worden. So sehr schlimm muß es indeß nicht gewesen sein, denn der Mann wurde nach der ersten Vernehmung entlassen. Die Angaben in dem Blatte waren allerdings nicht richtig; sie stützten sich aber auf Telegramme des Wolffschen Bureaus, das mit den offiziellen Kreisen in Verbindung steht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Bergarbeiter also Angaben vertreten haben, die den Thatsachen nicht entsprechen, so sind sie allerdings falsche Wege gewandelt, weil sie dem offiziellen Wolffschen Bureau Glauben geschenkt haben. (Beifall.) Das ist das ganze Verbrechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Fehler sind gewiß vorgekommen; die Bergarbeiter haben sich durch die Aufregung hinreissen lassen. Wenn die Herren aber wollen, daß wir in Zukunft von solchen Dingen verschont bleiben, so geben Sie volle Vereins- und Versammlungsfreiheit. Hätten wir Verhältnisse wie in England, würden unsere Arbeiterkoalitionen nicht auf Schritt und Tritt verfolgt, dann könnte eine Thorheit, wie sie im Ruhrgebiet hervorgetreten, einfach nicht vorkommen. Arbeiter aber, die nicht organisiert sind, lassen sich von dem Augenblick hinreissen, sind sich über die Tragweite ihrer Beschlüsse nicht klar, und einer dieser Beschlüsse war der in Bochum zu meinem großen Leidwesen und zum Schaden der Arbeiter gefaßt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.
§ 134 b wird mit dem Antrage Gutfleisch angenommen. Für den Antrag stimmt von Freisinnigen außer dem Antragsteller Gutfleisch einzig der Abg. Banse.

§ 134 c, welcher die Arbeitsordnung für beide Theile für rechtsverbindlich erklärt, gelangt ohne Debatte zur Annahme.
§ 134 d schreibt die Anhörung der Arbeiter vor Erlaß der Arbeitsordnung vor.

Abg. Aht (nat.) sucht die Vorwürfe, die in zweiter Lesung Abg. Dreesbach (Soz.) gegen den Fabrikantenstand in Pirmasens erhoben, als unbegründet nachzuweisen.

Abg. Bebel (Soz.): Herr Dreesbach ist nicht amwesend; zunächst muß abgemartet werden, was er antworten wird. Wenn nicht im Reichstag, so wird er es jedenfalls in der Presse an der nöthigen Antwort nicht fehlen lassen.

§ 134 d wird angenommen.
§ 134 e ordnet die Einreichung der Arbeitsordnung mit den von den Arbeitern geäußerten Bedenken an die untere Verwaltungsbehörde an.

Hierzu beantragen die Abgg. Gutfleisch und Gen. die Einschaltung: „Soweit die Keuperungen schriftlich oder zu Protokoll erfolgt sind“.

Abg. Hirsch (fr.): Das Recht der Arbeiter, sich über die Arbeitsordnung zu äußern, muß zu einem wirksamen werden. Die bloße Anhörung der Arbeiter könnte leicht in der Form abgethan werden, daß man die Arbeitsordnung im Komtoir zur Einsicht auslegt und den Arbeiter sagt: wer will, kann sie einsehen und sich darüber äußern. Ein derartige Form der Anhörung des Arbeiters würde offenbar dem Geiste des Gesetzes keineswegs genügen, da dieselben von Arbeitern nicht den Rath finden würden, ihre Bedenken zur Geltung zu bringen. Das Gesetz will vielmehr, daß den Arbeitern in ihrer Gesamtheit die Arbeitsordnung in einer Versammlung vorgelesen und Gelegenheit gegeben wird, sich zu äußern oder durch Vertreter davon Kenntniss zu nehmen. Dann wird die Forderung, die Keuperungen und Bedenken zu Protokoll zu nehmen, sich von selbst einstellen. Ich möchte die Antragsteller bitten, zu erklären, daß der Antrag in diesem Sinne gemeint ist.

Abg. Hartmann (vl.) glaubt sich als Mitantragsteller nicht legitim, im Namen der Redaktionskommission zu antworten, ist aber der Meinung, daß mit dem Antrage der Sinn zu verbinden ist, den Abg. Hirsch damit verbunden hat.

§ 134 e wird angenommen.
Ohne erhebliche Debatte werden die folgenden §§ 134 f bis 134 h, 135—139 b mit lediglich redaktionellen Abänderungen angenommen, ebenso Art. 1 A, statutarische Bestimmungen, und Art. 2.

Art. 4 enthält die Strafbestimmungen, §§ 146 bis 150.

Gegen den Antrag Gutfleisch und Genossen zum § 149, welcher in Konsequenz des gefaßten Antrages Gutfleisch's die angenommenen Verbots der Lohnkesseln eine Uebertragung dieses Verbots unter Strafe sehen will, erklärt sich Geh. Rath Hoffmann, während Abg. Gutfleisch die Nothwendigkeit der Strafandrohung zum Zweck einer wirksamen Verbindung dieses unzulässigen Rechtsgeschäfts vertritt.

§ 149 wird mit dem Antrage Gutfleisch's angenommen. Der Rest des Gesetzes, Art. 5—7, wird ebenfalls ohne erhebliche Diskussion mit einigen minder wesentlichen Abänderungen angenommen.

Ein Antrag, auch für die in Sinnerseien beschäftigten jugendlichen Arbeiter die bisherige Dauer der Beschäftigung für eine Uebergangszeit bis längstens zum 1. April 1894 beizubehalten, ist von den Abgg. Beckmann, Hartmann, Müller, Zimmermann gestellt, wird aber von dem Abg. Schädel namens der Mehrheit des Jentrums und von den Abgg. Hirsch und Auer bekämpft, vom Geh. Rath Aht und dem Abg. v. Stumm bestritten und schließlich abgelehnt. Das Gesetz soll, abgesehen von der Hinausschiebung des Termins für gewisse Spezialvorschriften, am 1. April 1892 (statt am 1. Januar 1892) in Kraft treten.

Damit ist die dritte Beratung des Gesetzes im Einzelnen beendet. Die Gesamtstimmung wird in der Freitagssitzung erfolgen.

Die eingelaufenen Petitionen werden durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Erste und zweite Beratung der Generalfalle der Antiklastikerkonferenz, Rechnungsvorlagen, Gesamtstimmung über die Gewerbe-Ordnungs-Novelle, dritte Lesung der Zuckersteuer-Vorlage.)

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 6. Mai, 11 Uhr.

Am Ministerische: Graf v. Jeditz und Kommissarien.
Die zweite Beratung des Staatshaushalts-Staats für 1891—92, und zwar des Etats des Kultusministeriums, wird fortgesetzt beim ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers.

Abg. Johannsen (Däne): Die Verfügung des Kultusministers nach Polen hat allgemeines Aufsehen erregt, sogar in Sachsenwalde ist sie nicht unbekannt geblieben. Es wurde mir mitgeteilt, daß eine ähnliche Verfügung für die dänisch redenden Distrikte in Nordschlesien erlassen sei.

Abg. Lohren (freil.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß der Kultusminister die Schulreform nicht überhastet wolle, daß er nicht die Reform der Volksschulen, der Mittelschulen und der höheren Schulen zu gleicher Zeit beginnen wolle. Redner empfiehlt eine Verbesserung der Vorbereitung der Volksschullehrer, welcher Punkt in dem Volks-Schulgesetz ganz übersehen worden ist. Nothwendig sei die Belehrung der Volksschullehrer über die irrtümlichen Ansichten der Sozialdemokratie, damit sie dieselben durch die Worte der Sozialdemokraten selbst widerlegen können.

Minister Graf Jeditz: Für die nordschlesischen Distrikte gilt als leitende Verordnung die von 1888. Sie ist, wie ich über die mangelhafte Information vor Erlaß derselben bemerkte, zu Stande gekommen, auf Grund der Konferenz, welche in Schleswig unter Vorsitz des Oberpräsidenten v. Steinmann stattgefunden hat. Wenn Herr Lohren sagt, die Fehler des Volksschulwesens beruhen in der Mangelhaftigkeit der Lehrer, so kann dieser Satz in der Allgemeinheit richtig sein, aber praktisch unterliegt er erheblicher Beschränkung. Der Lehrer in seiner geistigen Entwicklung ist das Produkt der Zeit, in welcher er lebt; er steht unter denselben Gesetzen der Bildung und der Geistbildung, wie wir Alle. Es ist ein bitterer, schwerer Vorwurf, wenn man ihm die Schuld an Missethänden zuweist, die wir beklagen. Daß ein erheblicher Bruchtheil von Lehrern aus dem Amte hat entsetzt werden müssen, kann meine Ansicht nicht alteriren. (Sehr richtig! rechts.) Es ist bedenklich, aus Erscheinungen, welche uns nicht gefallen, generell Rückschlüsse auf die Allgemeinheit des Schulwesens zu ziehen, daß in den großen Städten die Volksschulen die Vorzeichen der Sozialdemokratie seien, ist nicht wahr; wir ständen dann vor einer Gefahr von ungläublicher Ausdehnung, daß wir bis in das Innere erschrecken müßten. Das ist ein ungerechter Vorwurf, der den Leuten gemacht wird, die an diesen Schulen wirken. Solche Schreckschreiber sollte man nicht einmal an die Wand malen. (Zustimmung rechts.) Daß die Sozialdemokratie da am leichtesten Boden faßt, wo ein gewisser Bildungsgrad schon erreicht ist, ist richtig. Aber sollen wir deshalb die ganze Bildung über den Haufen werfen? Das würde die Folge sein. Die falschen Ziele, welche dem Volke vorgegaukelt werden, soll man zerstreuen, und zwar Hand in Hand mit der Schule muß man dabei gehen. (Beifall.)

Abg. v. Strombeck (Z.) bittet über die Verhältnisse des Stiftungsfonds bis zum nächsten Jahre Aufklärung zu geben.

Ministerialdirektor Küster: Wenn das Haus Werth darauf legt, wird die Regierung gern bereit sein, über die Verhältnisse dieser Fonds weitere Aufklärungen zu geben.

Abg. Graf Oberfeld (nat.): Wir müssen protestiren gegen das Experiment im Großen, welches gemacht werden soll zu Gunsten einer noch unbekanntem Einheitschule.

Abg. Krendt (fl.): Daß der Kultusminister Alles aufbieten wird, das Volksschulgesetz in der nächsten Tagung wieder vorzulegen, erfüllt mich mit großer Freude, denn diese gesetzliche Regelung ist durchaus notwendig. Gegenüber dem Abg. Lohren muß ich dem Minister zustimmen; seine Worte über den Lehrerstand werden im Lande überall Wiederhall finden.

Abg. Kropatschek (konf.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Graf Oberfeld an, er stellt die Naturheilkundlichen der modernen Schulreform gleich; aber ebensojünglich wie Birchow die Naturheilkundlichen als berufene Reformatoren der medizinischen Fakultät betrachten werde, könne er sie als die berufenen Vertreter der Schulreform anerkennen.

Abg. Langerhans (fr.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Lohren und widerspricht dem übermächtigen Einfluß der Kirche auf die Schule. Auch der wissenschaftliche Unterricht habe eine sittliche Wirkung.

Abg. Wärmeling (Z.): Das abschlägige Urtheil, welches der Abg. Lohren über die Volksschulen gefällt hat, können wir nicht unterschreiben.

Abg. Lohren (fl.): Der Erlaß des Kaisers über die Aufgaben der Schule in der sozialen Frage verdient mehr Beachtung als alle Versicherungsgesetze, deshalb sollte er hier besprochen werden und man sollte von allen Parteien versuchen, die Arbeit des Kultusministers zu erleichtern.

Minister Graf Jeditz: Die Bedeutung des kaiserlichen Erlasses vom 1. Mai 1890 liegt darin, daß in das ganze Verständnis des Volkes auf dem Gebiete des Schulwesens eine andere Richtung hineingekommen ist. In diesem Sinne wird die Schulverwaltung wirken. Im Uebrigen freue ich mich, daß er wider den, als er gesprochen hat; ich erhebe daraus, daß ich ihm viel näher stehe, als ich vorher glaubte. Bezüglich des Volksschulwesens kann ich Herrn Langerhans nicht dahin folgen, daß die Vermehrung des Wissens eine sittliche, ja eine religiöse Macht bedeute. Die Zahl der Analphabeten unter den Verbrechern beweist nur, daß der Zwang zum Volksschul-Unterricht verfehlt werden muß; dieser Volksschul-Unterricht beschränkte sich aber bisher nicht auf das bloße Wissen. Die Verbrechertatistik beweist, daß die größten Verbrecher eine gewisse Bildung besessen haben. (Bewegung.)

Abg. Graf Limburg-Stirum: Die Bildung eines besonderen Unterrichtsministeriums werden wir stets ablehnen; wenn mehr Beamte nothwendig sein sollten, so werden wir das Geld bewilligen. Aber den Zusammenhang zwischen den kirchlichen und den Schulangelegenheiten werden wir niemals aufheben. (Zustimmung rechts.) Lasse man doch die Schüler der Realschulen zum Studium zu, aber wenn sie nachher beim Examen durchfallen, dann ist das nicht die Schuld der Unterrichtsverwaltung. Ich kann nur damit einverstanden sein, daß der Minister entschlossen ist, nicht sprunghaft vorzugehen.

Minister Graf Jeditz: Die Entlassung und Ausgaben des Siebenerausschusses sind publizirt durch Allerhöchste Kabinettsordre. Eine organische Einrichtung unserer Schulverwaltung ist der Siebenerausschuß nicht; er hat dem Landtage gegenüber keine

Verantwortung, sondern er wird gebildet durch den Kultusminister. Die Entlassung steht in der Instanz des Ministers und wird für auch bleiben. Persönlich kann ich die Mitwirkung Siebenerausschusses nur auf das Allerbestmögliche anerkennen. Die Kosten der Einrichtung werden aus dem Dispositionsfonds gedeckt.

Abg. Jürgensen (nat.) billigt die Sprachverfügung des Ministers für Nord-Schlesien, die endlich für die deutschen Elemente eine gewisse Beruhigung gebracht habe.

Das Gehalt des Ministers wird darauf bewilligt, ebenso die übrigen Ausgaben für das Ministerium, für den evangelischen Oberkirchenrath, die evangelischen Konsistorien, ebenso das Kapitel 118: Evangelische Geistliche und Kirchen unter Aenderung des Vermerkes dahin, daß die Bewilligungsperiode drei Jahre dauern sollen.

Beim Kapitel: Katholische Bischöfe merkt Abg. v. Jagdzewski, daß Geistliche, welche die Ertheilung des Religionsunterrichts selbst übernehmen, besondere Bedingungen von Staatswegen auferlegt würden, namentlich in Bezug auf die Geschäftssprache, während sie doch diese Funktion nicht übernehmen als Staatsdiener, sondern als Ortspfarrer, als Kirchen-diener. Redner tadelt ferner, daß man den Geistlichen in Posen noch nicht den Vorzug in den Gemeindekirchenräthen übertragen hätte.

Minister Graf Jeditz: Die Verhandlungen über den letzten Punkt habe ich selbst als Oberpräsident geführt. Der Erzbischof von Posen und Gnesen erbot sich damals dazu, daß die Geistlichen mit deutschen Patronen und mit Gemeinde-Kirchenräthen, deren Mehrheit das polnische, deutsch korrespondiren. Darauf konnte die Regierung nicht eingehen. Sie verlangte, daß da deutsch korrespondirt werden sollte, wo das Deutsche die Umgangssprache ist.

Abg. v. Jagdzewski: Es gibt rein polnische Kirchengemeinden, welche in gemischten politischen Gemeinden bestehen, wo also die Umgangssprache die deutsche ist, während in der polnischen Kirchengemeinde sich kaum Jemand finden würde, der das Deutsche als Amtssprache beherrscht. Redner bestreitet, daß durch den Gebrauch der polnischen Sprache die Deutschen, seien es nun Gemeindeangehörige oder deutsche Geistliche, benachtheiligt würden.

Minister Graf Jeditz: Einen solchen Vorwurf habe ich nicht aussprechen wollen; ich bin kein Polenstößer, aber ich weiß aus Erfahrung, daß die Polen von ihrem nationalen Gefühle so durchdrungen sind, daß sie das Deutschthum zurückdrängen suchen. Die Thatsache, daß ehemals deutsche Gemeinden polnisch geworden sind, ist nicht wegzuleugnen. So weit die Regierung gefählich dazu befaßt ist, muß sie dem vorbeugen.

Abg. von Jagdzewski bemerkt, daß in der Diözese Kulu das Deutsche schon die Geschäftssprache sei.

Das Kapitel wird genehmigt.

Ueber das Kapitel 118a (altkatholischer Bischof) findet eine besondere Abstimmung statt; bei der schwachen Besetzung des Hauses (noch nicht 100 Mitglieder sind anwesend) bilden Zentrum und Polen die Mehrheit. Die Auszählung ergibt, daß 51 Mitglieder gegen die Position, nur 33 dafür gestimmt haben. Das Haus ist also, da 217 Mitglieder zur Beschlußfähigkeit erforderlich sind, beschlußunfähig.

Schluß 4/4 Uhr.
Nächste Sitzung Freitag, 11 Uhr (Kultusetat und Rest des Etats).

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Außerordentliche Sitzung vom 6. Mai.
Vorsteher-Stellvertreter Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 1/2 Uhr.

Zum Andenken an das Ableben des Ehrenbürgers von Berlin, Generalfeldmarschalls Moltke, richtet der Vorsteher eine Ansprache an die Versammlung.

Die Ferienzeit der Versammlung wird in üblicher Weise auf die Monate Juli und August verlegt.

Die Tagesordnung beginnt mit der Berichterstattung über den Antrag des Stadts. Vogtherr und Genossen in Bezug auf allgemeine Angelegenheiten der Pferde-Eisenbahnen.

Der Antrag lautet folgendermaßen:
Wir beantragen, die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, in Verbindung mit ihr die Pferdebahn-Gesellschaften zu veranlassen, dahin gehende Schritte zu thun,

1. daß auf alle Entfernungen innerhalb des Berliner Reichthums der Durchschnitts-Zehnpendig-Tarif zur Anwendung kommt,

2. daß baldigst zwischen Wedding einerseits und dem Westen und Südwesten andererseits, ferner zwischen dem Osten und Südosten bessere Verbindungen hergestellt werden und

3. daß ebenso wie in anderen Städten auch hier die Benutzung der Doppelzüge auf den Doppelwagen auch weiblichen Personen gestattet werde.

Der dritte Punkt ist von dem Stadts. Sachs II in einem selbständigen Antrage dahin präzisirt worden, der Magistrat möge aufgefordert werden, mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung zu treten, um den Wunsch zur Erfüllung zu bringen.

Berichterstatter Dr. Gerkenberg führt Namens des Ausschusses aus, daß die Stadtverordneten-Versammlung wohl berechtigt sei, derartige Wünsche vorzutragen, aber andererseits müsse die Versammlung sich hüten, Ansprüche zu erheben, die von der Pferdebahn-Gesellschaft wahrscheinlich nicht würden erfüllt werden können. Es sei voranzusehen, daß sie große Ausfälle haben würde. Auf den Zonentarif der Eisenbahnen, der noch nicht eingeführt sei, könne man sich nicht berufen. Der Ausschuss empfiehlt, über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen.

In Betreff der beantragten besseren Verbindung zwischen den genannten Stadttheilen, so habe die Stadtgemeinde hierauf keinen Einfluß. In der nächsten Zeit werde übrigens eine Verbindung zwischen Stromstraße und Kreuzberg hergestellt werden, auch könne man bei einmaligen Umfahrungen heute schon vom Wedding nach dem Alexanderplatz und dem Kriminalgerichts-Gebäude gelangen.

Was den dritten Punkt in Betreff der Benutzung der Doppelzüge anbelange, so habe hierüber lediglich das Polizeipräsidentium zu bestimmen.

Der Ausschuss empfiehlt daher, über den Antrag Vogtherr und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Indem er auf verschiedene andere Städte hinweist und hervorhebt, daß weder städtische noch städtische Bedenken der Annahme des Antrages entgegenstehen.

Stadts. Singer ist erfreut, daß der Berichterstatter eine Stellung zu dem Antrage einnimmt, wie sie im Ausschusse jedenfalls nicht zum Ausdruck gelangt sei. Er könne sich nicht begeben, wie in den gedruckten Vorlagen des Ausschusses neben dem, daß der Stadt keine Einwirkung auf die Festhaltung der Tarifätze bei den Pferdebahnen zustehe. Dem Herrn Berichterstatter sei jedenfalls durch die Zeitungen inzwischen bekannt geworden, daß der Herr Oberbürgermeister das gerade Gegentheil davon erklärt hat. Dadurch nun, daß der Berichterstatter, — ich will es dahin gestellt sein lassen, ob im Auftrag des Ausschusses oder auf Grund eigener Erkenntnis (Große Geistesart) — diese andere Stellung eingenommen hat, ist unser Antrag von einem anderen Gesichtspunkte aus zu betrachten.

Die Befürchtung, daß die Pferdebahn-Gesellschaft durch Einführung des 10 Pf.-Tarifs einen Ausfall an Einnahmen erleiden würde, ist meiner Ansicht nach nicht zutreffend. Der Einwand, daß die

Pferdebahn-Gesellschaft kürzere Dinten bauen würde aus Furcht vor Einnahme-Aussfällen, ermannt an das Fetermordiofchreiben der Poststufcher, als mit dem Bau der Eisenbahnen begonnen wurde. Die Omnibus-Gesellschaften haben in früherer Zeit den 10 Pf.-Tarif gehabt und niemals bessere Geschäfte gemacht, als zu jener Zeit. Der Einwurf, daß Leute für 10 Pfennige dann den ganzen Tag auf der Ringbahn herumfahren könnten, ist nicht ernsthaft zu nehmen. Eine Frage der Zweckmäßigkeit ist es, ob die Fortsetzung der Einführung des 10 Pf.-Tariffs an die Neuertheilung von Konzessionen geknüpft werden soll. Prinzipiell aber müsse zu der Frage Stellung genommen werden. Die beiden Vorurtheile müssen zerstreut werden, daß erstens der Magistrat nicht das Recht haben sollte, auf die Festsetzung der Tarife einzurufen, und daß zweitens die Kleinbürgerlichen philistrischen Anschauungen der Pferdebahn-Gesellschaft maßgebend sein sollen. Die Gesellschaft, die leider noch bis 1811 die Konzession inne hat, muß gezwungen werden, den Betrieb in einer der Weltstadt angemessenen Weise einzurichten.

Bei der Abstimmung werden sowohl die Anträge Vogtner u. Gen., wie der Antrag des Stadtv. Sachs II abgelehnt.

Die nächste Vorlage des Magistrats betrifft die Regelung der Dienststellung der Magistrats-Affessoren. Der Magistrat will unter Vorlegung des Ortstatuts den Magistrats-Affessoren eine selbständigere Stellung schaffen. Der Ausschuss, in dessen Namen Stadtv. Sachs II Bericht erstattet, ist über den Antrag noch hinausgegangen und will diesen Magistrats-Affessoren im Allgemeinen das Stimmrecht eingeräumt wissen.

Stadtv. Singer: Die Stadtverordneten-Versammlung hat keine Veranlassung, magistratisch als der Magistrat zu sein. Wir haben keinen Grund, über die Magistratsvorlage hinaus zu gehen. Der Magistrat hat doch gewiß die Sache eingehend geprüft. Der Vergleich mit den Stadtverordneten und Bürgerdeputirten trifft nicht ganz zu. Die Magistrats-Affessoren sind besoldete Beamte, Stadtverordnete und Bürgerdeputirte aber nur ein Ehrenamt aus. Wieht man den Affessoren in allen Fragen gleiches Stimmrecht, wie den Magistratsmitgliedern, so kann bei einem weniger taftvollen Oberbürgermeister, als es Herr v. Jordanbeck ist, der Fall eintreten, daß sich der Oberbürgermeister in diesen Affessoren willkürliche Werkzeuge für seine Ansichten und Zwecke schafft. Wir können das ganz frei aussprechen, da wir ja in der glücklichen Lage sind, und mit dem Magistrat selbst in Uebereinstimmung zu bestehen. Die Frage ist einfach die. Siegt es im Interesse der Selbstverwaltung, den Magistrats-Affessoren, die besoldete Beamte sind, ein einschneidendes Stimmrecht auf die städtische Organisation einzuräumen oder soll man dieses Recht lieber den von der Bürgerschaft gewählten Vertretern einräumen? Wir bejahen die letztere Frage und stimmen infolgedessen gegen den Ausschussantrag und für die Magistratsvorlage. (Lebhafte Beifall.)

In ähnlichem Sinne sprachen sich die Stadtv. Vortmann und Gassel aus.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage in der vom Magistrat vorgeschlagenen begrenzten Form angenommen, so daß die Magistrats-Affessoren nur in denjenigen Sachen, die sie bearbeitet haben, Stimmrecht besitzen.

Bei Gelegenheit eines Berichts des Rechnungsausschusses gelangen folgende Resolutionen zur Annahme:

1. Die Versammlung ersucht den Magistrat, bezüglich der Vergütung von Arbeiten und Lieferungen im Submissionsweg generelle Vorschriften für alle städtischen Verwaltungen zu erlassen.
2. Die Versammlung ersucht den Magistrat, eine Revision des Regutativs vom 16. Januar 1856 über die Dienstwohnungen der Beamten vorzunehmen und der Versammlung eine entsprechende Vorlage recht bald zugehen zu lassen.

Es folgt der Antrag des Stadtv. Vortmann und Gen., betr. die Verbreiterung des Fahrweges der Potsdamerstraße und den Neubau der Potsdamer Brücke. Der Antrag geht an einen Ausschuss.

Es folgt der Antrag der Stadtv. Meyer I und Genossen, welcher empfiehlt, frühere Beschlüsse der Versammlung bezüglich des Viktoriaparks dahin zu präzisieren, daß die Bewilligung der Mittel zur Herstellung des Viktoriaparks unter Vorbehalt der Genehmigung der Spezialpläne und Spezialanschläge erfolge.

Auf den Antrag des Stadtv. Maslau wird eingeschaltet: „Soweit die Hochbauten und die Brücken in Betracht kommen.“ Mit der Herabsetzung der von der Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft Kommanditgesellschaft J. Bestmann u. Ko. zu Charlottenburg für das Kalenderjahr 1889 zu entrichtenden Abgabe erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Stadtv. Weich beauftragt, die Charlottenburger Pferdebahn zu veranlassen, folgende Verbesserungen einzuführen:

1. Die Schließung der Vorderthüren des Wagens, sowie den Austritt auf den Vorderperren von außen zu ermöglichen.
2. Ersatz der auf das Dach des Wagens führenden Leiter durch eine Treppe und
3. Theilung der Sitze, um das lästige Hin- und Herreden zu vermeiden.

Dieser Antrag wird abgelehnt.
Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Tokales.

Dem Strafgelehrten-Linwesen in den Fabriken sollte durch die Gesetzgebung doch energischer, als es bisher geschehen ist, entgegen getreten werden. In welcher Weise diese Strafgelehrten als Wohlthäter behandelt werden, darüber giebt eine Mittheilung Aufschluß, die uns aus dem benachbarten Naderdorf zugeht. In einer dortigen Fabrik, die einer Aktiengesellschaft gehört, ist das Strafgelehrten-Linwesen besonders lebhaft im Schwange. Es werden Strafgelehrten von 1 bis 10 M. erhoben. Als einer der Arbeiter vor einiger Zeit einen Tag krank war und dies der Verwaltung nicht melden konnte, weil er eine Stunde von der Fabrik entfernt wohnte, wurde ihm eine Strafe von 2 M. bei der Lohnzahlung am Sonnabend gekürzt. Da der Mann 13 M. Wochenlohn verdient hatte und davon auch noch 1 M. an Beiträgen für Kranken- und Unterstüßungs-Kassen zu entrichten war, so blieben ihm noch 10 M., die er statt der verdienten 13 M. erhielt. Daß unter solchen Umständen das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer kein gutes ist, kann man wohl verstehen. Bieleicht versucht es die Verwaltung der betreffenden Fabrik einmal mit anderen Maßnahmen und sie dürfte sich dann vielleicht überzeugen, daß die Minderernahme an Strafgelehrten reichlich ersetzt wird durch die Ersparnis von Ausgaben, welche sie bisher mehrfach für eingeworfene Bemerkungen hat machen müssen.

Probatum est! Daß, speziell in Berlin, im Bädergewerbe herrschende Elend ist allgemein bekannt. Ein probates Mittel, dieses Elend in eitel Lust und Freude umzuwandeln, hat nun der Vorstand der Bäder-Abtheilung des „Christlichen Vereins junger Männer zu Berlin“ entdeckt und giebt hierfür dasselbe bekannt in einem „A.“ die Herren Bädermeister Berlins“ gerichteten Rundschreiben, in welchem es u. A. heißt:

„Die traurige Thatsache des vielen Elends und Unfriedens in unserem Gewerbe ist eine Folge davon, daß es nur wenige unserer Kollegen begreifen und fühlen, wie sie selbst an ihren losen Lebenswandel, indem sie sich durch ausschweifenden und gottlosen Lebenswandel an Leib und Seele schädigen, und ihnen dann nicht nur ihr Handwerk, womit sie sich ihr Brot verdienen, sondern auch ihr Leben, sondern auch ihr Leben. Die Bädergewerbe-Abtheilung blüht auf eine ca. 20-jährige reich gegliederte Wirksamkeit zurück; 804 Gesellen haben sich derselben in dieser Zeit bis heute als Mitglieder angeschlossen. Die allwöchentlich am Donnerstag stattfindenden Versammlungen werden durchschnittlich von 80-90 Kollegen besucht. Während des etwa dreistündigen

Zusammenseins wird zunächst eine erbauende Ansprache gehalten, daran schließt sich eine gefellige Vereinigung, in welcher lehrreiche und unterhaltende Vorträge mit Gesängen und Deklamationen abwechseln und ein Jeder sich ungezwungen bewegen kann; schließlich wird von 6-7 Uhr im Vereins-Turnsaal feierlich geturnt. (Wahrscheinlich um die verkrümmten Glieder gerade zu machen.) Wer von den Gesellen sich an diesem Verkehr betheiligte, hat den Vortheil, daß er sich an einen anständigen Lebenswandel gewöhnt, statt — wie andere — sich den ganzen Nachmittags in Krämpfen und Langlosten oder aufregenden sozialdemokratischen Versammlungen herumzutreiben und kopfängerisch und mit leerem Geldbeutel nach Haus zu kommen, sind unsere Mitglieder frisch und neu gestärkt für die Arbeit, haben einen vollen Geldbeutel und Gottes Segen begleitet sie bei der Arbeit. — Hierdurch können die Mißstände unseres Gewerkes nur gebessert werden, denn der Meister wird sich gewiß freuen, wenn er einen ordentlichen Gesellen bekommt.“

Die Herren Meister werden daher herzlich gebeten, diesem Werke freundliche Unterstützung angedeihen zu lassen und zwar dadurch, daß sie ihren „jüngeren“ Gesellen diese Versammlungen recht an's Herz legen und sie zum Besuche anhalten, die an die Gesellen gerichteten Briefe und Einladungen an dieselben verabsolgen und nicht im Boden liegen lassen oder zu anderen Zwecken verwenden, und schließlich auch dadurch, daß die Herren Meister „uns die Freude ihres Besuches schenken, um sich so selbst über die Sache ein Urtheil zu bilden und sich von dem Geiste zu überzeugen, der in unseren Versammlungen herrscht. — Wer einmal zugegen war, wird sich sagen müssen, daß es wirklich gut und sehr dienlich ist, wenn es in unserer Stadt noch einen Ort giebt, wo die Bädergesellen nur zu einem christlichen und sittlich-moralischen Lebenswandel angeleitet werden. Das ist gut für die Gesellschaft, aber auch für die Meisterschaft, denn aus den Gesellen werden die Meister!“

Na, wenn das nicht gut für die — Bädergesellen ist, dann weiß man nicht, was besser ist!

Ueber die mangelhafte Pflege der Gräber auf den Berliner Kirchhöfen wird schon von jeder Klage geführt. Neuerdings geht uns eine solche auch über den Begräbnißplatz der „freien Gemeinde“ in der Pappel-Allee zu. Die Klage an sich ist ganz berechtigt, aber nicht berechtigt ist der „besondere“ Vorwurf, den man gegen die lebenden Angehörigen der gerade dort bestatteten Todten erhebt. Die Verhältnisse bezüglich der Gräberpflege sind auf dem genannten Friedhof mindestens nicht schlechter als auf den übrigen konfessionellen Kirchhöfen Berlins; ja, wie behauptet dreist, daß die langen Reihen und die weiten Flächen der ungepflegten Kindergräber auf den Kirchhöfen hiesiger großer Parochien oft einen öfteren Eindruck machen, als die Läden, welche die einzelnen ungepflegten Gräber auf dem Friedhof der freien Gemeinde in der Reihe der übrigen Gräber machen. Gewiß ist es eine Pflicht der Pietät, die Verstorbenen zu ehren, indem man den Asten pflegt, der ihren Körper deckt, und die frommen Ereren, die alle Gesühle der Menschlichkeit für sich und ihre Rechtgläubigen in Erbacht genommen zu haben glauben, dürfen unter keinen Umständen an dem äußeren Zustande des Friedhofes der freien Gemeinde einen Grund finden, mit der bekannten pharisäischen Selbstgerechtigkeit auf diese Erscheinung hinzuweisen, als auf den Ausdruck einer wenig edlen menschlichen Empfindung, wie sie bei der Bestattung der Angehörigen konfessioneller Personen etwa nicht vorkäme. Wir würden uns freuen, wenn die Gräberpflege gerade auf dem Friedhofe der freien Gemeinde eine mükergiltige würde, damit man den frommen Herren sagen könnte: Seht, wir Konfessionellen sind doch bessere Verehrer des Andenkens unserer Todten! — Aber freilich, so lange die Pflege der einzelnen Gräber den Angehörigen des darin bestatteten Verstorbenen überlassen ist, werden diese vernachlässigten Grabstätten nicht fehlen. Für viele fehlt es vielleicht überhaupt an Personen, die sich darum zu kümmern eine Veranlassung hätten oder dazu im Stande sind. In den weitaus meisten Fällen aber ist unsere nur auf Erwerb gerichtete Zeit über den Verstorbenen hinweggeglitten, der nur als Werkzeuge der kapitalistischen Verhättnis Bedeutung und Werth hatte, so lange er lebte und arbeiten konnte. Die Ueberlebenden hasten auf dem alten Wege weiter. Ihr Sinn und Denken ist ebenfalls nur auf Erwerb gerichtet und muß es sein und läßt ihnen keine Zeit, sich um die Todten zu kümmern. Wer das ändern will, wer den abgehenden Massen täglich einige Stunden der Ruhe sichern will, in denen sie ihre Gedanken mit der Erinnerung an große Vorbilder beschäftigen können, der gilt als Aufwiegler und Revolutionär. — Trotzdem ergeht unsere Mahnung an alle diejenigen, welche Angehörige auf dem Friedhofe der freien Gemeinde bestattet haben: Pflüget die Gräber und gebt damit den Frommen im Lande ein Beispiel zur Nachahmung!

Die „Freisinnige Zeitung“ sucht den Vorwurf, daß sie einen Theil unserer Ausführungen über die „Waldversammlungen“ des „Christlichen Vereins junger Männer“ wörtlich abgedruckt hat, ohne den „Vorwärts“ als Quelle anzugeben, durch den Einwand zurückzuweisen, daß wir selbst die thatsächlichen Angaben dem von uns gütigen gedruckten Vereinsbericht entnommen hätten. Das eigentlich Thatsächliche, nämlich die „Waldversammlungen“, haben wir aus eigener Anschauung kennen gelernt, während die „Freis. Ztg.“ ungeschicklich erst durch unsere Notiz davon erfahren hat. Den Bericht haben wir benutzt, um unsere Beobachtungen durch authentisch sichere Veröffentlichungen des Vereins zu veröffentlichen. Die „Freis. Ztg.“ hat ihn vermutlich erst nachträglich aufgeschlagen, um zu sehen, ob wir — so, wie sie selbst — einfach abgeschrieben haben. Obwohl sie diese ihre Fassung nicht bestätigt gefunden hat, sucht sie es doch in ihrer sehr zweideutig abgefaßten Entgegnung ihren Lesern weiszumachen. — Daß Herr Eugen Richter den von „freisinnigen“ Männern veranstalteten „Wald-Unterhaltungsabenden“ fernsteht, glauben wir gern. Wenn Herr Richter das Bedürfnis fühlte, seine Mameluden zu unterhalten, so veranlaßte er eigene „Abende“, an denen er mit seinen Jongleur-Kunststücken die Kosten der Unterhaltung ganz allein bestreitet.

Elektrische Bahn Lichterfelde-Teltow. Die nach dem letzten Stande der Elektrotechnik brennendste Frage auf dem Gebiete des Betriebes elektrischer Bahnen ist ihrer praktischen Lösung um einen wesentlichen Schritt näher geführt worden. Die Firma Siemens u. Halske läßt zur Zeit Versuche mit einem von Akkumulatoren betriebenen Wagen auf der Strecke Lichterfelde-Teltow anstellen, welche für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurde. Die Akkumulatoren-Ladungs-Systeme sind in der Weise an dem Wagen angebracht, daß die Auswechslung nach erfolgter Entladung und die Erzeugung durch neu geladene Akkumulatoren in verschwindend kurzer Zeit erfolgen kann. Der Wagen selbst kann eine Geschwindigkeit bis zu 22 Km. entwickeln. Die Probefahrten haben bisher in jeder Hinsicht sehr befriedigende Resultate ergeben. Der Wagen wird von der Firma Siemens u. Halske nach der Frankfurter Ausstellung geschickt werden. Es ist dieser günstige Erfolg um so bemerkenswerther, als man seit langer Zeit vergebens versucht hat, das Akkumulatorensystem, welches einen Betrieb ohne jegliche Drahtleitung ermöglicht, für elektrische Bahnen praktisch nutzbar zu machen, und als für Berlin der Betrieb solcher Bahnen mit Oberleitung überhaupt verboten worden ist, ein solcher mit Schienenleitung aber mancherlei Schwierigkeiten begegnet.

Empfindlichen Verlust hat ein Uhrenhändler durch einen Schwindler erlitten, der von einem hier studirenden Japaner verübt worden ist. Der Japaner, der Keniti Nishimura heißt, sich jedoch gewöhnlich Jimma nannte, hatte den Uhrenhändler schriftlich ersucht, eine Anzahl Uhren und Ketten nach der chinesischen Gefandtschaft zu bringen, wo sich der Auftraggeber seinen Angaben gemäß aufhalten pflegte. Mit sieben goldenen Uhren und sieben goldenen Ketten im Werthe von 1600 M. begab sich der Uhrenhändler nach der chinesischen Gefandtschaft, wo er den

Japaner traf. Unter dem Vorgeben, eine sorgfältige Auswahl treffen und einen Sachverständigen zu Rathe ziehen zu wollen, hat der Japaner den Kaufmann, ihm die Goldsachen für die Dauer von 24 Stunden zu überlassen. Mit Rücksicht darauf, daß der Japaner in der chinesischen Gefandtschaft zu verweilen und dort zu belohnt zu sein schien, kam der Uhrenhändler dessen Ansuchen nach und erhielt von dem Japaner eine Empfangsbekundigung. Am nächsten Tage war Studiosus Keniti Nishimura verschwunden, mit ihm die Goldsachen und, wie es sich herausgestellt hat, auch ein junges Mädchen, mit welchem der Japaner bisher in dem fünften Stockwerk eines Hauses gelebt hatte.

Bauernfang auf andere Art. Eine Anzahl junger Leute hat sich zusammengethan, nur in Schankstätten verschiedener Art zu verkehren und bei passender Gelegenheit ein Spielchen zu machen. Man beginnt mit dem harmlosen Sechshundertzig oder den unermüdlichen Stat und, wenn die Gemüther die gebörige Anregung erfahren haben, ist im Nu eine „Lustige Sieden“ oder ein „Meine Tante — Deine Tante“ im Gange, ohne daß die Theilnehmer, welche zufällig in den Kreis der Spieler gerathen sind, recht wissen, wie es gekommen ist. Der Wirth, welcher Anfangs dem für ihn verhängnißvollen Hazard mit scheelen Augen zusieht und ein mährisches Gesicht zeigt, wird bald beruhigt; denn der Spielisch verkehrt gut und verspricht eine hübsche Einnahme. Während des Zuschauens kann schließlich auch der Polalinhaber der Lokung nicht widerstehen: er wagt ein Geldstück und ist nach und nach Mitten unter den Spielern. Nach Beendigung des Spiels freut sich der Wirth seines besonders einträglichen Geschäfts und besonders darüber, daß kein Zwischenfall ihm einen „unluchsfamen Gast“ zugeführt hat. Lange aber dauert das Gefühl des Behagens nicht; denn am nächsten Tage läuft ein eingeschriebener Brief ein, in welchem jene jungen Leute erklären, daß sie bei dem Spiel ihr Geld verloren hätten und eine Anzeige unter Hinweis auf den § 33 der Gewerbeordnung — dieser handelt von dem verbotenen Spiel in Schankwirtschaften — an die Polizei in Aussicht stellen, falls ihnen nicht der Verlust mit Zinsen ersetzt werde. Die meisten Gastwirthliche fügen sich diesem Druck aus Furcht, ihre Konzession wegen Duldens von Hazardspiel zu verlieren und erstatten die geforderte Summe.

Eine räthselhafte Persönlichkeit ist durch die Polizei in Spandau verhaftet worden. Dieselbe war den dortigen Sicherheitsbeamten seit einigen Tagen aufgefallen, weil sie in völlig vernachlässigtem Zustande sich umhertrieb und ihren Unterhalt durch Bettelgängen zu erwerben schien. Ueber ihre Person und Verhältnisse befragt, erklärte sie, daß sie Sarah Goldenstein heiße, 40 Jahre alt sei und aus Sebastaopol komme. Die letzten zwölf Jahre habe sie in Paris mit ihrem Ehemann zusammen zugebracht, sei aber von diesem böswillig verlassen und nicht lange Zeit darauf in ihrer dortigen Wohnung von Mäulern überfallen worden. Ihrer sämmtlichen Habseligkeiten beraubt, habe sie sich dann entschlossen, den französischen Boden zu verlassen und ihrer Heimath zuzuwenden, woselbst sie ihren Ehemann wiederzufinden hoffe. Auf dem Wege dorthin sei sie vor Kurzem in Spandau eingetroffen, könne aber Mangel jeglicher Mittel nicht weiterreisen und habe daher wiederholt im Polizeigewahrsam Unterkommen gefunden. Diese mit großer Versämtheit vorgebrachten, romanhaft klingenden Angaben finden wenig Glauben, und es hat den Anschein, als ob der Behörde eine Person in die Hände gefallen sei, welche allen Grund hat, auf einen falschen Namen zu reisen. Die vorgebliche Goldenstein ist der französischen Sprache durchaus mächtig, will aber deutsch nur mangelhaft sprechen und verstehen können. Dieselbe ist ziemlich groß und kräftig und hat am Kinn wie an der linken Wange mehrere Narben.

„Die „Berliner Kinder“ hat unsere Nachbarstadt Spandau jetzt in Pflege nehmen müssen; es sind dies die Sprößlinge des jetzt in Berlin wohnenden Arbeiters Sch. Derselbe war mehrere Jahre in Spandau ansässig und eine Zeit lang Nachwächter in der Gewerfabrik. Als vor längerer Zeit jener erhebliche Gelddiebstahl stattfand, der bekanntlich von Beamtensohnen vollführt war, lenkte sich der Verdacht auch auf den Wächter. Derselbe verlor die Stellung, ob infolge dieser Diebstahls-Affaire oder aus anderen Gründen, bleibt dahingestellt. Er siedelte späterhin nach Berlin über, und hier muß die Familie wohl völlig in Vermögensverfall gerathen sein. Die Leute sind schließlich so weit heruntergekommen, daß sie sich nicht scheuten, ihre Kinder betteln zu schicken. Dies gelangte zur Kenntniß der Berliner Behörde, und den Eltern wurde die Erziehung und Beaufsichtigung der Kinder entzogen. Da Sch. noch in Spandau ortszugehörig ist, so muß auch von der dortigen Stadtverwaltung für die Kinder gesorgt werden. Dieselben werden bis auf Weiteres im Armenhause untergebracht.

Der Doppelselbstmord eines Liebespaars in den Fluthen der Obersee wird vom Montag verpätet aus Grünau gemeldet. Am Mittag dieses Tages mietheten ein Herr und eine Dame, anscheinend den besseren Ständen angehörig, bei dem Bootverleiher Schwarz am Langen See ein kleines Boot und erklärten, indem sie den Betrag im Voraus bezahlten, daß sie nach Grünau fahren und von dort im Abend zurückkehren wollten. Die Dame war ungefähr 20 Jahre alt und höchst elegant gekleidet, während ihr Begleiter etwa um 5-7 Jahre älter war. Beide ruderten bis in die Nähe des Restaurants „Waldater“, banden ihr Boot an eins der zahlreichen Holzbothe und stiegen beide auf das Holzbothe hinauf. Vor den Augen zahlreicher Passanten, nur etwa 10 Schritte vom Ufer entfernt, zog der junge Mann einen Revolver hervor, anscheinend um sich zu erschließen, wozu die Todeswaffe aber, als seine Begleiterin ihn daran mit erhobenen Händen verhinderte, in den Fluß. Dann aber zog der Herr seine Welleiterin an sich und, nachdem er sie auf den Mund geküßt hatte, sprang er mit ihr, die auch freiwillig in den Tod zu gehen schien, von dem Rande des Holzbothes in die Fluthen. Zahlreiche Augenzeugen sahen die Lebensmühen, die sich eng umschlungen hielten, noch einmal aus den Wellen auftauchen. Ehe aber mehrere zur Hilfe geeilte Boote die Unglücksstätte erreicht hatten, waren die beiden Selbstmörder untergesunken und von den Fluthen fortgetrieben. In dem angebundenen Boote lag ein Zettel: „Wir gehen vereint in den Tod. Albert und Bertha.“ Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Leichen aufzufinden. Die Eisenbahn-Fahrkarten beider Lebensmühen lagen gleichfalls im Boote und lauteten vom Schlessischen Bahnhof nach Grünau, mithin ist anzunehmen, daß dieselben Berliner sind.

Selbstmord. Gestern Abend gegen 6 Uhr wurde in der Nähe der Norddeutschen Eiswerke bei Grünau die Leiche eines Mannes, auf dem Wasser treibend, gefunden und nach Köpenick gebracht. Bei dem etwa 40-jährigen Mann fand man ein an das Kommando der Schuttmannschaft Berlins gerichtetes, vom November 1889 datirtes Schreiben, in welchem der Todte als angegebener Kriminalschuttmann um Gehaltszuschuß bittet, sowie ein Urlaubsgesuch. Beide Papiere waren mit J. Jerezel, Schuttmann, Berlin, Breslauerstr. 6. III. unterzeichnet. Wie wir erfahren, war J. bis vor 1 1/2 Jahren als Schuttmann auf der Polizeiwache am Straßburger Platz angestellt gewesen, mußte aber dann wegen „Größenwahn“ nach der neuen Charité überführt werden. Von dort wurde der Gehesegedrehte der städtischen Irren-Anstalt Dalldorf überwiesen, war aber vor einiger Zeit auf Antrag eines Verwandten aus derselben entlassen worden. J. verschwand vor 14 Tagen plötzlich und hat — auf welche Weise ist noch nicht festgestellt — in den Fluthen der See den Tod gefunden.

Gegen unseren Redakteur Waacke ist wegen des Zeitgedichtes in unserer Nummer vom 3. Mai eine Anklage wegen Gotteslästerung und Aufreizung zum Klassenhaß erhoben worden.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im verflochtenen Monat April 1891 nächstigten im Männerasyl 8998 Personen, davon badeten 2619 Personen, im Frauenasyl 1395 Personen, davon badeten 108 Personen.

Polizeibericht. Am 5. d. M. Morgens gerieth auf dem Bauplatz am Mühlendamm der Maschinenheizer Sicora beim Schließen der Heizungsöhren einer Lokomotive mit dem Fuß in das Getriebe der Maschine und wurde anscheinend bedeutend verletzt, so daß er nach der Universitätsklinik gebracht werden mußte. — Vormittags sprang eine Frau in den großen Teich im Friedrichshain, wurde jedoch, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, wieder aus dem Wasser gezogen. — Bei den Abbrucharbeiten auf dem Grundstück Neue Hochstr. 40 stürzten zu derselben Zeit Theile einer niedergelagerten Wand nach der entgegengesetzten Richtung und trafen den Zimmerpolier Schöning, so daß derselbe einen Beinbruch erlitt. Er wurde nach dem St. Hedwig-Krankenhaus gebracht. — Auf dem Neubau Friedrichstraße 179 fiel Vormittags ein Einseher von einer im Erdgeschosse aufgestellten Kiste durch die Fensteröffnung in den Richtsicht des Kellers hinab und wurde anscheinend schwer verletzt, so daß seine Ueberführung nach der Charité erforderlich wurde. — Zu derselben Zeit stürzte auf dem Grundstück Martgrafstr. 43 der beim Abbruch des alten Hauses stehende gebliebene Siedel zusammen und verschüttete die Maurer Segebarth, Nibel, Naas und Wolf. Die beiden Ersteren erlitten dabei schwere innere Verletzungen, so daß sie nach dem Augusta-Hospital bzw. der Universitätsklinik gebracht werden mußten, während die beiden anderen nur leicht verletzt wurden. — In der Ecke der Invaliden- und Bergstraße gerieth zu derselben Zeit ein 10-jähriger Knabe unter die Räder eines Geschäftswagens und wurde am Kopf und an den Armen bedeutend verletzt. — Vor dem Hause Stephanstraße 12 wurde nachmittags ein 2-jähriger Knabe von einem Geschäftswagen überfahren und erlitt schwere Verletzungen am Kopf und Oberkörper. — Abends wurde ein Stepper in der elterlichen Wohnung, in der Fehrbellinerstraße, erhängt vorgefunden. — Im Thiergarten, in der Nähe des Brandenburger Thors, wurde zu derselben Zeit ein unbekannter, etwa 26-jähriger Mann mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe todt aufgefunden. Es liegt ungewissheit Selbstmord vor. — An der Ecke der Blumen- und Markusstraße wurde Abends eine 75-jährige Frau von einer Droschke überfahren und an der Stirn und der Schulter bedeutend verletzt, so daß sie nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 6. d. M. wurde in der Spree, nahe der Schleuse, die Leiche einer Frauensperson angeschwemmt. — Am 5. d. M. fanden vier kleine Brände statt.

Berichts-Beitrag.

Eine gefährliche Taschendiebin wurde gestern durch Urtheil der vierten Strafkammer des Landgerichts I für längere Zeit unschädlich gemacht. Die unverheiratete Marie Reichel ist um 30 gefährlicher, weil sie das Aufstreiten und die Ausdrucksweise einer „gebildeten“ Dame besitzt, sie sucht ihre Opfer mit Vorliebe in den „höheren“ Kreisen. Zuletzt verübte sie eine Zuchthausstrafe von sieben Jahren und saß in Freiheit gefesselt, nahm sie das Gewerbe wieder auf. Auf den Bahnhöfen bewegte sie sich stets in den Wartesälen zweiter Klasse und fand hier Gelegenheit, reisenden Damen das Portemonnaie aus der Tasche zu ziehen, wobei ihr zumeist reiche Beute in die Hände fiel. In einem Februarzuge besuchte die Taschendiebin das Opernhaus, wo sie ihren Sitz neben einer Frau Konsul Wiener aus London erhielt. Die Angeklagte entfernte sich kurz vor Ende der Vorstellung und als auch Frau Wiener gehen wollte, bemerkte sie, daß ihr Portemonnaie mit über hundert Mark aus der Tasche verschwunden war. In diesem Falle bewährte sich wieder einmal das Verbrechen. Wie aus einem Munde riefen Frau Wiener und ihre beiden erwachsenen Töchter: „das ist sie!“ als ihre Augen auf die Photographie der Angeklagten fielen. Im Verhandlungstermin legte dieselbe sich natürlich aufs Weigern; Staatsanwalt und Gerichtshof hatten aber keinen Zweifel an ihrer Schuld und lautete das Urtheil diesmal auf eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren.

Auf Gefährdung eines Eisenbahntransportes, welche die Tödtung eines Menschen zur Folge hatte, lautete eine Anklage, deren Hauptverhandlung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II sich vortagte von 3 Uhr Nachmittags bis Abends 8 1/2 Uhr hin. Angeklagt waren 1. der Rangmeister August Hertel, 2. der Stations-Diönar Hermann Hopp, 3. der gepuffte Lokomotivführer Heinrich Weisenborn. — Am 18. Oktober v. J. Abends 8 1/2 Uhr, kam ein Personenzug von Charlottenburg, um in den Bahnhof Brunowald zum Zwecke des Auseinanderfahrens einzufahren. Hier war der Angeklagte Weisenborn mit dem Rangiren eines anderen Personenzuges beschäftigt, und fuhr dem letzten Theil des gedachten Zuges mit seiner Maschine in die Planken. Als einziger Passagier befand sich in einem der Wagen, welche von dem Unglück betroffen waren, der Feiger Winter, welcher sich soeben beim Stations-Vorsteher gesund melden wollte. Derselbe erlitt so schwere Querschnitte, ja, er wurde von der Macht des Zusammenpralls fast auseinandergerissen, daß sein Tod bald nachher eintrat.

In der 14-tägigen Verhandlung wird zunächst der Situationsplan festgelegt resp. klar gemacht. Danach befindet sich auf dem östlichen Theil des Bahnhofes ein etwa 80 Meter langer sogenannter „Revisions-Schuppen“.

Durch diesen Schuppen, welcher dazu bestimmt ist, die vom Dienst zurückkehrenden Züge zu reinigen, d. h. die Wagen zu waschen, ebenso die Heizungsleitungen, Bremsen u. s. w. auf ihre richtige Funktionierung zu untersuchen, laufen mehrere Geleise direkt hindurch, und zwar liegt derselbe, wie von allen geladenen Zeugen, und auch von den zwei Sachverständigen anerkannt wird, so unglücklich, daß er die ganze Aussicht über den Rangirbahnhof versperrt.

Es herrscht nun auf dem Bahnhof die Usance, daß die von Charlottenburg durch den Schuppen hindurch nach der auf dem westlichen Theil des Bahnhofes liegenden Drehscheibe fahren, dort die Gepäckwagen drehen, und auf demselben Geleise zurückfahren. Neben dieses Geleise liegt aber noch ein zweites, ebenfalls innerhalb des Schuppens, welches etwa 15 bis 20 Meter oberhalb, also am östlichen Ende in das erste durch eine Weiche einläuft. Dieses zweite Geleise wird zum Rangiren benutzt. In jenem Zuge nun will der mit dem Rangiren beschäftigte dritte Angeklagte von dem Stationsbeamten Hopp (dem zweiten Angeklagten) die Weisung erhalten haben, von einem seitwärts liegenden Geleise noch 5 Wagen mit fortzuführen, um dieselben an einen nach dem Schlesischen Bahnhof führenden Zug anzuhängen. Er führte diesen Auftrag gleich mit aus, so daß sein Zug eine Länge von 31 Kössen bekam. Da aber von der beim Reinigen herablaufenden Seife u. s. w. die Geleise in dem Schuppen äußerst glatt sind, konnte er, der den Zug von Charlottenburg nicht früh genug sehen konnte, weil eben der Schuppen die Aussicht versperrt, seinen Zug nicht mehr zum Stehen bringen, sondern das Unglück ereignete sich wie oben beschrieben.

Es kommt hierzu noch, daß seit dem Jahre 1885 eine Verfügung besteht, wonach alle von Charlottenburg kommenden Züge bei der eine große Strecke vor dem Schuppen befindlichen Bude A. B. zu halten haben, und erst wenn ihnen zugewinkt wird, einfahren dürfen. Es würde zu weit führen, alle die kleinen und großen Dienstvorschriften hier anzuführen. Es wird eben jene drei Beamten Vernehmung der Pflicht, resp. allgemeine Passivität vorgeworfen. Jeder ist bemüht, die Schuld an sich abzuwälzen, und alle drei Verteidiger können für ihre Klienten, so weit ein Theil der Schuld immer einem Anderen,

oder einem nicht zur Rechenschaft gezogenen Beamten aufgebürdet wird, für Freisprechung plädiren. Es haben zu viele verschiedene Umstände mitgewirkt, und wenn man bedenkt, daß täglich 40 Züge ein- und 40 auslaufen, alle rangirt werden müssen, die Rangirmeister, wenn sie nicht schnell arbeiten, bestraft resp. verwarnt werden, so möchte man bei der unglücklichen Lage des Schuppens sich beinahe wundern, daß nicht mehr Unglück geschieht! Das Urtheil lautet auf Schuldig für Hertel und Weisenborn, auf Nichtschuldig für Hopp. Hertel wird zu zwei Monaten, Weisenborn zu einem Monat Gefängniß verurtheilt.

Versammlungen.

6. Wahlkreis.

Die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis, welche am 5. d. M. bei Keller, Bergstraße, abgehalten wurde, nahm, trotzdem der Besuch derselben unter der kaum entschwindenden Rainwoche zu leiden hatte, und trotzdem weder der angekündigte Referent, noch dessen Stellvertreter erschienen waren, mithin kein Vortrag stattfand, doch einen recht interessanten Verlauf. Genosse Päh hielt es für angezeigt, einen Rückblick über die stattgehabte Waiseier zu halten und daraufhin entspann sich eine recht anregende Diskussion. Wenn Genosse Päh auch im Großen und Ganzen mit der diesjährigen Waiseier zufrieden war, so hielt er doch dafür, daß noch immer nicht so demonstrirt worden sei — er sprach von Berlin —, wie hätte demonstrirt werden müssen, und wie das Ausland, insbesondere England, ein Vorbild gegeben. Nur in Friedrichshagen sei die Demonstration gewesen, wie sie sein mußte, wenn gleich auch hier die Zahl der Theilnehmer eine noch weit zu geringe gewesen wäre. Der dort gemonnene Eindruck werde unverlöschlich bleiben und so müsse sich in Zukunft die Waiseier überhaupt gestalten. In keinen beengten Räumen und bei einer derartigen Zersplitterung in Gewerkschaften sei aber eine solche Demonstration unmöglich. Die Waiseier sei nicht lediglich ein Vergnügungsfest, sondern ein Verbrüderungsfest aller Arbeiter, und habe einen mehr politischen wie gewerkschaftlichen Charakter. Mit den Gewerkschaften sei nicht viel zu erreichen, das hätten die trübten Erfahrungen gelehrt; auch würden die gewerkschaftlichen Organisationen nur geduldet, so lange sie machtlos seien. Der 1. Mai sei und werde ein Arbeiterfest bleiben. Denselben würdig zu begehen, würde es sich empfehlen, Berlin in Zukunft in Kreise einzutheilen und den Wahlvereinen die Veranstaltungen zur Waiseier zu überlassen, oder aber eine Kommission niederzusetzen, welche die einheitlichen Veranstaltungen in die Hand nimmt. Und daß in Zukunft ausschließlich der 1. Mai als Feiertag begangen werde, hielt Genosse Günther für selbstverständlich und war der Ansicht, daß, um einer Meinungsverschiedenheit nach dieser Richtung hin vorzubeugen, die Delegirten zum nächsten Kongresse in Brüssel betreffs der Waiseier mit einem gebundenen Mandat entsendet werden müßten. Genosse Salko war der Ansicht, daß, so klein die Demonstration von den Gegnern zu machen gesucht werde, so groß sei dieselbe gewesen. Nicht die Zahl der an einem Sonntage zusammengetretenen Menschen verleihe der Demonstration ihren Werth, sondern das überzeugte Bewußtsein der hohen Bedeutung der Demonstration. Und dies war in reichem Maße vorhanden, die Saat ist gesät worden, die gute Frucht tragen werde. Die Waiseier habe einen eminent gewerkschaftlichen Charakter, deshalb würde sie auch fernherhin in der bisherigen Weise begangen werden müssen. Von den Gegnern würden die gewerkschaftlichen Organisationen unterschätzt, obgleich sie der Feils seien, an dem der Kapitalismus zerfallen müsse und erlange. Redner ermahnte zur gewerkschaftlichen und politischen Emancipation, zur Organisation in gewerkschaftlicher Hinsicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, in politischer auf dem Boden der Sozialdemokratie. In der weiteren Debatte über die Waiseier wurde besonders auch der Standpunkt vertreten, daß es Familienvätern infolge der materiellen Nothlage vielfach unmöglich sei, mit ihren Familien, wie es doch so wünschenswerth sei, weit entlegene Lokale aufzusuchen, daß deshalb innerhalb der Stadt Jedem Gelegenheit geboten werde müsse, an Versammlungen und Demonstrationen theilzunehmen. Im Anschluß an die Besprechung der Waiseier fand eine sehr nahe liegende Kritik der heutigen Zeitverhältnisse und hervorragenden Begebenheiten statt. Aller der Genossen wurde gedacht, welche den 1. Mai im Gefängniß vertrauern müßten. Nachdem der Vorliegende noch bekannt gegeben, daß geleseene Zeitungen in den Zahlstellen entgegen genommen und von dort prompt an gute Adressen befördert werden, sowie zur pünktlichen Beitragszahlung ermahnt hatte, mit dem Hinweis darauf, daß fertige säumige Mitglieder nach vorhergegangener Mahnung ausgeschlossen werden, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine auf Dienstag, den 5. Mai, anberaumte öffentliche Versammlung aller Mechaniker und Optiker von Berlin und Umgegend konnte nicht tagen, da die Polizei die Abhaltung der Versammlung in Nordert's großem Festsaal mit der Motivierung verbot, das betreffende Lokal entspreche den polizeilichen Vorschriften nicht. Auch in dem Lokale von Schmiedel durfte die Versammlung nicht stattfinden, da dasselbe ebenfalls den Anforderungen der Polizeiverordnung nicht genüge.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung waren die Kollegen sehr zahlreich erschienen, und allseitig wurde es lebhaft bedauert, daß die Versammlung nicht tagen durfte, zumal es zu erwarten stand, daß bei den Verhandlungen auch das Komplott der Metallindustriellen gegen die Arbeiter zur Sprache kommen würde.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauser u. s. w. Grundstein zur Einigkeit. Am 4. und 5. Mai tagte hieselbst Inselftr. 10 eine außerordentliche General-Versammlung der genannten Kasse, welche von 33 Delegirten aus 13 Wahlabtheilungen sowie durch Vertreter des Vorstandes und des Ausschusses besucht war. Den wesentlichsten Theil der Arbeiten dieser Versammlung bildeten Abänderungsanträge zu dem § 8 und 17 des Statuts. Von Seiten der Behörde in Altona, wo sich der Sitz der Kasse befindet, ist der ortsübliche Tagelohn, welcher bei Bemessung der Leistung der Kasse abgehend ist, von 2,50 M. auf 3 M. erhöht worden, ebenso ist der am Orte befindlichen Verwaltungsstelle von Seiten der Krankenkasse die Mittheilung gemacht worden, daß das Verpflegungsgeld in denselben von 1,75 auf 2 M. erhöht worden ist. Da in diesen beiden Fällen die bisherige 2. Klasse unbedingt Zuschüsse bedarf, so mußte man sich zur Aenderung entschließen.

Die Debatten, welche unter Leitung des Herrn Reichen-Berlin stattfanden, zeugten, wie sehr man von Seiten der Arbeiter darauf bedacht ist, die eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln, ohne der Behörde die Möglichkeit zu geben, selbst einzuschreiten und die Beiträge und Leistungen festzusetzen.

Es wurde denn auch beschlossen, obwohl die Vertreter kleinerer Orte mit noch niedrigeren Löhnen aus weitere Befassung der Mitglieder hinweisen, als Minimalklasse für Erwachsene den Beitrag auf 1,65 M. monatlich und ein tägliches Verpflegungsgeld von 2,40 M., wöchentlich 14,40 M. festzusetzen. Es machte sich ferner die Nothwendigkeit geltend, denjenigen, welche sich höher versichern wollen, die Möglichkeit hierzu zu geben, und so beschloß man eine höhere Klasse zu schaffen und zwar gegen einen Beitrag von 1,80 M. monatlich Verpflegungsgeld pro Tag 2,55 M., wöchentlich 15,30 M.

Nachdem noch einige Angelegenheiten im Verschiedenen erledigt waren, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf das fernere Gedeihen geschlossen.

Im Anschluß hieran fand die Generalversammlung der Frauen-Sterbelasse statt. Da auf der letzten Generalversammlung

in Magdeburg der Wunsch geäußert war, die Kasse dahingehend zu erweitern, daß den männlichen Mitgliedern auch der Beitritt gestattet ist, so lag in dieser Beziehung eine Vorlage von Seiten des Vorstandes vor, welche nach einer kurzen Debatte mit einigen Aenderungen angenommen wurde. Somit ist den männlichen Mitgliedern die Gelegenheit gegeben, sich nach neben der Kranken-Kasse in der Sterbelasse zu versichern, und das Statut dieser Kasse tritt am 1. Juli 1891 in Kraft.

Nachdem in dieser Angelegenheit noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde auch diese Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf das Gedeihen der Sterbelasse geschlossen.

Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sämtlicher Gewerkschaften. Berlin II (S. 6. Nr. 1). Versammlung am Sonnabend, den 5. d. M., Abends 8 Uhr, im Restaurant Böhm, Admiralsstraße Nr. 28. Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen, da wichtige Sachen vorliegen.

Geselliger Verein „Grüne Eiche“ vor dem Kaiserlichen Thor. Abends 8 Uhr General-Versammlung beim Schmirch Bohm, Poststraße 29. Gütlich willkommen.

Sof- und Plüschverleihs. Donnerstag „Freiheit“, Abends 8 Uhr, Baumgasse 66 bei Jubel. Gütlich können durch Mitglieder eingeführt werden. — Verein „Volkshilfe“ (Männer und Frauen) Abends 9 Uhr, im Restaurant Wittenberg, Schönhauser Allee 28. — Sof- und Plüschverleihs „Nachhalt“ Nachm. 3 Uhr, in der Gr. Frankfurterstr. 29, Frankfurter Bierhallen. — Wahrheit, Marktstr. 21. — Kaffeehaus, Abends 8 Uhr, in Reinhardt's Restaurant, Kanakerstr. 70. Gütlich willkommen. — Keine in Rigort, Gde. Knechtel- und Hermannstr. 70, Restaurant Bepler. Gütlich willkommen. — Neue Welt, 84 Uhr, Poststr. 60. Gütlich beim Zutritt. — „Süß-Ost“, 84 Uhr bei Zollhof, Götterstr. 66. Gütlich durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. — Verein und Kaffeehaus „Fischer Wille“, Abends 8 Uhr, bei Schulz, Gartenstr. 70. Gütlich durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt.

Arbeiter-Jüngerbund Berlin und Umgegend, Donnerstag Abends 8 Uhr, Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. — Seeger'scher Gesangverein, Blumenstraße 48 bei Wend. Uebungsstunde von 9 bis 11 Uhr. — Gesangverein „Einigkeit“ (Futwäcker), Altenstraße 73 bei Roth. — Gesangverein „Edelweiß“, Weichvorstraße 16 bei Steinhmann. — Gesangverein „Sonne“, Alte Schönhauserstraße Nr. 43 bei Reimann. — Gesangverein „Frühlingsschlag“, Plötzstraße 5 bei Bartels. — Männerchor „St. Urban“, Kamenstraße 9 bei Brog. — Männergesangverein „Sora“, Admiralsstr. 28 bei Böhm. — Gesangverein „Kornblume“, Blumenstr. 64 bei Wulke. — Gesangverein „Hand in Hand“, Stahlstr. 143 bei Geiler. — Gesangverein „Unserer“ bei Küster, Köpenickerstraße 127a. — Gesangverein „Vorkämpfer“, Deutsch-Wilmersdorf, Berlinstr. 40 bei Vieh. — Gesangverein des „Zirklerverbandes“ in Steglitz, Restaurant Götterbrunn. — Arbeiter-Gesangverein „Harmonie“, Tempelhof, Dorfstr. 10 bei Gerth. — Gesangverein „Weiße Rose“, Reinickendorf, Reifweg und Gollnerstraße. Gde. bei Caro. — Arbeiter-Gesangverein „Morgenroth“, Rummelsburg, Götterstraße 9 bei Krost. — Gesangverein „Friede“, Club in Schöm's Klubhaus, Kamenstraße Nr. 16. — Sult. und Gesangverein „Himmels“, Albatrossstr. 8 bei Schneider. — Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“, Vinckenstr. 106, bei Hoppe. — Gesangverein „Amicitia“, Adlershof, Wilmersdorf bei Albrecht. — Gesangverein „Sapientia“, Restaurant Eick, Köpenickerstraße 66.

Gesang, Turn- und gefellige Vereine. Donnerstag, Stat. Club „Admiral“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Döbereit, Holländerstraße 47.

Vädel'scher Turnverein, Männer-Abtheilung, Abends 8-10 Uhr, Alt-Liebigstr. 67-68, Königshütten, Gommahn. — Turnverein „Ostern“, Berlin-Abtheilung, Abends 8-10 Uhr, Blumenstr. 63a. — Berliner Turngesellschaft, 1. Bezirks-Abtheilung, Abends 8-10 Uhr, im Festungstheater, Poststr. 9-10.

Männer-Gesangverein „Groschen“, Abends 8 Uhr, bei Körtgen, Gneisenstraße 28. — Offenbacher Sängerkreis, Uebungsstunde von 9-11 im Treppenort, Treppenstr. 45. Gütlich willkommen. — Verein „Rif Jost“, Sitzung mit Tamen in Krösch's Gesellschaftshaus, Fiedlerstraße Nr. 29. — Gefelliger Verein „Regina“, Sitzung mit Tamen, Abends 8 Uhr, in den Wilmersdorf, Wilmersdorf, Alte Julestr. Nr. 29. — Gefelliger Club „Blau-weiß“, Abends 8 Uhr bei Jorch, Steglitzerstr. 49. — Frauengesangverein „Edelweiß“, Abends 8 Uhr bei H. Engel, Müller- und Antonstrassen-Gde. — Vergnügungsverein „Caprice“, Abends 8 Uhr, Sitzung mit Tamen in „Marienbad“, Badstr. 24-26, Saal 12. — Vergnügungsverein „Wellen“, 84 Uhr, Sitzung mit Tamen bei Böhm, Admiralsstraße 28. Gütlich willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 28. Gemeindefschule, Abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus „Ostern“, Rübendorferstr. 46. — Vorkämpfer-Gesellschaft „Hoffnung“, Abends 8 Uhr, im Klubhaus, Oranienallee 2. Gütlich willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 23. Gemeindefschule, Sitzung, Abends 8 Uhr, bei Sager, Grüner Weg 27. Gütlich willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 27. Gemeindefschule bei Schröder, Steglitzerstr. 18. Gütlich willkommen. — Tambourverein „Jungferntanz“, Weidenweg 12.

Kaufclub „Bestmal-Waage“, Abends 8 Uhr bei Insinger, Kraußstr. 48. — Kaufclub „Kraußstr.“, Abends 8 Uhr bei H. Böhl, Rübendorferstr. 46. — Kaufclub „Kraußstr.“, Abends 8 Uhr, in Spengler's Wirtschaft, Steglitzerstr. 41. — Kaufclub „Kraußstr.“, Abends 8 Uhr, bei Tempel, Weidenstr. 27.

Club der gefelligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Donnerstag, Gefelliger Verein „Blau-Weiß“, 8 Uhr im Restaurant „Kraußstr.“, Steglitzerstr. 41. — Vergnügungsverein „Schnegglöcher“, 8 Uhr im Restaurant „Birk“, Straußbergerstr. 2. — Vorkämpfer-Gesellschaft „Edelweiß“, 84 Uhr im Restaurant „Gallard“, Prinzenstr. 67.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Lüttich, 6. Mai. Die Erregung über die gestrigen Beschlüsse des Generalrathes der Arbeiterpartei wird stündlich größer. Ein Theil der Bürgergarde ist eingezogen und wird heute Abend nach Saint-Gilles aufrücken, wo Orgesse befehligen werden.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Brüssel, 6. Mai. Eine Drahtmeldung aus La Louviere im Zentralbecken besagt, daß heute Morgen in den Kohlengruben Houssu und Sacroptère ein allgemeiner, in Sars-Longchamps, Haine, Saint-Pierre und Bascoq ein partieller Ausstand ausgebrochen sei. Man befürchtet für Freitag den Generalstreik im gesammten Zentralbecken, welcher gestern von mehreren großen Verammlungen im dortigen Revier beschlossen wurde. In den Becken von Charleroi und Mons ist die Lage die gleiche, wenn auch gestern in Gilly und Junet eine theilweise Wiederannahme der Arbeit zu verzeichnen war. Die Ruhe ist nirgends gestört. Dagegen hat in dieser Nacht auch das Haus eines nicht ausfindigen Arbeiters stattgefunden. Der dadurch angerichtete Schaden ist nicht beträchtlich. Der Ueberbeter wurde verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

An Verschiedene: Sie fragen, warum Liebknecht am Sonntag nicht in Berlin gewesen ist? Er war in Sachsen (Burgen und Leipzig) und zwar in Gemäßheit eines Versprechens, das er vor seiner Ueberiedelung nach Berlin gegeben hatte.

J. W. Wir haben einen Brief von Ihnen gar nicht erhalten.

Briefkasten der Expedition.

Für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Hamburg) gingen folgende Beiträge ein:
Tischerei Markhoff 3,70 M. S. S. 1 M. Gesammelt in der Villa Bachstein am Jansensee 4,45 M.
Verichtigung. In der gestrigen Abrechnung der Arbeitsnachweis-Kasse von Raifonds muß es bei Werkstat Gericke, Kraußstr. 88, statt 11,—; 11,50 heißen, und bei der Werkstat Müller, Schönhauser Allee 161, hinzugefügt: von 27 Tischlern.
Für den Raifonds gingen ferner folgende Beiträge ein:
Gesammelt Göttingerstraße 12-14 Geseh-Tabr., J. R. 14,50 M. Gef. Fr. Klumke 2,50 M. S. S. 1 M. Summa 18 M. Vereis quittirt 301,75 M. Summa 319,75 M. Weitere Beiträge nimmt gern entgegen die Expedition Weichstr. 3.
In Nummer 108 muß es heißen nicht Lutherstr. 118, sondern Tischlerwerkstatt von Eduard Kayser, Ritterstr. 118.
Ans einer rothen Malerwerkstatt durch die Herren Robert Wernat, G. M. Mania, H. Altaler, Th. Bauer, G. Reiser, D. Winner, für die Arbeiter-Bildungsschule empfangen 7,50 Mark.
D. Gumpel, Kaffee, Barnimstr. 42.
Notiz, Schönleinstr. Wir können wegen der unregelmäßigen Zustellung des Blattes erst dann Abhilfe schaffen, wenn Sie uns die genaue Adresse des Spediteurs angeben, welche auf der Abonnementsquittung vermerkt ist.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Eberfeld, 5. Mai. Eine große Heldenthat ist am Sonntag in dem Orte Camen bei Anna vollbracht worden. Der Vorhänger unseres sozialdemokratischen Volksvereins, Genosse Wilhelm Geyer, wollte dort in einer Versammlung sprechen; dieselbe konnte aber nicht stattfinden, weil der Einbrucher der Versammlung, Bergmann Gerlach, welcher plötzlich verhaftet, aber bald wieder freigelassen wurde, aus diesem Grunde die Versammlung nicht rechtzeitig anmelden konnte. Geyer befand sich mit noch fünf anderen Herren in dem Lokal, als plötzlich die Straße vor demselben mit einer fanatisierten Menschenmenge füllte und aus derselben der Ruf ertönte: „Heraus mit den Nothen!“ Auch die Wirtschaft füllte sich und ehe sich unsere Genossen dessen versahen, wurde das Fenster ausgehoben und sie in rohester Weise auf die „belebte“ Straße geworfen. Einige in der Wirtschaft anwesende Gendarmen waren, als der Tumult losging, nicht zur Stelle. Auf dem Bahnhof im Wartesaal angelangt, kam die ganze Meute hinterher und füllte ebenfalls den Wartesaal. Auf den Genossen Geyer war es speziell abgesehen; er erhielt sogleich einen wuchtigen Hieb mit einem Knüttel über den Kopf, worauf er zusammenstürzte. Dies war für die Meute das Zeichen und von allen Seiten hieben sie auf den Verletzten mit Stöcken und Knütteln ein. Der Bahnhofinspektor soll dem Mißhandelten keinen Schutz haben angeheißen lassen. Unserem Genossen gelang es schließlich das nackte Leben zu retten, indem er nach Anna hinlief und bei dortigen Wornheim sich restaurierte. Wie wir hören, war der Ueberfall von vornherein geplant. Die fanatisierte Meute ist wegen dieses Banditenstreiches zu benutzeln, aber die gebildeten Anstifter trifft, wenn sie auch weiter keine Strafe erteilt, die gebührende Verachtung aller rechtlich denkenden Menschen.

Cuedlinburg. Die hiesigen Kirch-Dunder'schen Ortsvereine haben seit drei Jahren die erste Versammlung einzuberufen gezwungen und das Ergebnis ist mißlungen. Als Referent war der Redakteur des „Gewerksverein“, Goldschmidt, erschienen. Die Versammlung bestand aus drei Parteien aus Sozialdemokraten und auch von dem letzten Viertel, den Ortsvereins-Mitgliedern, hielt mancher und nahe und bleibt nur der Rasse wegen im Ortverein. Zu Anfang wurde freie Diskussion zugelassen. Der Referent griff hauptsächlich die Sozialdemokraten an, behauptete von dem „bedauerlichen“ Komplott der Metallindustriellen, daß die Sozialdemokraten die Unternehmer dazu „gereizt“ hätten, und erklärte, die Sozialdemokratie läge in den letzten Tagen, besonders in Berlin. Dagegen rühmte er, was man im Gewerksverein alles für zehn Pfennige haben könne. Nachdem der Referent geendet hatte, beantragte Herr Quasell Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten; der Antrag wurde abgelehnt. An der Diskussion beteiligten sich Gen. Köllner, welcher das Verhalten der Gewerksvereiner, namentlich bei Streiks, scharf kritisierte, Herr Quasell, der mit seiner polternden Stimme unerschrocken blieb, und Gen. Trautwein, der die Angriffe Goldschmidt's auf die Sozialdemokratie zurückwies und die Thätigkeit des Herrn Marx Hirsch im Reichstage beleuchtete. Die Erwiderung des Herrn Goldschmidt wimmelte von Unrichtigkeiten. Die Versammlung ging mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie aus. Wir haben nichts dagegen, wenn Herr Goldschmidt bald wiederkommen will.

Altona, 1. Mai. Vor dem hiesigen Schöffengericht (Richter: Amtsrichter Birnbaum) stand heute der Redakteur der „Norddeutschen Volks-Zeitung“, Genosse Gustav Stengele, angeklagt der Beleidigung des Geschäftsführers der Altonaer Zementfabrik in Uetersen, Rohardt. Dem Beklagten wurde vorgeworfen, durch einen Artikel in seinem Blatt, in welchem die Lohnreduktionen genannter Fabrik und andere Verhältnisse geschildert wurden, den Rohardt beleidigt zu haben durch den Ausdruck „Unverschämtheit“ und durch eine Anspielung auf den Namen des Klägers, wodurch ihm „Rohheit“ zugesprochen sei. Stengele behauptete, keine beleidigende Absicht gehabt zu haben; der Ausdruck „Unverschämtheit“ sei nur gleichbedeutend mit „Recht“, also gewiß keine Beleidigung. Bei der Anspielung auf den Namen Rohardt hätte er die zweite Silbe dieses Wortes im Auge gehabt und dem Kläger — seiner Ansicht nach mit Recht — Härte vorwerfen wollen. Die Artikel in seinem Blatte hätten keineswegs den Zweck, Jemand zu beleidigen, sondern nur den, Klarheit über die Arbeiter-

verhältnisse zu schaffen. Daß er nicht nackte Zahlen geben könne, sondern dieselben in einem Aufsatz behandeln müsse, sei selbstverständlich. Durch die Zeugenvernehmung wurde ein nebensächlicher Punkt des Artikels als irrtümlich erwiesen. Der Anwalt des Klägers führte die Wirkung solcher „Beh- und Brandartikel“ auf Arbeiter, welche schon einmal gestreift hätten, ins Gesicht, behauptete auch, es sei dem Kläger „Rohheit“ und „Härte“ vorgeworfen. Der Beklagte erwiderte hierauf, daß, wohl um diese Deduktion zuzulassen, in der Klageschrift auffallenderweise Rohardt mit zwei h (Hohardt) geschrieben sei. Nach längerer Berathung wurde das Urtheil verkündet, welches auf 14 Tage Gefängniß, dreimalige Publikation des Urtheils in der „N. V. Ztg.“ und einmalige Publikation im „Hamburger Echo“ lautete, letzteres „mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse“, wie es in der Urtheilsbegründung gesagt wurde. Weiter hieß es darin, daß auf diese Strafe erkannt worden sei „in Rücksicht auf den Charakter des Blattes“ und ferner deshalb, weil der Artikel nicht zu dem Zwecke geschrieben sei, lediglich Aufklärung zu schaffen, sondern „um die Arbeiter gegen Fabrikbesitzer, Arbeitgeber, überhaupt gegen alle nicht dem Arbeiterstande Angehörigen zu verhetzen, um das sogenannte Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern“. „Unverschämtheit“ sei gleichbedeutend mit „Unverschämtheit“, auch werde durch die Anspielung auf den Namen dem Kläger sowohl „Rohheit“ als „Härte“ vorgeworfen.

München, 5. Mai. Dem bisherigen Redakteur der „M. Post“, Herrn E. Strauß, der bekanntlich vom Schwurgericht am 16. Januar zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt worden war, ist, nachdem derselbe drei Monate im Zellengefängniß zu Marnberg verbracht hatte, der vierte Monat erlassen worden. Derselbe rühmt sehr die ihm in der dortigen Anstalt in jeder Beziehung zu Theil gewordene humane Behandlung.

Soziale Ueberblick.

Aufruf an sämtliche Weitschen-Stockmacher Deutschlands. Ueberall in Deutschland gehen die Wogen der Arbeiterbewegung höher denn zuvor. Ueberall stehen die Arbeiter zur Wahrung ihrer Interessen dem Unternehmer organisiert gegenüber. Wollen wir da noch länger theilnahmslos zuschauen? Erhebt es nicht vielmehr unsere Pflicht, unser Interesse, das Gleiche zu thun, uns zu vereinigen?

Kollegen, blicken wir uns einmal in unserem Gewerbe etwas um. Ist nicht der Lohn in den letzten fünf Jahren um 30 bis 40 pCt., ja in manchen Fabriken und Gegenständen um 75 pCt. gesunken? Hat nicht der Lohn zudem eine Tendenz, immer tiefer zu sinken, aufzuweisen, während auf der anderen Seite die Lebensmittel eine noch nie dagewesene Höhe erreicht haben? Kollegen, ein Jeder wird sich die Antwort auf diese Fragen selbst leicht geben können. Die Jagd nach Reichthum, die Profitgier der Fabrikanten trägt daran die Schuld. Ein Fabrikant sucht die Waaren billiger auf den Weltmarkt zu schleudern als der andere, um sich das größte Absatzgebiet zu verschaffen; er sucht sich dann eben durch Reduzierung der Arbeitslöhne schadlos zu halten. Um diese wilde Konkurrenz, welche ein Krebsgeschwür für den Arbeiter ist, zu beseitigen, ist es unbedingt nöthig, daß wir uns vereinigen. Nur durch eine gewerkschaftliche Vereinigung ist es möglich, dieser wilden Konkurrenz ein Ziel zu setzen.

Kollegen! Die Fabrikanten werden wohl viele von Euch der Bewegung fernhalten suchen, wobei sie die Schlagwörter führen: Seht die Arbeiter von früher und heute an; früher waren sie mit ihrem Lohn zufrieden, warum heute nicht? Blicken wir uns bei den Fabrikanten um, haben die Kollegen schon gefunden, daß ein Fabrikant mit seinem Verdienst zufrieden ist? Dasselb Euch deswegen von der Vereinigung nicht abhalten, sondern trete ein Jeder thätig für dieselbe ein. Ein jeder Kollege wird es eingesehen haben, daß es auf dem bisherigen Wege nicht mehr fortgehen kann. Auch die Schwieger Weitschen-Stockmacher haben dies eingesehen, indem dieselben sich als Zahlstelle der „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“ angeschlossen haben. Die Schwieger Kollegen haben es deswegen für ihre Pflicht erachtet, Euch darauf aufmerksam zu machen und Euch die Bruderhand zu reichen. Versäume deswegen Keiner, der Vereinigung beizutreten. Vereinigt sich mit uns ein Spielball in den Händen der Unternehmer, vereint dagegen bilden wir eine Macht.

Mit kollegialischem Gruß!
J. A.: Die vereinigten Weitschen-Stockmacher Schwieger's: Karl Koch, hinter der Marktkirche 11.

Alle Anfragen sind zu richten an Kollege Theodor Seipart, Hamburg-St. Georg, bei der Koppel 79.
NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Aufruf an die deutschen Bäcker, Konditoren, Pfefferküchler und die in den Kaffee- und Biscuit-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Kollegen! Wohl keine Branche ist in ihrer gewerkschaftlichen Organisation soweit zurückgeblieben als die unsere; unsere Verufe, die einst in der Kunst so groß waren, sind in der modernen Arbeiterorganisation um Jahrzehnte hinter anderen Branchen zurück, und doch hätten wir es mindestens eben so nöthig, uns gewerkschaftlich zu organisieren als jeder andere Beruf, um durch die Macht der Organisation unsere Lebenslage zu verbessern. Ist es doch notorisch, daß wir die schlechtest bezahlten und schlechtest behandelten Arbeiter sind. Drum auf, laßt uns kämpfen für ein besseres Dasein, laßt uns Organisationen schaffen, die im Stande sind, den Kampf für uns in der heutigen Wirtschaftsform zu führen, eine bessere Lebenslage zu erringen. Wir laden Euch hiermit zu einem Kongress zu Mittwoch, den 24. Juni d. J., nach Altona, ein, um gemeinschaftlich über unsere Lage und die nothwendigen Mittel zur Verbesserung derselben zu berathen.

- Als Tagesordnung schlagen wir folgende Punkte vor:
1. Konstituierung des Kongresses.
 2. Geschäfts-, Kassen- und Situationsbericht der Geschäftsleitung. (Berichterstatter E. H. Kretschmer.)
 3. Situationsbericht der Delegirten.
 4. Bericht über das Fachorgan. (Berichterstatter Redakteur E. Pfeiffer.)
 5. Die prinzipielle Haltung des Fachorgans. (Referent H. Fischer-Mühlhausen i. Th.)
 6. Die zukünftige Gestaltung unserer Organisation und Agitation.
 7. Der bevorstehende deutsche Gewerkschaftskongress und der Internationale Arbeiterkongress in Brüssel.
 8. Anträge und Allgemeines.
- Definitive Bestimmung der Tagesordnung bleibt dem Kongress vorbehalten.

Die Delegirten müssen in öffentlichen Versammlungen gewählt sein, denselben ist ein vom Bureau der betreffenden Versammlung unterzeichnetes Mandat als Legitimation mitzugeben. Formulare hierzu sind von dem Unterzeichneten zu beziehen, die Anmeldung der Delegirten hat ebenfalls bei demselben bis zum 15. Juni zu geschehen.

Rufen auf, Kollegen, zum Kongress am 24. Juni in Altona, erörtern überall in öffentlichen Versammlungen denselben und wählt Delegirte. Orte, welche nicht in der Lage sind selbständig einen Delegirten zu entsenden, mögen sich mit uns in Verbindung setzen. Wir werden versuchen es möglich zu machen, daß auch der kleinste Ort vertreten sein kann, darum vorwärts, macht den diesjährigen Kongress zu einem wirklichen Vöcker-Parlament, und man wird uns hören und helfen müssen.

Mit brüderlichem Gruß
Hamburg, den 19. April 1891.
Die Geschäftsleitung der Bäcker-Arbeiterschaft Deutschlands.
E. H. Kretschmer, C. Bauerfeld, B. Zielemann.
Alle Anfragen etc. sind an E. H. Kretschmer, Bartelstraße 18, zu richten.
Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Rostock, 5. Mai. Als hier im Mai 1890 die Bauhandwerker die Arbeit niederlegten, wandte sich die hiesige Zunft der Maurer- und Zimmermeister an auswärtige Meister, damit diese ihnen ihre Lehrlinge als Ersatz borgen. (Lehrlinge werden an einzelnen Orten in außerordentlich großer Zahl beschäftigt; so hält der Maurermeister M. in Schwerin nicht weniger als 22 Lehrlinge.) Ein Theil der Lehrlinge wurde nun von den Eltern zurückverlangt. Diese erhielten, nachdem sie zurückgekommen waren, den Rath, einige Wochen spazieren zu gehen; passe ihnen das nicht, so hätten sie ja in Rostock bleiben können. Jetzt kommt uns nachträglich ein Zirkular der Zunft zu Gesicht, in welchem den auswärtigen Kollegen gedankt wird und worin es heißt: „Wir haben den Sieg in erster Linie denjenigen Kollegen zu verdanken, welche den hiesigen ausständigen Gesellen keine Arbeit gaben und welche uns sofort Lehrlinge zur Verfügung stellten.“ Die Zunft erklärt sich zu ähnlichen Gegendienst bereit. Leider ermüdet das Gesetz kein Einschreiten gegen einen derartigen Gebrauch der Lehrlinge.

Preise streng fest.

Unübertrefflich in jeder Beziehung.

Die Vortrefflichkeit der Fabrikate, die Schönheit der Moden, das niedrigste der Preise und die Großartigkeit der Werthe verlangt unbedingte Aufmerksamkeit.

Preise streng fest.

Man höre und staune:

Herren-Jaquet-Anzüge, <small>sonst 25 M.</small> Jaquet, Hose und Weste, geradezu sensationell.	das Stück 10,00 M.
Herren-Jaquet-Anzüge, <small>sonst 35 M.</small> Jaquet, Hose und Weste, sehr dauerhaft gearbeitet.	15,00 M. u. f. w.
Einzelne Herren-Hosen <small>nur</small> gestreifte Muster guter Qualität.	5,00 M.
Einzelne Kammgarn-Hosen <small>9,00 M.</small> Hunderte von Mustern, schöner Schnitt.	u. f. w.

Die beste Qualität für den niedrigsten Preis ist das Motto, welches in diesem Frühjahr auf unseren siegreichen Bannern glänzen wird.

Amerikanische Verkaufshallen.

1a Spandauer-Brücke 1a, Skalitzerstr. 39 u. Wienerstr. 69.

Billigste Bezugsquelle der Welt für gute und elegante Herren- u. Knaben-Garderobe.

Man höre und staune:

Herren-Sommerpaletots, <small>sonst 25 M.</small> guter Qualität, dauerhaft gearbeitet.	10,00 M.
Herren-Sommerpaletots, <small>sonst 45 M.</small> vorzüglicher Qualität, streng modern.	20,00 M. u. f. w.
Knaben-Anzüge, große Auswahl von <small>4,50 an</small> sämtliche Größen vorhanden.	
Bunte Herren-Westen, <small>von 3,00 an</small> geschmackvolle Muster.	

Preise streng fest.

Zur gefälligen Beachtung:

die wirklichen Amerikanischen Verkaufshallen befinden sich nur Spandauer Brücke 1a, Skalitzerstrasse 39 und Wienerstrasse 69 und betreffen alle ähnlich klingenden Ankündigungen auf Täuschung des Publikums.

Preise streng fest.

Baer Sohn
BERLIN.

N. Chausseestraße 24a. O. Gr. Frankfurterstraße 16.
SO. Brückenstraße 8,
am Bahnhof Zannowbrücke.

Dem Grundsatz
nur Waaren bester Qualität zu sehr bill. Preisen zu verkaufen,
verdanken wir das schnelle Emporblühen u. Gedeihen unseres Hauses.

Sommer-Paletot, haltbar und stark, überall 20 M., für 12 M.	Sommer-Anzug, schwergarnige Waare, überall 21 M., für 12 M. 75 Pf.	Fertige Beinkleider Kammgarn u. Imitation für 9 M. bis 2 M. 75 Pf.
Sommer-Paletot, satinierte Streichwaare überall 22 M., für 20 M. 50 Pf.	Sommer-Anzug, vorzögl. u. strapazieren, überall 22 M., für 20 M.	Maas-Anzüge, Gewähr guten Eigens, für 60 M. bis 35 M.
Sommer-Paletot, allerfeinste Waare, überall 55 M., für 34 M.	Festtags-Anzug, feines Kammgarn, überall 40 M., für 28 M. 50 Pf.	Maas-Paletots, Gewähr guten Eigens, für 48 M. bis 35 M.

Unsere Herren- und Knaben-Bekleidungen
übertrifft an Preiswürdigkeit und Güte der Waaren alles in
Berlin gebotene.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung.**

Geschäfts-Häuser **Eigene Werkstätten**

Jeder Kunde
hört die reine
Wahrheit
über unsere
nur realen
Waaren.

Baarverkauf
zu streng
festen aber sehr
bill. Preisen.

Knaben-
Anzüge
für 11 M.
bis 1,60 M.

Sommer-
Jaquets
für 4 M. 50 Pf.
bis 2 M.

Leseklub „Karl Marx“.
Freitag, den 8. Mai, Abends 8 Uhr:
Öffentl. Versammlung für Männer u. Frauen
bei Grube, Mariendorferstraße 10.
Vorlesung aus Heuter's Werken vom Genossen Wilhelm.

Sonntag, den 10. Mai, Abends 6 1/2 Uhr,
Große öffentliche Versammlung
für Männer und Frauen
im großen Saale der „Berliner Hoch-Granerei.“
Vortrag des Herrn Henning, Lehrer an der Arbeiter-Bildungsschule:
„Die Staatsub.“ — Darauf: **Geselliges Beisammensein mit Tanz.**
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. Hierzu ladet
alle Freunde und Genossen ein. [354/18] **Der Vorstand.**

Holz- und Bretterträger.
Sonntag, den 10. Mai, Vormittags 10 1/2 Uhr, Oranienstraße 180:
Versammlung des Fachvereins.
Tages-Ordnung: 173/3
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Ver-
schiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung der Bau-Arbeiter
Berlins.
Sonntag, den 10. Mai, Vormittags 11 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Scheffer's Salon, Insel-Strasse Nr. 10.
Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 3. Frage-
kasten. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Diejenigen Mit-
glieder, welche ihre rückständigen Beiträge noch nicht entrichtet haben, werden
ersucht, dies bis Sonntag, 10. Mai, zu thun, widrigenfalls ihnen das Organ
der Arbeiter nicht mehr zugestellt werden kann. 129/2
Der Vorstand. S. A.: Fr. Marasas, 2. Vorsitzender, Steinmehlr. 55.

Bereins-Versammlung
der Militär- und Lieferungs-Schneider
am Freitag, 8. Mai, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Das Koalitionsrecht und das Verhalten der Firma
S. und K. ihren Arbeitern gegenüber. (Der Referent wird in der Versammlung
bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Spezial-Geschäft in Damen-Kleiderstoffen.
Grösste Auswahl sämtlicher Neuheiten.
Verkauf zu streng festen und billigsten Preisen.
Jeden Montag: **Rester-Ausverkauf.**
Hermann Böhm, Müllerstraße 175 am Weddingplatz,
Ecke Fennstraße.

Mein **Schuh- und Stiefel-Lager** für Herren,
Damen und Kinder bringe hiermit in empfehlende Erinnerung.
Albert Auerbach,
899L **Kottbusser Damm Nr. 7,** nahe der Kottbusser Brücke.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
Die Firma besteht seit 1873.

**Auslage
von Neuheiten in
Elsass. Druckstoffen.**

**Mousseline de laine, Levantine,
Sommerflanell etc.**
Geschmackvolle, originelle Muster in den
neuesten Farbenstellungen, garant. waschicht!
Reste u. einzelne Roben
spottbillig.

BERLIN N. CHAUSSEESTR. 14.

Ausverkauf der Damen-
Mantelfabrik
M. Lohrmann,
Müllerstraße 4, Ecke Schulendorferstraße
nach beendeter Engros-Geschäft ca. 2400 hochlegant ff. i. m. Werkstätten nach
neuesten Modellen gefertigte Regenmäntel, Paletots, Jaquets, Fichus, Um-
hänge etc. **zu sehr billigen** aber festen Preisen.
Unterlasse jede weitere Anpreisung und verweise a. d. guten Ruf meiner lang-
jährig best. Firma a. d. lobenden Referenzen d. Berl. Zeitungen über m. Geschäft.

Im Tuchgeschäft
Oranien-Str. 126. I.
Herren- und Knaben-
Anzüge, Paletots,
sowie Damenkleider etc.
Auf Wunsch auch gegen
Zahlung. 670L

Lindenstrasse 57, part.
Fabrik-Niederlage Elsasser
u. Rheinischer Futterstoffe für
Herrenschnneider
Serges, Zanella, Bielefelder
Wattirleinen. Allerbeste Fabri-
kate, auch im Ausschnitt zu
wirklichen 548L

Meyer's Lexikon kauft
sollort
7806
Sauer, Weidenweg 8.

Engrospreisen.
Lindenstr. 57 (kein Laden)

Baar Geld lacht!
Jetzt vor dem Fest **großer
Gelegenheits-Ausverkauf** zu
halben Preisen, um das kolossale
Niesenlager schnell zu räumen wird
jetzt **Baar Geld** noch
weit unter der Hälfte des Wertes
ausverkauft

Baar Geld lacht!
10 000 entzückende
Sommer-Paletots, Mode 1891
(Werth das Dreifache), jetzt im Ge-
legenheitskauf nur 8, 10, 12, 15, 18,
20, 21 M. hochf. **15 000**
**elegante, schneidige Jackett-
u. Rock-Anzüge** (darunter die
feinsten Kammgarn-Gesellschafts-
Anzüge) jetzt zu halben Preisen
nur 8, 10, 12, 15, 18, 21, 24, 27,
30 Mark. **8000** Hosen,
schwarze Anzüge, einzelne Röcke,
Jackets im Gelegenheitskauf und
6000 Knaben-
u. Püschchen-Anzüge jetzt halb um-
sonst. 570L

Kleider-Bajaja
genannt: **Der billige Mann.**
32 Rosenthalerstraße 32.
Ecke Sophienstr., Ecksaden.
Man achte genau auf 32 u. Ecksaden.
Ecksaden!

M. Panknin
Berlin SO.
91, Adalbertstr. 91
Ecke Oranienstr.
Putz- und
Modewaaren.
Trauerhüte
in großer Aus-
wahl.

**Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.**
Ganze Ausstattungen empfiehlt
Moritz Gläser, 614L
167. Reichenbergerstr. 167.
Maitrank 81. 0,75.
552L] F. Jener, Oranienstr. 154.
Filiale: Elisabeth-Ufer 47.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt,
Berlin SW., Benthstr. 2.

In unserem Verlage erschien soeben und ist von uns, sowie
durch alle Buchhandlungen etc. zu beziehen:

**Die Soldatenmizhandlungen
vor dem Deutschen Reichstag.**
Stenographischer Bericht
über die
Sizung vom Freitag, den 13. März 1891.
2 Bdg. 89. Preis 15 Pf.

Partie-Preise: 50 Exemplare 6 M., 100 Exemplare 10 M.,
500 u. mehr Exemplare pro 100 M. 8.

Wir empfehlen den Parteigenossen die Broschüre aufs an-
gelegentlichste; der Inhalt derselben berührt die Interessen aller
Volkskreise und dürfte die ausgebreitetste Publizität mit geeignet
sein, die zu Tage getretenen Mißstände beseitigen zu helfen.

**Berliner Fach-Ausstellung
von Särgen und Sargdekorationen**
in den Ausstellungsräumen
Berlin N., Chaussee-Strasse 2E.
Eröffnung 15. Mai. — Schluß 31. Mai.
Das Comité.
Interessenten, welche noch beabsichtigen, auf das Beerdigungswesen
in hygienischer und praktischer Hinsicht sich beziehende Gegenstände aus-
zustellen, wollen sich umgehend melden beim
Comité, Chaussee-Strasse 2E. 166M

Stempel!
H. GUTTMANN
Stempel-
Schablonen-, Schilder-
Fabrik
Berlin N., Brunnenstr. 9.
Stempel!

Sämmtl. Hüte mit
Hüte mit Kontroll-
marke.
Hut-Fabrik
Rud. Beisse,
Chausseestraße Nr. 70, part. 2.
Größte Auswahl.

Kontroll-
Marken-Hüte zu den bill. Preisen
bei **Oscar Arnold,**
Dresdenerstr. 116.

Raucher!
Wer gut und billig rauchen will, probiere
meine seit Jahren eingeführten, von
Fachleuten als „vorzüglich“ erprobten
Cigarren.
Cosmopolit 1 Karton = 10 Stück 35 Pf.
International 1 Karton = 10 Stück 50 Pf.
Alliance 1 Karton = 10 Stück 60 Pf.
Electra 1 Karton = 10 Stück 60 Pf.
Wer 10 leere Kartons zurück-
bringt erhält 1 Karton = 10 Stück
gratis. 651L

Richard Hechenthal
Wallstraße 1,
Ecke Spittelmarkt.
Telephon Amt I Nr. 2364.

**Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.**
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof part. 2.
Zahlung nach Uebereinkunft.